Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 2 September/Oktober 1935 Nummer 24/25

Nürnberg

Von **Richard Stiehling.**

Die politische Pflicht, sich mit dem abstoßenden Massenaufgebote nationalsozialistischer Funktionäre und Parteigänger zu beschäftigen, für das die Hitlersche Sprachfälschung die Bezeichnung Parteitag mißbraucht, ist dadurch begründet, daß sie, ungeachtet ihres unüberbietbaren geistigen Unwerts, wichtiges neues Material zur Beurteilung der Grundsätze und Methoden bietet, nach denen das Dritte Reich regiert wird.

Das — erreichte — Ziel der bisherigen Innenpolitik war die Bestimmung der Gesamtpolitik des Staates durch die Politik der Partei. Dabei ist das wesentliche, daß es sich nicht um eine Partei im üblichen Sinne handelt, sondern um die faschistische Partei, die mit anderen nichts als den Namen gemein hat. Es ist eine hierarchische Organisation, in welcher der Untere dem Oberen blind zu gehorchen hat und der Wille der Spitze alleiniges Gesetz ist. Die Spitze der Partei ist aber zugleich die Spitze des Staates, der Verwaltung, der Militärmacht, der Rechtsprechung; denn der totalitäre Staat kennt keine Teilung der Gewalten.

In Nürnberg ist Hitler jetzt noch weit über dieses Ziel hinweggesprungen. Dort ist die Souveränität der Partei über die Souveränität des Staates proklamiert worden, d. h. die prinzipielle Ueberordnung der Parteihierarchie über den Staat. »Funktionen, für die ersichtlich der Staat nicht geeignet ist«, heißt es in der Proklamation Hitlers, »werden, wenn es nötig ist, auf dem Wege der Gesetzgebung« — für die indessen eine einfache Führeranordnung ausreicht — »den Einrichtungen der Partei übertragen, die für die Lösung einer solchen Aufgabe besser geeignet erscheinen«. Die Partei bestimmt also künftig nicht nur die Staatspolitik; sondern es kann ihr jederzeit die sonst dem Staate vorbehaltene Ausübung der Verwaltung und des Rechtsvollzugs übertragen werden, soweit und so lange es der Führer für angemessen hält. Die Gewaltausübung der Partei tritt dann unmittelbar an die Stelle der an Gesetze gebundenen staatlichen Exekutive und Justiz. Der Staatsapparat wird gleichsam in Reserve versetzt, seine Befugnisse werden von der Partei übernommen, die mit ihren bewaffneten Formationen den Willen des Führers gegen die entwaffneten und wehrlosen Untertanen zu erzwingen hat. Die Staatsmacht, so total sie ist, reicht nicht aus; neben ihr kann die außerstaatliche Gewalt — umso mächtiger, da ihr die Staatsgewalt stets untergeordnet bleibt, — jederzeit in Bewegung gesetzt werden. Der Terror

ist in Permanenz erklärt, der letzte Schatten eines Rechtsstaats verschwunden.

Hand in Hand mit dieser prinzipiellen Verneinung des Rechtsstaats und der Staatsautorität überhaupt geht praktisch die systematische Auslieferung der Bürokratie und der Justiz an nationalsozialistische Funktionäre. In diesem Bereich ist die Judengesetzgebung, so sehr sie dem Ideal Hitlers und seiner Kreaturen entspricht und für sie Selbstzweck ist, zugleich ein Mittel. Die schwachen Dämme, die noch das Berufsbeamtengesetz von 1933 zum Schutze der alten Beamten, der Kriegsteilnehmer u. a. errichtet hatte, werden fortgerissen. Die restlose Verdrängung der Nichtarier schafft Raum für die Einstellung der Nationalsozialisten; die Schaffung der Rechtsungleichheit, die bei den Juden beginnt, erleichtert die Entrechtung aller, die nicht in die nationalsozialistische Partei eingegliedert werden, die fortschreitende moralische Korrumpierung einer Bürokratie und Justiz, die an die Unverbindlichkeit des Rechts gewöhnt wird, beschleunigt die völlige Unterwerfung unter die Diktatur. Der Kreis der »Reichsbürger« wird immer mehr mit dem der in die Partei Eingegliederten, ihrer Hierarchie unmittelbar Zugehörigen, zur Deckung gebracht werden, so daß selbst die Form der »plebiszitären Demokratie« entbehrt, die »Volksabstimmung« durch befehlsgemäße Parteikundgebungen abgelöst werden kann.

So wird der staatliche Apparat von dem nationalsozialistischen nicht nur kontrolliert, sondern auch intensiv durchdrungen. Die Diktatur will damit einerseits die Atomisierung aller oppositionellen Bewegungen erreichen, andererseits die immer engere Kooperation des Parteiapparats mit dem Machtapparat des Staates. Zwar stößt sie in diesem Bestreben auf den Selbständigkeitsdrang der Bürokratie und des Militärs. Aber die Bürokratie ist keine Einheit, sie wird durch kein soziales und politisches Band zusammengehalten; die Bereitwilligkeit, mit der sich nach dem Parteitage das Auswärtige Amt, die Reichsbank und die Reichsbahn, die früher einen gewissen Widerstand gegen die nationalsozialistische Personalpolitik geleistet haben, zur Durchführung der Arierbestimmungen bereit fanden, ist bezeichnend für die Ohnmacht der Bürokratie. Und die Führung der militärischen Organisation ist, wenn gleich sie durch die einheitliche Befehlsgewalt und ihre hierarchische Gliederung an sich ein verwendbareres Instrument in der Hand der Leitung ist, durch die Interessengemeinschaft der militärischen Politik mit der Partei viel zu verbunden, als daß sie nicht stets bedacht sein wird, auftauchende Differenzen durch Kompromisse beizulegen.

Der Parteitag offenbart so das Streben des Regimes, seine diktatorische Macht auf ein Höchstmaß zu steigern. Gerade die Erschütterung seiner Massenbasis treibt es zur äußersten Verstärkung seines Herrschaftsapparates. Die Methode, deren es sich dabei bedient, ist die radikale Ausschaltung der Rechtsnorm. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß dies auch im Auslande verstanden wird. Denn dann wird das Ausland endlich begreifen müssen, daß es mit dem phlegmatischen Desinteressement der Außenpolitik gegenüber der Innenpolitik anderer Staa-

ten doch nicht getan ist. Die Erfahrungen mit Mussolini sollten ohnehin zum Nachdenken über die Berechtigung dieses Desinteressements veranlaßt haben, ohne das weder der italienische Faschismus noch der Nationalsozialismus zur Weltgefahr hätten werden können.

*

Nur der Mangel an Erkenntnis des Wesens des Nationalsozialismus und an Empfänglichkeit für die Lehren seiner Innenpolitik, den das Ausland bisher bewiesen hat, macht die Mißachtung des Urteils der Welt verständlich, mit der auf diesem Parteitage der Haß und die Lüge als die tragenden Pfeiler nationalsozialistischen Denkens bloßgelegt worden sind und so die Welt fast dazu gezwungen worden ist, die Schicksalsfrage zu prüfen, ob es weiter angängig ist, den deutschen Katastrophenherd fortschwälen zu lassen oder ihn sogar anheizen zu helfen.

Tatsächlich muß man schon zweifeln, ob die Haß- und Lügeorgien, die sich in Nürnberg abgespielt haben, nicht aus dem Gebiete des Verbrecherischen in das — objektiv natürlich nicht minder bedrohliche — des Pathologischen übergreift. Es ist kaum noch rationalistisch zu würdigen, wenn in der »Proklamation« des »Führers«, der seit dreißig Monaten unter Anwendung der brutalsten Machtmittel jede Opposition zum Verstummen gebracht hat, eine förmliche Katalogisierung der angeblich »überwundenen« Feinde vorgenommen wird, denen man anscheinend eine so unerhörte Vitalität zutraut, daß man nicht nur die »Toten« auffordert, »endlich ruhig zu sein«, nicht nur ihre Grabesruhe durch das Ausgießen immer neuer Schmutzkübel auf sie stört, sondern auch fortgesetzt weiter zu ihrer »Erschlagung« aufhetzt. Dabei ist noch besonders die Frivolität charakteristisch, mit der der Diktator persönlich die wilden Angriffe gegen die verschiedenen Feindeskategorien begründet. Beispielsweise sind einige Pfiffe im Dunkel einer Filmvorführung, deren Ursprung nie festgestellt worden ist und wahrscheinlich bei nationalsozialistischen Provokateuren zu suchen gewesen wäre, für Hitler ein Beweis dafür, daß »die internationale Unruhe in der Welt beim Judentum in Deutschland die Hoffnung aufkommen läßt, daß nun Zeit sei, in Deutschland der nationalsozialistischen Politik entgegenzutreten.«

Den Gipfel widerlichster Verlogenheit erreichen aber die »säkularen« Judengesetze, die, nach den pathetischen Worten des »Führers« »eine Ebene schaffen sollen, auf dem es dem deutschen Volk möglich wird, ein erträgliches Verhältnis zum jüdischen zu finden.« Damit das erreicht wird, dürfen die Juden nicht Bürger werden, nicht die Reichsflagge zeigen, sich nicht mit Ariern vermischen, keine arischen Hausangestellten unter dem kanonischen Alter halten. Aber, wohlgemerkt, das sind nur die neuen gesetzlichen Maßnahmen: daneben werden nach wie vor im Verwaltungswege die geeigneten Mittel angewandt, um den Juden — mit Ausnahme einiger Großbankjuden, die man noch bei Geldbeschaffung zur Irreführung der Gläubiger braucht, und die sich schmählicherweise dazu brauchen lassen, — die wirtschaftliche Existenz zu zerstören, sie von allen Bildungsmöglichkeiten abzuschneiden, und in großstädtischen Ghettos zusammenzupferchen, — bis, spätestens nach der Olympiade, der Partei die bereits

eventualiter angekündigte Vollmacht erteilt werden wird, sie auch rein physisch durch »Einzelaktionen« (welch schamhafte Uebersetzung der guten deutschen Worte Mord und Totschlag!) zugrunde zu richten. Um die ganze Einmaligkeit dieser Spitzenleistung der Verlogenheit zu erkennen, muß aber noch hinzugefügt werden, daß der Führer und seine Trabanten nicht davor zurückscheuen, die Judenpolitik des Dritten Reichs als ein hochherziges Entgegenkommen gegenüber zionistischen Forderungen hinzustellen und auf die Opfer des kalten Pogroms den Begriff der »nationalen Minderheit« anzuwenden.

*

Es ist zuzugeben, daß die außenpolitischen Aeußerungen des Parteitags von größerer Vorsicht geleitet waren als die innenpolitischen. Der Wunsch, die Karten nicht zur Unzeit aufzudecken, machte sich deutlich bemerkbar. Immerhin fehlt es auch in dieser Hinsicht nicht an Kennzeichnendem.

Es ist schon allerhand, daß die Nationalsozialisten den diesjährigen Parteitag den »Parteitag der Freiheit« genannt und auf solche Art ostentativ die Rüstungsfreiheit gefeiert haben, die sie erst durch geheimen und später durch offenen Vertragsbruch erworben und dank der Nachgiebigkeit des Auslands im Uebermaß ausgenutzt haben. Andererseits scheint gerade diese Erfahrung ein Ansporn für sie zu sein, an der bisher so bewährten Taktik des friedlichen Redens und des unfriedlichen Handelns festzuhalten. In jeder der vielen Parteitagsreden wird die Friedensschalmei geblasen, wird der Welt zugemutet, daß sie in blindem Vertrauen zu der Ehrlichkeit der Reichstagsbrandstifter und der Fälscher des Hindenburgtestaments nur diesen Lippenbekenntnissen glaubt, dagegen den in immer weiterem Umfange getroffenen militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen Deutschlands keinerlei Bedeutung beimißt. Immerhin ist nach zwei Seiten der Haß mit Hitler durchgegangen: er vermochte sich weder in den Anpöbelungen gegen Rußland zu mäßigen noch gegen den locus minimae resistentiae der Welt, Litauen, einen der Kriegsdrohung nahe verwandten Angriff zu unterdrücken. Man sieht daran unschwer, woher und wohin der Wind pfeift, wenn damit auch keineswegs alle Stichflammen gezeigt sind, die von Hitlerdeutschland her in die mit Kriegsgasen gefüllte Weltatmosphäre hineinzischen. Dabei hätten, wenn die Sache nicht so ernst wäre, die Anklagen gegen Litauen beinahe eine komische Note. Derselbe Mann, der Millionen seiner Volksgenossen der primitivsten bürgerlichen Rechte beraubt, der insbesondere das Wahlrecht soeben zum Privileg seines engsten Parteiklüngels macht, bekommt es fertig, wegen einiger angeblicher Eingriffe in die Wahlfreiheit der deutschen Minderheit in Litauen ein Weltgericht zu verlangen!

Nicht ohne Interesse ist in diesem Zusammenhang auch die Tagung der Auslandsdeutschen gelegentlich des Parteitags. Die Ehrlichkeit des Appels Hitlers an die Auslandsdeutschen, die Rechte der Gaststaaten loyal zu respektieren, wird gleichzeitig durch die Ermittlungen im Falle Jacob und die Debatte des Schweizer Nationalrats über die nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz so treffend illustriert, daß

es hierüber keiner näheren Ausführung bedarf. Denn mit dem Schwindel, daß solche Dinge nur von »nachgeordneten Stellen« verantwortet werden, hat die selbstbewußte Erklärung Hitlers über seine Allmacht im Großen wie im Kleinen aufgeräumt.

*

In den vorstehenden Betrachtungen ist absichtlich vermieden worden, einen Unterschied zwischen den Kundgebungen des Parteitags und den Beschlüssen des Reichstags zu machen. Wir wollen zu unserem Teile nicht dazu beitragen, die Fiktion, daß es in Deutschland einen Reichstag gibt, zu stützen. Von Rechts wegen müßte sich das primitivste Ehrgefühl aller echten Demokratien der Welt dagegen empören, daß die 600 Diätenempfänger, die man in einer Abendpause des Parteitags zur einstimmigen Annahme der sogenannten Gesetze hat antreten lassen, auf einen Rang stellt mit den Parlamentariern der konstitutionellen Länder.

Immerhin soll eines der Vergessenheit entrissen werden: zu den Diätenempfängern gehören noch einige Spitzen der einstigen schwarzweißroten Parteien, wie Hugenberg, Seldte, Freytag-Loringhofen, Mackensen und der »Bank- und Börsenfürst« von Stauß. Es ist ein schöner Zug des Führers, daß er auch sie an dem Beschlusse beteiligt hat, die von einer allzu toleranten Republik konservierte Fahne des Kaiserreichs endgültig herunterzureißen und durch die Hakenkreuzfahne zu ersetzen.

*

Ein Wort noch zu der Anwesenheit und Betätigung des Doktors Hjalmar Schacht in Nürnberg. Einst war er, in den Frühlingstagen der Republik, der eifrigste Demokrat. Von ihr ließ er sich zum Reichsbankpräsidenten machen, nachdem er es nicht ohne Geschicklichkeit fertig bekommen hatte, die traurige Rolle, die er bei der Stabilisation der deutschen Währung gespielt hatte, in die des Retters der Mark umzudeuten. Als der Wind umschlug, fiel er den Republikanern in den Rücken: zeterte über jede Badeanstalt, die von einer Kommune errichtet wurde, stürzte eine Linksregierung, weil sie zu günstigen Bedingungen eine Anleihe von 500 Millionen Mark aufnehmen wollte. Jetzt, als glorreicher Parvenu des Dritten Reichs, darf er natürlich nicht auf dem Parteitage fehlen. Wohlwollend ruht sein Auge auf der unkontrollierten Millionenverschwendung, die dort aus öffentlichen Mitteln getrieben wird, und in seiner Gegenwart verkündet der Alkoholiker Ley den »gigantischen« Plan, drei Seebäder mit 20.000 Betten zu gründen, zu Lande weitere Erholungsheime mit insgesamt 50.000 Betten, und etliche Schiffe mit je 1500 Betten zu bauen. Was sagt Dr. Schacht dazu? Vielleicht meint er, daß es in der Finanzwirtschaft, die das Dritte Reich treibt, auf solche Kleinigkeiten schon nicht mehr ankommt. Der Standpunkt: »Wirtschaft ist, was man den Gläubigern schuldig bleibt«, würde sich ja nur würdig der Definition des Rechts im Dritten Reich anschließen.

*

Ein Regime, das derart im Innern den Mindestanforderungen von Recht und Zivilisation, Anstand, Treu und Glauben Hohn spricht, wird auch in Verträgen, die es mit dem Auslande schließt, niemals etwas an-

deres erblicken als Fetzen Papier, die es skrupellos zerreißen wird, wenn es »das Wohl des deutschen Volkes« oder, richtig ausgedrückt, die Machtgier der Führerschaft erfordert.

Das Ausland, das sich zu Verträgen mit diesem Regime versteht, wird also niemals auf deren Innehaltung zu rechnen haben. Noch weniger kann es darauf rechnen, daß irgend eine spätere Regierung in Deutschland die von den durch Verfassungsbruch zur Macht gelangten Gangstern abgeschlossenen Verträge erfüllt. Denn an dem Tag, an dem das deutsche Volk wirklich erwacht und erlöst sein wird, wird es von niemand in der fanatischen Vernichtung der nationalsozialistischen Erbschaft gestört werden können. Und wenn sich darunter Verpflichtungen an das Ausland befinden, wird sich hierüber auch das Ausland nicht beschweren dürfen: es ist rechtzeitig gewarnt worden.

Sozialistische Machtpolitik

Von **Wilhelm Sollmann.**

In der Verlagsanstalt »Graphia« ist ein Buch von Arthur Rosenberg erschienen: »Geschichte der deutschen Republik«. Aus welchen Perspektiven dieser Historiker die Nachkriegspolitik der Sozialdemokratie betrachtet, zeigt sein Urteil: »Was sich in der deutschen Revolution rächte, war die unzulängliche politische Schulung der deutschen Sozialdemokratie vor 1914. Wenn man überhaupt einen Schuldigen suchen will, dann hätte es viel mehr historische Berechtigung, August Bebel zu nennen als Ebert und Scheidemann.«

Womit gesagt ist, daß man die Politik der Sozialdemokratie vom 4. August 1914 — auch die der Parteiopposition und späteren USPD. — bis zum 21. März 1933 weder begreifen noch beurteilen kann, wenn man das halbe Jahrhundert sozialdemokratischer Entwicklung vorher nicht berücksichtigt. So selbstverständlich das ist, so wenig wird es bisher auch von Kritikern, die objektiv zu bleiben sich bemühen, beachtet.

Die Vorkriegssozialdemokratie war formell radikal-revolutionär, tatsächlich aber reformistisch-evolutionär. Ihre Organisationen und ihre Agitation dienten ganz überwiegend, ja fast ausschließlich der Erringung von Mandaten in den gesetzgebenden Körperschaften, in den Gemeindevertretungen, in den sozialpolitischen Einrichtungen. Auch die einzige an die Illegalität streifende Aktion, die es nach dem Sozialistengesetz gab, der preußische Wahlrechtskampf, hatte nur ein parlamentarisches Ziel, das freilich vor 25 Jahren in Preußen noch als umstürzlerisch gelten konnte. Wie sehr Gegner und Freunde des gleichen Wahlrechts ihre Systeme überschätzten, wissen wir nun alle.

Es gab in den sozialistischen Zeitschriften und Tageszeitungen akademische Diskussionen über revolutionäre Möglichkeiten und Ziele. Aussprachen, die lebhafter wurden unter dem Einflusse der russischen Revolution von 1905. Die imperialistische Entwicklung zum Weltkriege wurde

mit analytischer Gründlichkeit und prophetischem Ahnungsvermögen vorausgesagt. Das alles blieb jedoch in sehr weiten Räumen der Theorie. Organisation und Agitation dienten den konkreten Forderungen des Tages. Im Reichstage, in den Volksversammlungen und in der Presse herrschte der Ton einer zwar entschiedenen, aber im Vergleich zu Nachkriegsverhältnissen doch recht artigen und parlamentarischen Opposition, die sich mit langen Entwicklungsetappen bis zur Umgestaltung von Staat und Gesellschaft abgefunden hatte. Die Machtergreifung im Staate oder gar die Beherrschung der Wirtschaft schienen in weiter Ferne zu liegen und für die lebende Generation nicht in Betracht zu kommen. Dafür gibt es keinen besseren Beweis als die Verhandlungen der jährlichen Parteitage. Ein Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder und herausgegeben vom Münchener Parteiverlag hat aus 45 Jahren nichts zu berichten von Parteitagsdebatten über Probleme wie »Staat«, »Demokratie«, »Verfassung«. Auch ein Kapitel »Sozialismus« gibt es in diesem Handbuch nicht. Man findet nur einen Auszug aus den Debatten über »Staatssozialismus« in den Jahren 1891 und 1892. Aus späteren Jahren nichts mehr. Der »Zukunftsstaat« schließt das Buch ab, und zwar mit zwei Zitaten aus dem Jahre 1898. Vorher steht in diesem Kapitel nur noch ein Teil der Liebknechtschen Parteiprogrammrede von 1890. Er tut die ganze Problematik mit diesen Sätzen ab:

»Was heute als Wahrheit gilt, ist morgen als Unsinn erkannt. Was heute Ideal ist, ist morgen Wirklichkeit und übermorgen Reaktion. Und da will man sagen, wie künftig der Staat sich gestalten soll! Nur ein Narr kann das fragen. Wer will sich unterfangen, zu sagen, wie nächstes Jahr Deutschland aussehen wird. Leute, die solche Fragen stellen, verstehen von den sozialen Fragen nichts, nichts von dem organischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft, und sie nageln sich selbst an als vollkommen unwissenschaftliche, denkunfähige Köpfe.«

Dabei ist es im Grunde bis 1918 geblieben.

Die Sozialdemokratie hatte bei ihrer Machtberufung mehr Wissen um ökonomische und soziologische Kräfte und Zusammenhänge als jede andere politische Bewegung, aber in ihrer konstruktiven Vorbereitung und in der Willensbildung zum Ausüben der Regierungsgewalt war sie ungenügend. Die Männer, die im Herbst 1918 an die Spitze Deutschlands traten, hatten ihrer Begabung und ihrer Bildung nach durchaus das Format, das sie ihrer Aufgabe hätte gewachsen sein lassen, aber die Partei, aus der sie kamen, und der sie alle bis zum Ende mit tiefer Treue anhingen, hatte sie nur zu sachlichen und ehrlichen Verwaltern, zu kenntnisreichen Sozialpolitikern, zu tüchtigen Gelehrten schulen können, nicht zu wagemutigen, rücksichtslosen, einsatzbereiten, zum Herrschen berufenen und zum Herrschen entschlossenen politischen Führern. Alle waren sie bemüht, sich im organisatorischen und geistigen Horizont der braven, fleißigen und hingebungsvollen Männer und Frauen zu halten, die den Parteiapparat bedienten und nie mit den Problemen konstruktiver Politik von Demokratie

und Führung, von Masse und Autorität, von Idee und Waffengewalt, von Grundrechten der Revolution über Leben und Tod ihrer Gegner beschäftigt worden waren. Aus einer Partei mit einer materialistischen Theorie kam eine Gruppe von idealistischen Männern in die deutschen Regierungen, und jeder hielt sich innerlich aus seiner Parteitradition und aus seiner Parteidisziplin an engere Gesetze gebunden, als sie in der großen Politik möglich sind. Daneben wurden sie auf Schritt und Tritt gehemmt durch Rücksichten auf allzu breite Schichten von Partei und Fraktionen, die verhängnisvoll werden mußten, weil in diesen Körperschaften gemeinhin Kräfte fehlten, die einen Willensantrieb und starke geistige Bereicherung für die Regierenden bedeutet hätten. Man stand aber in einer geschichtlichen Wende, die große über sozialpolitische Verordnungen hinausgehende Entschlüsse erfordert hätte. Entschlüsse weniger Männer und nicht Wortgefechte vieler.

Diese Mängel trafen auf alle drei Parteien zu, die um die Führung der Revolution gegen einander standen: Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten. Den gemeinsamen Ursprung und die Belastung aus vielen Jahren der in friedlicher Entwicklung ruhmvollen Geschichte der Sozialdemokratie konnten sie nicht verleugnen. Alle diese führenden Persönlichkeiten von Ebert über Haase zu Karl Liebknecht wären in einer konstitutionellen Monarchie wie der englischen oder in einer stabilisierten demokratischen Republik ausgezeichnete Minister oder ebenso entschiedene wie anständige Oppositionelle gewesen, aber zu einer Revolution, die nicht nur den Entschluß zur neu aufbauenden Ordnung, sondern auch den Mut zur Zerstörung von Ueberlebtem haben muß, waren sie nicht berufen. Solche politische Führer lebten vermutlich in dem Deutschland des Jahres 1918 überhaupt nicht. Wäre es bei den Unabhängigen und den Vorläufern der Kommunisten, den Spartakisten, wirklich anders gewesen als bei den Mehrheitssozialdemokraten, so würde die Regierung der Volksbeauftragten die Krisen des Dezember und des Januar nicht überstanden haben. Im Grunde waren bei allen die Hemmungen stärker als der revolutionäre Wille. Daß das Standbild Wilhelm I. im Reichstage und die Statuen der Siegesallee, die von Revolutionären auch der radikalsten Art wochenlang umlärmt wurden, unbeschädigt stehen blieben, ja von freiwilligen Ordnern geschützt wurden, ist nicht, wie man im Auslande zu witzeln pflegt, ein Zeichen deutscher Temperamentlosigkeit, denn wir haben seitdem furchtbare Eruptionen der politischen Leidenschaft erlebt, sondern der Ausdruck jahrzehnte langer sozialdemokratischer Erziehung zum nurgeistigen Kampfe, zur Disziplin, zur Ruhe und Ordnung, zur Ablehnung jeder Gewalttat, zur pazifistischen Politik um jeden Preis und auf allen Gebieten.

Schon in jenen Novembertagen formten sich die Fronten, die später den entscheidenden Machtkampf um die Republik führten: Links demonstrierende und diskutierende von hohen Zukunftsidealen träumende Menschen und rechts eiskalt rechnende Menschenverächter, Herrennaturen, immer bereit, an die Waffen zu appellieren, die sie je länger je mehr in ihren Besitz zu bringen wußten, weil ihre Gegner aus den edelsten, nur

leider in dieser düsteren Gegenwart sehr unzeitgemäßen Beweggründen dieses »Rüstzeug der Barbaren« in frommer Scheu von sich wiesen. Auch das aus langer Ueberlieferung. In den Kampfliedern der sozialdemokratischen deutschen Arbeiter wurde die Waffe jeder Art perhorresziert und nur des »Geistes Schwert« als partei- und kulturwürdig zugelassen. »Die Lieb soll uns zusammenketten, wir strecken aus die Bruderhand, aus geist'ger Schmach das Vaterland, das Volk vom Elend zu erretten.« Die Sozialdemokratie war, erst recht unter den furchtbaren Kriegserlebnissen, zu einem sehr unmarxistischen und unlassalleanischen fast quäkerischen Pazifismus gelangt, der nirgendwo weniger angebracht war als in dem verjunkerten Deutschland mit seinen nach oben schielenden und nach unten tretenden Mittelschichten und seiner seit Jahrhunderten auf Kasernenhöfen gedrillten Beamtenschaft. Wenn die Revolution sich keine Waffenmacht schuf, so mußte diese in der Gegenrevolution erstehen und alle soldatischen Menschen, die gerade für die Exekutive einer Umwälzung sehr wichtig und notwendig sind, ins andere Lager treiben, und zwar sehr rasch. Es ist ganz zwecklos und irreführend, hier nach der Schuld einzelner Personen zu suchen. Es war vollkommen undenkbar, daß die in der Vorkriegssozialdemokratie emporgewachsenen Parteiführer und Parteimitglieder im Herbst 1918 den Geist einer revolutionären Militärpolitik begreifen und entwickeln konnten. Jahrzehnte sozialdemokratischer Erziehung standen dem entgegen. Solche alte Berge kann kein Glaube versetzen, am wenigsten, wenn er gar nicht vorhanden ist.

Die Kommunisten könnten einwenden, daß sie diese unleugbare politische Schwäche der Sozialdemokratie bald erkannt hätten, aber ihre damals auch sehr junge Erkenntnis wurde wertlos durch den Mangel an jeglichem Verständnis für die Psychologie der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes überhaupt, soweit es aktiv oder passiv Träger einer revolutionären Umwälzung sein konnte. Daß die Kommunisten russische Politik in miserabler deutscher Uebersetzung vortrugen und an der Elbe und am Rhein moskowitische Methoden experimentierten, machte sie unmöglich und ließ sie Chancen verspielen, die sie zweifellos jahrelang nicht nur gegenüber der unerhört belasteten Sozialdemokratie, sondern auch gegenüber der noch jungen und tapsigen völkischen und nationalsozialistischen Bewegung hatten. Die Wandlungen, die russische und kommunistische Politik seitdem durchlebt haben, dürfte das inzwischen auch vielen Kommunisten klar gemacht haben.

Rosenberg hat Recht, wenn er den entscheidenden Fehler der deutschen Revolution darin erblickt, daß Noske, Ebert und Scheidemann Freikorps riefen, statt sich auf sozialistisch-demokratische Truppen zu stützen. Aber auch da darf man eine individuelle Schuld bei den Volksbeauftragten nicht suchen. Es ist von grundlegender Bedeutung für jede spätere sozialistische Machtpolitik, zu begreifen, zuzugestehen und entsprechende Folgerungen daraus zu ziehen, daß die sozialdemokratischen Regierungsmänner sich damals mit vollem Recht eine solche militärische Aufgabe nicht zutrauten. So oder so hätten sie an

ihrem Unvermögen scheitern müssen. Es lebte nicht mehr Friedrich Engels Liebe für die Waffe, sein Sinn für Heer und Strategie in ihnen. Das war ertötet, ja geächtet worden. Nie wird in Deutschland der Sozialismus unseres Geistes die Macht zur Verwirklichung seiner Ziele erlangen, wenn er nicht zurückfindet zu diesem Realismus der Waffe, der in Marx, Engels, Lassalle, Schweitzer stark lebte und immerhin auch in Bebel noch anklang. Nur so wird er auch die in jedem großen Volke, es habe ein wirtschaftliches und politisches System wie immer, vorhandenen Menschen militärischer Begabung und Neigung interessieren, gewinnen und einsetzen können, die positiv oder negativ immer eine bedeutende geschichtsbildende Kraft bewiesen haben und aus der Evolution oder der Revolution ebensowenig eliminiert werden können wie große Begabungen der Wirtschaft, der Kunst und der Wissenschaft. Rosenberg nennt übrigens den General Ludendorff den bedeutendsten Feldherrn seiner Zeit. Wäre es möglich gewesen, daß ein Sozialdemokrat vor fünfzehn Jahren ein solches rein historisches Urteil abgegeben hätte, ohne einen Parteiskandal hervorzurufen? Mit der Verweigerung des politischen Führungsanspruchs an Ludendorff hat die Beurteilung des Strategen natürlich gar nichts zu tun.

Mit Recht macht sich Rosenberg über das »Militärprogramm« lustig, das im Jahre 1919 die Reichsregierung der jungen Republik den Abgeordneten der Nationalversammlung vorlegte. Es war durchaus im Stile der Bürgergarde von anno 1848 gehalten, und es fehlte zur Demokratisierung des Heeres auch nicht die Forderung »Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensausschuß zur Mitwirkung bei der Verpflegung (Kantine), Urlaub und Unterbringung, sowie bei Beschwerden.« Nur fehlte leider die militärische Faust, die den Degen der Republik wirklich zu deren Schutz defensiv und offensiv ziehen konnte. Man schrieb die »Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksheeres« auf ein Blatt Papier, aber vor dem Parlamentsgebäude standen schon in Wehr und Waffen die Männer, die das rein pazifistische Paragraphenwerk aufspießen sollten.

Sehr zu Unrecht und im Widerspruche zu allen geschichtlichen Erfahrungen, zumal deutschen, glaubte die Sozialdemokratie aus der Müdigkeit und Erschlaffung der allermeisten aus dem Felde heimkehrenden Soldaten eine tiefe innere Wandlung dieser Männer herleiten zu können. Es ist richtig, daß sie damals alle »mit dem Schwindel« nichts mehr zu tun haben wollten, aber je mehr das »Fronterlebnis« Erinnerung wurde, um so stärker wurde doch bei vielen das Bedürfnis, für die unbestreitbar gewaltige Leistung, die jeder einzelne draußen vollbracht hatte, nicht nur materiell sondern auch ideell höher entschädigt zu werden, als es geschah. Die Sozialdemokratie beging eine schwere Unterlassung, daß sie der Gründung von Frontkämpferverbänden durch andere tatenlos zusah und erst mit siebenjähriger Verspätung und unter ganz unzulänglicher und ungeeigneter Führung die militärische Tradition des Weltkrieges im »Reichsbanner Schwarzrotgold« auch für die Republik

nutzbar zu machen trachtete. Es zeigte sich übrigens bald, daß der neuen in militärischen Formen auftretenden Organisation die militärischen Köpfe und Instruktoren in hinreichender Anzahl fehlten, weil sie inzwischen längst von den Feinden der Republik und des Sozialismus umgarnt worden waren. Das Reichsbanner mußte in einem diskreditierenden Zwielicht bleiben, weil in ihm die für jede Machtpolitik gefährlichen stimmungsmäßigen pseudopazifistischen Tendenzen fortwirkten, die seit langem in der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung vorwiegend waren. Sie schwächten den ohnehin recht geringen Machtwillen der Sozialdemokratie, was gerade in Deutschland verhängnisvoll werden mußte, wo Millionen Menschen durch Krieg, Hungerblockade, Inflation, Deflation, Ruin und Massenerwerbslosigkeit brutal geworden waren.

Rosenberg erinnert daran, daß Marx, Engels und Lassalle sich im Geiste der revolutionären Demokratie von 1848 stets für die ganze deutsche Nation verantwortlich gefühlt haben. Sie hatten sich in der entschlossenen Vertretung der Interessen des deutschen Volkes von keiner anderen Tendenz übertreffen lassen. Es ist durchaus richtig, was Rosenberg rückschauend sagt, daß die Mehrheitssozialdemokratie im Sinne ihrer Haltung von 1914 bis 1918 nach dem Zusammenbruch den Kampf für das bedrohte deutsche Volk und für die Revision des Friedensvertrages in den Mittelpunkt ihrer Agitation hätte rücken können. Allerdings hat sie es an Protesten nicht fehlen lassen, aber in großen nationalen Fragen — und hier handelte es sich auch und gerade für den Sozialisten um nationale Grundrechte allerersten Ranges — bewegt man das Herz der Nation nicht mit klügelnden Parlamentsreden und taktierenden Zeitungsaufsätzen, die sich peinlich hüten, von der ererbten und veralteten Terminologie des Nurklassenkampfes loszukommen. Es ging und geht eben nicht nur um Quotenkämpfe. Die ganze Skala der nationalen Gefühlswelt, so verfälscht und irregeleitet sie sein mag, ist eine große sich immer verjüngende und erneuernde Realität. Hier sind gewaltige Gefühlsströme zu entfesseln, wenn Führer mit starker Suggestivkraft sie wecken. Aufgabe der regierenden Partei ist es, diese Flut der aufbrausenden in ihren Rechten und in ihrem Gut von außen bedrängten Nation auch innerpolitisch in die richtigen Ufer zu leiten, in unserem historischen Falle, um die Mühlen der sozialistischen Entwicklung zu treiben. Die Bildung einer entschieden nationalen Front gegen die Entente mit ihren rein kapitalistischen und in der kriegstreiberischen imperialistischen Politik keineswegs unschuldsweissen Regierungen wäre die Aufgabe der Sozialdemokratie gewesen. Sie hätte sich dabei um so gründlicher von der gestürzten Monarchie und ihrem großen Anteil an der Kriegsschuld absetzen können. Die Internationale? Wir wüßten nicht, wie eine solche zur Behauptung der deutschen Demokratie und ihrer sozialen und sozialistischen Durchdringung geführte Politik den Beziehungen zu anderen nationalen Sektionen des Sozialismus hätte schaden sollen. Schwächer als sie heute sind wären die zweite und dritte Inter-

nationale bestimmt nicht geworden. Auch für die internationale sozialistische Politik gilt, daß sie an die Erscheinungen der Gegenwart gebunden ist und für sich in Anspruch nehmen kann: ultra posse nemo obligatur.

Das große historische Versagen der sozialistischen Arbeiterbewegung aller Richtungen war ihre innere Unsicherheit und die daraus resultierende Schwäche. Auf Teilgebieten sahen viele vieles richtig. Die konstruktive Synthese und der Wille zu einer entschlossenen Staats- und Wirtschaftsführung aber fehlten. Man lebte seit vielen Jahren in einer Atmosphäre des Theoretisierens und Moralisierens, des Forschens und Predigens, des Rechnens und Wägens, der »Ruhe und Ordnung« und nicht des Machtstrebens, Machtwollens und Machtglaubens, die unerläßlich sind, wenn Ideen die stürmenden Kräfte und die harten, die Grenzen des bürgerlich Erlaubten weit überschreitenden Männer finden sollen, ohne die nun einmal in dieser sündigen irdischen Welt große Politik, vor allem aber große revolutionäre Politik nie gemacht worden ist.

Was die Sozialdemokratie verkannte oder vernachlässigte, sehen wir jetzt in unserem fiebernden Deutschland von den Regierenden zu den hitzigsten Delirien mißbraucht: Persönliche Führung, Staatsautorität, Nationalgefühl, Volkstradition, Arbeitsethos, wehrhafte Volks- und Arbeitserziehung, Romantik der Jugend, die propagandistische Klaviatur für alle Sphären der Volksseele. Am Uebermaß werden sie zu Grunde gehen, wie die Sozialdemokratie am Untermaß gescheitert ist. Es gibt ein Wort von Karl Marx: »Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen aber ist der Mensch selbst.«

»Der Mensch selbst« aber ist nicht nur eine ökonomische und soziologische Kategorie, sondern ein beseeltes Wesen, das mit wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschungs- und Erziehungsmethoden allein ebenso wenig erkundet und geführt werden kann wie mit rassistischen Blut- und Bodenmären. »Das Mannigfaltige läßt sich erlernen, das Urgewaltige kommt von den Sternen.« Das »Urgewaltige« mißbrauchen nun in unserem Vaterlande Rohlinge und Pfuscher, weil wir es leugneten, oder, soweit wir es kannten, zu scheu, zu mutlos und zu schwächlich waren, es gegen die Nurwissenschafter und Nurorganisatoren und Nurtaktiker aufzurufen und sie niederstürmen zu lassen.

Von den Grenzbergen und Grenzflüssen blicken wir in unser Vater- und Mutterland. Der ärmste mißhandelte Emigrant noch mit heißer Sehnsucht, die selbst stärker ist als der Haß. Sadistischer Wahn kann Emigranten ausbürgern, aber sie nie von dem Deutschland trennen, das sie in sich tragen und nie besser kannten als auf der bitteren Bußfahrt der Emigration. Ströme voll Verachtung aus aller Welt haben die jetzt in Deutschland Herrschenden auf unser Volk gelenkt. Wir sehen von außen seine Fehler aber auch seine Tugenden — seine großen Tugenden trotz allem — schärfer als jemals von drinnen. Seine Regierenden sind gerichtet. Sich jedoch über das deutsche Volk als Ganzes zu erheben, hätten nur solche Völker ein Recht, die hinter sich haben, was die Deutschen seit zwanzig Jahren an Wirren, an Enttäuschung, an Zersetzung, an Verlusten,

an zerstörten Illusionen durchlebten, und es verständiger zu tragen wüßten als die Deutschen. Doch sei dies wie immer: die deutsche sozialistische Emigration hat nur dann eine politische Aufgabe, wenn sie ihre Blicke fest auf ihr Volk und ihr Land gerichtet hält und aus deutschem Wurzelboden sich nährt. Und wenn zuträfe, was total unrichtig ist, daß es deutsches Wesen ist, was jetzt drüben unsere Heimat schändet, dennoch: dieses Deutschland und sein Volk, wie es ist, sind die Urstoffe unseres politischen Denkens und Handelns. Davon haben wir auszugehen. Nicht wie wir es wünschen, sondern wie es ist, so steht das deutsche Arbeitsvolk als Eroberungsfeld für den Sozialismus vor uns, der weltweite internationale Horizonte hat, bei seiner Verwirklichung in Deutschland aber an deutsche Menschen und deutsche Wirtschaftsmöglichkeiten gebunden ist.

Daß sie so viele von uns einkerkerten, folterten, beraubten, verbannten, proskribierten, mordeten — wir wissen alle, daß diese Schande getilgt werden muß um Deutschlands Ehre willen. Unseren Glauben an das kommende sozialistische Deutschland und an die Kraft, die jetzt noch haßerfüllte Gegner für diesen Sozialismus gewinnen wird, berührt das auch nicht von weitem. National und international sind wir als Sozialisten auf Deutschland verpflichtet. Das wird hier nur deshalb so stark betont, weil es die Forderung in sich schließt, jede Selbstkritik, jede Besinnung, jede Vorbereitung der Tat von deutschen Erlebnissen und Erfahrungen ausgehen zu lassen und über scharfsinnigen Theorien und abstrakten Formulierungen Realitäten in Deutschland nicht zu übersehen, die ein viel längeres Leben haben werden als das jetzige Regime, weil sie eben Deutschland selber sind.

Der Sozialismus in der Illegalität und in der Emigration braucht nicht nur die theoretische Durchleuchtung des deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftskörpers, nicht nur eine überzeugende Programmatik für seine künftige Aufbauarbeit, er braucht vor allem machtwillige und machtfähige in Opposition und Regierung auch zur Gewalt entschlossene Männer und Ideenkünder, denen der Weg zur Seele des deutschen Arbeiter- und Bauernvolkes sich erschließt, weil sie es verstehen und bejahen, so wie dieses Volk nun einmal ist.

Der Faschismus*)

Von **Paul Sering.**

1. Teil: Voraussetzungen und Träger.

Die Herausbildung einer neuen Staatsform, einer neuen Herrschaftsform der Bourgeoisie kann nicht unmittelbar aus den ökonomischen Veränderungen, auch nicht unmittelbar aus dem Wandel der ökonomischen

*) Dieser Aufsatz ist die Fortsetzung der in Nr. 22/23 begonnenen Aufsatzreihe.

Funktionen des Staates abgeleitet werden. Eine derart mechanistische Erklärung würde mit der Frage nach den politisch-historischen Voraussetzungen und den klassenmäßigen Trägern der Umwälzung gerade das Moment des Kampfes aus der Entwicklung fortlassen und also für die politische Orientierung unbrauchbare Resultate liefern. Vielmehr bedarf Wachstum und Wandel der ökonomischen Funktionen des Staates selbst zum vollen Verständnis auch der Analyse der Klassenkämpfe und der Wandlungen der politisch-gesellschaftlichen Organisation, durch deren Dynamik sich die ökonomische Notwendigkeit durchsetzt. Der Faschismus ist nicht erklärt, wenn man ihn einfach einer Epoche der hohen Organisation des Kapitals und weitgehender Verflechtung von Kapital und Staat zuordnet, auch nicht, wenn man die Art dieser Verflechtung näher analysiert. Beantwortet werden muß erstens, warum diese Entwicklung zur wachsenden Zentralisation der Produktion unter staatlichem Einfluß sich nach wie vor unter der Herrschaft des Kapitals, nicht auf sozialistische Weise unter der Herrschaft des Proletariats vollzieht; zweitens, wie die Durchsetzung dieser Entwicklung auf kapitalistische Weise möglich ist, welches ihre klassenmäßigen Träger, welcher Art der Konflikt zwischen den neuen ökonomischen Notwendigkeiten und den alten politischen Formen ist, wodurch daher das neue politische System in seiner Eigenart bestimmt ist.

Wir werden uns in folgendem wesentlich mit der zweiten Frage auseinandersetzen und den Verlauf der Entwicklung in kapitalistischem Rahmen für diesen Teil unserer Arbeit als gegeben hinnehmen. Das heißt nicht, daß wir diesen Verlauf als selbstverständlich betrachten. Im Rahmen der objektiv zwangsläufigen Tendenz der modernen Produktionsweise zu höherer Organisation und Zentralisation wird der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu einem historischen Kampf um die Führung in dieser Entwicklung. Daß die Arbeiterbewegung, deren Führung allein den Weg dieser Entwicklung entscheidend abkürzen und das Endziel sichern kann, bisher nirgends außerhalb Rußlands diese Führung zu erlangen vermochte, daß sie in allen Ländern, die in die Krisenphase der Demokratie eintraten, weder in ihrer Organisationsform noch ihrer politischen Reife sich als den Aufgaben der Epoche gewachsen erwies und hinter dem Entwicklungsgrad der Gegenseite weit zurückblieb, ist eine entscheidende Erscheinung der Gegenwart, deren Erklärung zu den wichtigsten Voraussetzungen sozialistischer Neuorientierung gehört. Diese Erklärung kann aber nur im Rahmen einer kritischen Analyse der Triebkräfte und des Entwicklungsgangs der Arbeiterbewegung gegeben werden, die einen selbständigen Teil unserer Untersuchung bildet. Für die Faschismusanalyse setzen wir das historische Versagen der Arbeiterbewegung als Faktum voraus.

Die bisherige Diskussion über den Faschismus ist mit dem Streit über den Umfang belastet, der diesem Begriff zuerkannt werden soll; es scheint unvermeidlich, an die Spitze der Untersuchung eine willkürliche Definition zu setzen oder aber sich in eine Kasuistik der Diktaturen der Neuzeit zu verlieren. Wir vermeiden diese Schwierigkeit, indem wir eine

Ableitung aus den allgemeinen Entwicklungstendenzen der Epoche versuchen. Das theoretische Bild, zu dem wir so gelangen, erschöpft die historischen Züge keines einzelnen faschistischen Landes, es arbeitet aber die typischen Kräfte heraus, die der Zusammenstoß der modernen Oekonomik, ihrer Krisen und Widersprüche mit einem vollentwickelten demokratischen System erzeugt, und ermöglicht dadurch die Erkenntnis einer Gesetzmäßigkeit, die unter den angegebenen Bedingungen auch für Länder gültig ist, die heute noch demokratisch regiert werden. Das systematische Bild des faschistischen Staates, das sich hierbei ergibt, stimmt in allen wesentlichen Zügen mit dem italienischen und deutschen Faschismus und nur mit diesen beiden überein; für die anderen heute vorhandenen Diktaturen, die sämtlich unentwickelte, überwiegend agrarische Länder beherrschen, müssen andere Faktoren verantwortlich gemacht werden, die vom Gesichtspunkt der Grundtendenzen der Epoche nur sekundäre Wirkungen sind. Die Zweckmäßigkeit dieser Begriffsbildung kann nicht weiter im voraus diskutiert werden, sie muß sich durch ihr Ergebnis rechtfertigen.

I. Die Wandlungen der Klassen.

Die klassische kapitalistische Entwicklung, die Marx beschrieben hat, zeigt mit Bezug auf die Klassenschichtung eine eindeutige Tendenz: Verschwinden der Kleinproduzenten, Herabsinken ihrer großen Mehrzahl ins Proletariat, Aufsteigen einer geringen Minderheit in die Bourgeoisie, innerhalb deren der Differenzierungsprozeß jedoch fortschreitet. Diese Tendenz bleibt eindeutig erhalten, solange die Schranken der Akkumulation sich nicht wesentlich verengern. Mit der Entwicklung jedoch, die in den letzten Jahrzehnten eingesetzt hat, mit der Verringerung der Möglichkeiten, die Schranken der Akkumulation durch Ausdehnung des äußeren Feldes der kapitalistischen Produktion zu überwinden, mit dem dadurch bedingten wachsenden Ausmaß der Kapitalvernichtung, dem Anwachsen der gesellschaftlichen faux frais, mit dem wachsenden Zurückbleiben der Produktionssteigerung hinter ihren technischen Möglichkeiten treten neue Tendenzen in der Dynamik der Klassenschichtung auf.

1. Die allgemeine Tendenz zum Wachstum des Anteils der unproduktiven Schichten an der Gesamtbevölkerung ist schon im ökonomischen Teil abgeleitet worden. Betrachten wir zunächst die gesellschaftlich völlig funktionslosen Schichten der Dauerarbeitslosen und der Rentner. Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist ein notwendiger Bestandteil des Kapitalismus in der Epoche wachsender unausgenutzter Kapazitäten und wachsender Kapitalvernichtung. In einem Lande tritt sie als Dauerarbeitslosigkeit in den von äußeren Rückschlägen betroffenen akkumulationsunfähig gewordenen Produktionszweigen auf, etwa als Bestandteil der Exportkrise Englands und der Agrarkrise in den Vereinigten Staaten. In anderen Ländern erscheint sie als Folge der Beschleunigung des Tempos des technischen Fortschritts, so in der amerikanischen Industrie und in Deutschland, wo aber diese Folge auch nur eintritt, weil das Akkumulationstempo relativ zum technischen Fortschritt zurückbleibt.

In verschiedenen Formen erzielen also prinzipiell gleichartige Ursachen prinzipiell gleichartige Wirkung. Die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums in den alten Industrieländern reicht nicht annähernd aus, um diesen gesellschaftlichen Faktor zu kompensieren; indem sie den Altersaufbau der Bevölkerung langsam nach den älteren Jahrgängen hin verschiebt, trägt sie auch ihrerseits zur Steigerung des Anteils der Unproduktiven bei.

Was die Rentnerschicht betrifft, so wurde schon im ökonomischen Teil auf das Anwachsen des Zinsanteils am Gesamtprofit hingewiesen, was sich normalerweise in einer relativ zur Gesamtbevölkerung wachsenden Rentnerschicht ausdrücken muß. Die Währungskatastrophen können diese Schichten zeitweilig vernichten; die Schnelligkeit des Wiederaufbaus der Sparkassenfonds, der landwirtschaftlichen Verschuldung usw. in Deutschland zeigt aber, daß sie an der Gesamttendenz nichts ändern können. Vor allem kann aber auch eine solche Katastrophe die Rentner nur enteignen, nicht reproduktivieren, weil in der Produktion kein Platz mehr für sie ist.

2. Gesellschaftlich nicht funktionslos, aber unproduktiv vom ökonomischen Standpunkt ist der Hauptteil des rapid wachsenden Verteilungs- und Verwaltungsapparates. Marx hat formuliert, daß auch und gerade eine sozialistische Gesellschaft einen Verwaltungs- und Verteilungsapparat braucht, daß dessen Umfang aber durch Zentralisierung auf das gesellschaftlich notwendige Maß reduziert ist. In diesen Grenzen bezeichnet er die Funktion der betreffenden Apparate auch heute als produktiv; was darüber ist, sind gesellschaftliche Unkosten, faux frais der kapitalistischen Produktion.

Das Anwachsen zunächst des Verteilungsapparates, der Anzahl der im Handels- und Bankwesen Beschäftigten, von dem die Statistik der letzten Jahrzehnte voll ist, ist ein klassischer Anzeiger des Wachstums dieser faux frais. In Form der Ausdehnung dieses Apparates, der im wesentlichen dem Konkurrenzkampf dient, vollzieht sich ein beträchtlicher Teil der funktionalen Kapitalvernichtung der Gegenwart. Das Anwachsen der Angestellten auf Kosten der Arbeiter ist pro tanto ein Ausdruck der wachsenden Widersprüche des Kapitalismus.

In noch höherem Grad gilt dies vom Anwachsen des Verwaltungs- und Militärapparates. Hier ist der Anteil des gesellschaftlich Notwendigen an seinem Wachstum äußerst gering, beim Militär null. Wie im Anwachsen der Rentner der wachsende Zinsanteil am Profit, in dem des Handels der wachsende Anteil der für Handelsprofite und -Unkosten draufgeht, zeigt sich hier der wachsende Steueranteil, der auf dem Wege durch die Staatskasse vernichtet wird, — wie auch schon beim Wachstum der Arbeitslosen, soweit es sich um öffentlich unterstützte handelt.

Beamtenschaft und Militär bilden überwiegend, bezw. ganz vom Staat auf Kosten der produktiven ausgehaltene unproduktive Schichten, ihr Wachstum ein Symptom sozialer Zersetzung.

3. Bis jetzt war vom Wachstum unproduktiver Schichten auf Kosten des Proletariats, zum Teil der Bourgeoisie, die Rede. Jetzt wenden wir

uns der Umschichtung in der Arbeiterklasse selbst zu. Die Mechanisierung des Arbeitsprozesses in dem Umfange, wie sie sich im letzten Jahrzehnt durchgesetzt hat, muß den Anteil der gelernten Arbeiter an der gesamten industriellen Arbeit zwangsläufig verringern. Gleichzeitig wächst jedoch die Unentbehrlichkeit dieser verringerten Gelerntenschicht für den Produktionsprozeß und insofern auch ihr soziales Gewicht im Betrieb. Oberhalb der gelernten Arbeiter entwickelt sich eine neue Produzentenschicht von wachsender Bedeutung, parallel der Verwissenschaftlichung der Produktion und zum Teil der gesellschaftlichen Organisation: Die technische und ökonomische Intelligenz. Diese Schicht, die wir kurz Produktionsintelligenz nennen wollen, pflegt ihrer Herkunft und sozialen Stellung nach der Bourgeoisie, ökonomisch jedoch in aller Regel dem Proletariat anzugehören, dessen höchstqualifizierte Oberschicht sie darstellt. Es ist von großer Wichtigkeit, daß diese oberste Sklavenschicht nicht mehr überwiegend Aufsichtsfunktionen ausübt, die sie an die herrschende Klasse fesseln, sondern jene Funktionen der wissenschaftlichen Leitung der Produktion, die bestimmt sind, die herrschende Klasse überflüssig zu machen.

In einer Untersuchung, die von ökonomischen Gesichtspunkten ausgeht, deren Absicht aber keine ökonomischen, sondern politisch-soziale Ergebnisse sind, muß ein Teil der vorher als unproduktiv charakterisierten Schichten noch einmal unter dem Gesichtspunkt der Umschichtung des Proletariats behandelt werden.

Es ist der Arbeit des kaufmännischen Angestellten oder des Beamten im Wirtschaftsministerium nicht anzusehen, ob sie im individuellen Fall noch zum gesellschaftlich notwendigen Anteil oder zu den faux frais zu rechnen ist, ob sie also, ökonomisch betrachtet, produktiv oder unproduktiv ist. Man kann nur sagen, daß ein bestimmter Anteil dieser Art Arbeit, gesellschaftlich betrachtet, verschwendet ist, ohne die Grenze im individuellen Fall auch nur grundsätzlich ziehen zu können. Das heißt aber, daß Angestellte, Beamte, Produktionsintelligenz in sich sozial weitgehend einheitliche Schichten bilden, innerhalb deren nach ihrer Stellung im Produktionsprozeß und ihrer ökonomischen Lage nirgends eine scharfe Grenze gegen das Industrieproletariat gezogen werden kann.

Auf der anderen Seite ist auch dem einzelnen Arbeitslosen nicht anzusehen, inwiefern er der normalen, zyklisch schwankenden Reservearmee, inwieweit er der Dauerarbeitslosigkeit der Nachkriegszeit zuzurechnen ist. Auch die Arbeitslosen bilden grundsätzlich eine sozial einheitliche, vom Proletariat nicht prinzipiell geschiedene Schicht.

Insofern die erwähnten Schichten unproduktiv sind, von der Verschwendung des Mehrwerts leben, auf den Staat als Einkommensquelle angewiesen sind, haben sie vom Proletariat getrennte, parasitäre Interessen; insofern dieselben Schichten nicht prinzipiell unterscheidbare Bestandteile des Gesamtproletariats sind, haben sie allgemein proletarische Interessen, und ihr Wachstum bedeutet eine Gewichtsverschiebung innerhalb des Proletariats von den kampffähigsten Schichten weg. Dieser

Widerspruch der Realität, der häufig irrtümlich als Widerspruch im Marxschen Begriff der Arbeiterklasse aufgefaßt wurde, muß bei der Beurteilung der Rolle dieser Schichten ständig im Auge behalten werden. Seine reale Bewegungsform sind Schwankungen ihrer Haltung, wobei in der Krise die Einwirkung der parasitären Elemente ihrer Lage überwiegt.

4. Die ökonomische Zerreibung der Kleinproduzenten ist durchaus in der von Marx vorausgesagten Weise weitergegangen. Wo sie durch künstliche Maßnahmen aufgehalten wurde, wie vor allem in der kontinentaleuropäischen Landwirtschaft, geschah dies auf Kosten der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, und auch hier konnten schwere Niedergangserscheinungen nirgends vermieden werden. Dagegen ist nicht parallel dem Ruin der selbständigen Existenzen eine Einreihung ins Proletariat erfolgt, wenigstens nicht mehr in der letzten Zeit. Der entscheidende Grund dafür sind nicht etwa die bekannten ideologischen Anpassungswiderstände, sondern die reale Unmöglichkeit, im Zeichen der strukturellen Massenarbeitslosigkeit dort einen Platz zu finden. So haben wir gerade in den von der Krise am meisten betroffenen alten kapitalistischen Ländern ein stürmisches Wachstum kleinster selbständiger Existenzen, die nur auf der Basis ständiger Unterkonsumtion vegetieren können. Sie bleiben »Mittelständler« trotz ihres ökonomischen Ruins; es entsteht sozusagen eine Dauerschicht ruinierter Mittelständler. Wo Währungskatastrophen die Sparreserven des Mittelstandes vernichtet haben, ist diese Schicht besonders groß.

5. Das Gesagte gibt ein ungefähres Bild von den Veränderungen der Klassenschichtung in der neuesten kapitalistischen Entwicklung. Es gibt aber für sich nur ein ungenügendes Bild von den Veränderungen der ökonomischen Interessendifferenzierung. Charakteristisch für die neueste Entwicklung ist nämlich gerade die Herausbildung von Interessendifferenzierungen, die in einem spezifischen Sinn quer zur Klassenschichtung verlaufen: Zwischen ökonomisch im kapitalistischen Sinne gesunden, expansiven, überschußabwerfenden Produktionszweigen einerseits, stagnierenden, akkumulationsunfähigen, stützungsbedürftigen Produktionszweigen andererseits. Die Bedeutung dieser Differenzierung für die gesamte Entwicklungstendenz des Kapitalismus einerseits, die Entwicklungstendenz des bürgerlichen Staates andererseits in der Gegenwart ist im ökonomischen Teil dargelegt worden. Hier ist wichtig, daß sie sowohl innerhalb der Bourgeoisie einen zentralen Gegensatz schafft, wie vor allem bei den stützungsbedürftigen Produktionszweigen eine relative Interessensolidarität zwischen Bourgeoisie und Proletariat herstellt: Das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung des Betriebes wirkt hier als reale Schranke der Entfaltung des Klassenkampfes und als die proletarische Klasseneinheit erschwerende Konkurrenztendenz. Innerhalb von Bourgeoisie und Mittelstand wird durch die verschiedene Entwicklungstendenz der Produktionszweige die Entstehung dauernder Schuldverhältnisse begünstigt, die in Form des Gegensatzes von Gläubigern und Schuldnern eine weitere Differenzierung, etwa parallel der angegebenen, hervorruft.

II. Das System der Interessendemokratie.

Die Veränderungen der kapitalistischen Oekonomik und der Klassenschichtung müssen verschiedene politische Auswirkungen haben, je nach der Beschaffenheit des politischen Systems, auf das sie auftreffen. An Stelle einer historischen Beschreibung der verschiedenen realisierten Fälle und ihrer Ergänzung durch Kombinationen über mögliche andere untersuchen wir einen theoretisch reinen Fall: das Auftreffen der geschilderten Veränderungen auf ein vollausgebildetes demokratisches System. Die tatsächliche deutsche Entwicklung kommt trotz bedeutender Reste und Nachwirkungen feudaler Privilegien in der deutschen Demokratie diesem theoretischen Fall sehr nahe.

Die vollausgebildete Demokratie ist eine Form politisch-gesellschaftlicher Organisation, die durch mächtige ausgebildete Klassenorganisationen und ein von ihnen entscheidend bestimmtes Parteiensystem gekennzeichnet ist; es ist diese Form der Demokratie, die von den Reformisten als »Wirtschaftsdemokratie« idealisiert und von den Faschisten als »Interessentenhaufen« beschimpft worden ist. Die Behauptung, daß alle auf kapitalistischen Produktionsverhältnissen ruhende Demokratie gesetzmäßig zu dieser Form tendiert, bedarf einer Begründung, die diese Form politisch-gesellschaftlicher Organisation in ihren historischen Wurzeln und ihrer Funktionsweise erst verständlich macht.

1. Entwicklung und Funktion der Klassenorganisation.

Die bürgerlich-revolutionäre Entwicklung hat die feudalen Formen ständischer Organisation der Gesellschaft allmählich zersetzt und ausgehöhlt, um sie schließlich zu zerschlagen. Aus der bürgerlichen Revolution geht die befreite kapitalistische Gesellschaft organisatorisch weitgehend atomisiert hervor. Dem von Absolutismus und Revolution geschaffenen Staatsapparat stehen nicht mehr organisierte, traditionsgebundene Gruppen, nur freie Individuen gegenüber. Ein Rechtssystem, dessen oberster Grundsatz die individuelle Vertragsfreiheit ist, sucht diesen Zustand zu verewigen; die unveräußerlichen Menschenrechte geben ihm die Begründung sub specie aeternitatis.

Doch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit erweist sich die neugewonnene Freiheit alsbald als die Freisetzung der Tendenz der Gesellschaftsmitglieder, sich gemäß den Gemeinsamkeiten ihrer Interessen auf neuer bürgerlicher Grundlage zusammenzuschließen. Das Koalitionsbedürfnis der Arbeiter ist stärker als die auf die Menschenrechte begründeten Koalitionsverbote. Aus den Gesellenvereinigungen werden die ersten Arbeiterkoalitionen, die schrittweise den zünftlerischen Charakter der Vergangenheit und mit ihm die Beschränkung auf den einzelnen Beruf abstreifen und den Weg zur Klassenorganisation gehen.

Die Tendenz zur Klassenorganisation ist eine Grundtendenz der bürgerlichen Gesellschaft. Sie ist gleichzeitig der Ausdruck der organisierenden Natur der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt, ihrer ver-

gesellschaftenden Kraft und ihrer Klassengegensätze. Die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, die alle gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ständig verschiebt, zwingt zu immer neuer Festsetzung des Wertes der Arbeitskraft, des Anteils der Arbeiterklasse an ihrem eigenen Produkt. Im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft erweist sich das System der Klassenorganisationen als ein hervorragendes Regulativ, das immer wieder eine Anpassung an alle Veränderungen der Kräfteverhältnisse automatisch herbeiführt. Freiwilliger Zusammenschluß, demokratischer Aufbau und freie Beweglichkeit gegeneinander sind für diese Funktion der Klassenorganisation dabei ebenso unerläßliche wie selbstverständliche Voraussetzungen.

Die Herausbildung dieses Systems von Klassenorganisationen ist ein langsamer historischer Prozeß. Die Arbeiterklasse, die nur durch die Organisation Verbesserungen ihrer Lage zu erreichen vermag, geht in der Entwicklung voran, und die gelernten Arbeiter mit ihrer größeren Kampffähigkeit und ihren zünftlerischen Traditionen sind wiederum die Vorhut der Arbeiterklasse. Den Arbeiterorganisationen folgen die Unternehmerverbände, deren Zahl und Allgemeinheit seit der Entstehung der Kartelle besonders rasch zunimmt. Je mehr endlich die moderne Gesellschaft als klassenmäßig organisierte Gesellschaft sichtbar wird, desto mehr beginnen auch die Klassen der Kleinproduzenten, die einer früheren Epoche entstammen, die modernen Organisationsformen zu übernehmen, klassenmäßige Organisationen der Bauernschaft, des Kleingewerbes, des Einzelhandels werden geschaffen.

Die Ausbildung dieses Organisationsgebäudes erfolgt in engem Zusammenhang sowohl mit den Ansätzen zur Regelung der kapitalistischen Konkurrenz wie mit der Entwicklung der organisierenden Staatsfunktionen. Jede sozialpolitische Mindestbestimmung, die die Arbeiter erkämpfen, bedeutet auch die Schaffung einer einheitlichen Konkurrenzbasis für die Unternehmer in diesem Punkte und insoweit ein Stück Organisierung des Kapitalismus. Jede Ausdehnung des Kampfbereiches der Klassen verstärkt die Tendenz zum regulierenden Eingreifen des bürgerlichen Staates, zur Entwicklung staatlicher Sozialpolitik. Die Tatsache des Kampfes um staatliche Maßnahmen, die Verallgemeinerung des Kampfes, die die Politisierung mit sich bringt, trägt wiederum wesentlich zur Ausdehnung des Organisationsbereichs, vor allem in der Arbeiterklasse bei und hilft die Beschränkung der ursprünglichen Arbeiterorganisationen auf die gelernten Berufe überwinden und die ungelernten Massen in die Klassenorganisationen einbeziehen. Der enge Zusammenhang zwischen Ausdehnung der organisierenden Funktionen des Staates, Politisierung der Arbeiterorganisationen und Einbeziehung der Ungelernten in sie kann gegenwärtig in den Vereinigten Staaten studiert werden. Dort, wo die Klassengegensätze infolge der besonders günstigen Entwicklungsmöglichkeiten in der Vergangenheit sich erst später zu politischen Formen zuspitzten und der Staat infolge des Fehlens einer vom Absolutismus übernommenen Bürokratie besonders schwach war, waren alle diese Prozesse bisher gleichmäßig zurückgeblieben.

2. Die Entwicklung des Parteiensystems.

Nirgends beginnt der Parlamentarismus mit klar abgegrenzten Interessenparteien, nirgends mit Massenparteien; in manchen Ländern hat er diese Stufe bis heute nicht erreicht. In England hat sich aus dem Parlament der Stände in stetigem Uebergang das Parlament der Honoratioren entwickelt, dessen Parteien während des größten Teiles seiner Geschichte nicht durch Interessengegensätze, sondern durch Gegensätze der Familien- und Cliquentradition innerhalb der sozial einheitlichen herrschenden Schicht geschieden waren; selbst die Reform von 1832 trug nur zur Vereinheitlichung dieser Schicht durch Brechung letzter Sonderprivilegien bei, nicht zur Ausdehnung des Kreises der Parlamentarier über diese Schicht hinaus. Marx hat uns den Cliquencharakter des französischen Parlamentarismus vor dem Staatsstreich vom 2. Dezember eindringlich genug geschildert; die Schöpfer der amerikanischen Verfassung hatten ein ähnliches Honoratiorenparlament vor Augen; und der italienische Parlamentarismus der Vorkriegszeit zeigte, von dem sozialistischen Fremdkörper abgesehen, nicht wesentlich andere Züge — wie heute noch der Parlamentarismus der Balkanstaaten. Den Inhalt der parlamentarischen Vorgänge bildet auf dieser Stufe die Auseinandersetzung der herrschenden Klassen mit ihrem Exekutivapparat über die Höhe der Ausgaben und der Kampf zahlloser Cliquen und Einzelpersonen um die mit der Ausübung von politischem Einfluß verbundenen individuellen Vorteile — Stellenvergebung, Konzessionen, Steuererleichterungen etc. Dieser Zustand des Parlaments entspricht einem Tiefstand der gesellschaftlichen Organisation und einem Tiefstand der ökonomischen Staatsfunktionen, der Nullstufe der Klassenorganisationen und der Sozialpolitik. Mit ihrer Ueberwindung setzt auch die Veränderung des Parteiensystems ein.

Die wesentliche Veränderung liegt dabei nicht in der bloßen Verwandlung in Parteiapparate mit Massenwirkung. Diese Veränderung von der Cliquenpartei zur Parteimaschine, die mit einer großen Zahl kleiner und großer Berufspolitiker und den Mitteln der modernen Massenpropaganda arbeitet, ist als solche die Folge der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts in den Ausläufern der bürgerlichen Revolution. Sie entspricht außerdem einer Veränderung in der herrschenden Klasse entsprechend der Konzentration des Kapitals, durch die an Stelle einer breiten Honoratiorenschicht wenige Trustkapitäne mit ihren für Politik spezialisierten Handlangern treten. Sie verändert aber weder etwas an der gesellschaftlichen Inhaltslosigkeit der parlamentarischen Vorgänge, noch am Ausmaß und Charakter der individuellen Korruption im öffentlichen Leben. Aus den gleichen Gründen wie vorher kann auch hier das amerikanische Parteiensystem als Beispiel für einen Zustand angeführt werden, der dort erst jetzt zu schwinden beginnt.

Die entscheidende Veränderung liegt in dem Uebergang zu klassenmäßig abgegrenzten offenen Interessenparteien, der die Entwicklung zur Massenpartei zwar voraussetzt, aber aus dieser nicht notwendig folgt. Vielmehr ist die klassenmäßige Abgrenzung der Parteien an ein entschei-

dendes Wachstum der ökonomischen Rolle des Staates und an die Politisierung der Klassenorganisationen selbst gebunden, die ihre Kämpfe als Kampf um den Staat auszutragen beginnen. Die Epoche, in der dieser Zustand allgemein und sichtbar wird, ist regelmäßig die Epoche des Imperialismus, in der die staatliche Wirtschaftspolitik für das Leben des Einzelnen eine schnellwachsende Bedeutung gewinnt.

Auch in dieser Entwicklung hat die Arbeiterklasse einen historischen Vorsprung. Die Arbeiterpartei, die sich als die Vertretung der breiten ausgebeuteten Massen fühlt, kann es wagen, ihren Interessencharakter offen auszusprechen, während die Bourgeoisparteien den ihren zu verheimlichen bestrebt sind. Die Arbeiterpartei selbst ist in vielen Ländern nicht als reine Interessenpartei der Arbeiterschaft, sondern als die radikale Partei der bürgerlichen Revolution entstanden; je mehr aber in der imperialistischen Epoche die Probleme der kapitalistischen Wirtschaft selbst in den Vordergrund und die bürgerlich-revolutionären Restaufgaben in den Hintergrund treten, desto mehr pflegt die Arbeiterpartei zur reinen reformistischen Interessenpartei zu tendieren und sich in den parlamentarischen Ausschuß der Gewerkschaften zu verwandeln.*) In England, wo die bürgerlich-revolutionäre Entwicklung am frühesten abgeschlossen war, ist die Arbeiterpartei von vornherein als reine Interessenpartei zur Welt gekommen.

Mit dem Aufkommen der Interessenparteien, mit dem wachsenden politischen Einfluß der Klassenorganisationen und dem wachsenden ökonomischen Aufgabenkreis des Staates verändert sich das Gesicht des Parlaments; weit stärker als vorher wird es zum Spiegelbild gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, weit mehr als vorher wird in ihm um die großen Fragen der Entwicklung gekämpft. An Stelle der individuellen Korruption, die freilich nie völlig verschwindet, tritt der Kampf der großen Kapitalsgruppen um politische Entscheidungen, in dem sie ihr ganzes gesellschaftliches Gewicht einsetzen. Der parlamentarische Kampf wird ein Teil, ein von den Kräfteverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängiger, aber höchst bedeutungsvoller Teil des Klassenkampfes.

Wie bei der Bildung der Klassenorganisationen, sind es auch auf dieser Entwicklungsstufe die Kleinproduzenten, die dem Beispiel der großen modernen Klassen als letzte folgen; sie tun es um so mehr, je mehr sie durch das Tempo der ökonomischen Entwicklung in Bedrängnis geraten, im Subventionsstaat der Nachkriegszeit. Mit der Bildung von Bauernparteien in den meisten und Mittelstandsparteien in vielen Ländern seit dem Kriege ist der Interessencharakter des Parlaments vollendet worden und hat die Massenbasis der alten großbürgerlichen Parteien, die meist noch im Gewande der historischen Weltanschauungsparteien einhergehen, eine entscheidende Schwächung erfahren.

---

*) Hier, wie in diesem ganzen Abschnitt ist nicht von der Gesamttendenz der historischen Entwicklung, sondern von der letzten Phase stabiler Demokratie die Rede. Die Erschütterungen, denen die Arbeiterbewegung wie das gesamte System seit dem Weltkrieg ausgesetzt ist, rufen natürlich neue Erscheinungen hervor.

3. Die Mechanik der Interessendemokratie.

Der parlamentarische Staat, dessen Parteien auf Klassenorganisationen gestützte Interessenparteien sind, stellt eine charakteristische Endform der Demokratie dar. Er trägt den Charakter einer großen Interessentenbörse, in der die Kompromisse der Klassen ausgehandelt werden. Die politische Entscheidung kommt hier ganz so als Resultante der Einzelinteressen zustande, wie etwa die Preisbildung auf dem freien Markt. Die Bedeutung der Entscheidungen, die so im großen ausgehandelt werden, ist aber entsprechend allgemeiner: auf dem Wege über den Staat wird in steigendem Maße die Verteilung des Sozialproduktes nicht unmittelbar nach der ökonomischen Stärke der einzelnen Schichten, sondern nach ihrem politisch ausgedrückten sozialen Gewicht bestimmt. Dies gilt für den »politischen Lohn« so gut wie für die Osthilfe.

Die Tatsache, daß die Politik der Interessendemokratie nicht einseitig von der herrschenden Klasse »gemacht« wird, sondern Resultantencharakter trägt, hat vielfach zu Fehleinschätzungen des Klassencharakters dieses Staates selbst Anlaß gegeben. Wenn die deutsche Sozialdemokratie von der Weimarer Republik als von »ihrem Staat« sprach und Teile der Bourgeoisie diesen Staat als »marxistisch« bezeichneten, so lag dem eben dieser Resultantencharakter zugrunde. Die Arbeiterparteien vermochten kraft ihrer politischen Rechte in diesem Staat Teilforderungen durchzusetzen, die von der Bourgeoisie als ihren Interessen zuwiderlaufend und daher mit einem Funktionieren der kapitalistischen Oekonomik unvereinbar empfunden wurden. Die politisch führende Schicht setzte sich nicht nur aus der Bourgeoisie und ihren Syndici, sondern aus den Spitzen aller Interessenparteien einschließlich der Arbeiterparteien zusammen. Die notwendige Bestimmung aller Maßnahmen durch ein Kompromiß der Klassen schien in dieser Phase der Demokratie den Begriff einer politischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie sinnlos zu machen.

In der Tat hob jedoch der demokratische Charakter des Staates seinen Herrschaftscharakter so wenig auf, wie der Vertragscharakter des Lohnverhältnisses seinen Ausbeutungscharakter aufhebt. Die Kompromisse, um die es im interessendemokratischen Staat geht, sind Kompromisse von Interessenten innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die ihre konkurrierenden Interessen in deren Rahmen vertreten; die größten Teilerfolge des Reformismus vermochten die kapitalistische Mechanik wohl zu stören, jedoch nie aufzuheben. Kein bürgerliches Regime kann ohne Konzessionen an die beherrschten und ausgebeuteten Klassen auskommen. In der Interessendemokratie hat das System der Konzessionen rechtliche Sicherungen, ist dadurch in seiner Mechanik sichtbarer und in seiner materiellen Bedeutung quantitativ größer als in diktatorischen Herrschaftsformen. Doch bleibt es ein System von Konzessionen im kapitalistischen Rahmen.

Die entscheidende Sicherung der Klassenherrschaft liegt in der Interessendemokratie, also in der selbstverständlichen Beschränkung aller Interessen auf dem Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft; diese Beschränkung erfolgt normalerweise ohne Anwendung besonderen Drucks durch die Automatik der bürgerlichen Ideologie, die in den

Klassen weitergehende Forderungen nicht aktuell werden läßt. Jedes Hinausgehen über diesen Rahmen wird kraft der Natur der bürgerlichen Beziehungen, in die die Klassen verstrickt sind, als Störung der Ordnung empfunden. Nur aus diesem Grunde vermag die zur Sicherung der Ordnung geschaffene Maschine, die staatliche Exekutivgewalt, gegen sie eingesetzt zu werden. Bürokratie und Exekutive sind in ihrem Bewußtsein nicht Söldlinge des Kapitals, sie fühlen sich aber als berufsmäßige Hüter der Ordnung, die konkret nur als bürgerliche Ordnung vorgestellt werden kann. Nur in diesem Sinne ist der Satz richtig, daß der Klassencharakter des demokratischen Staates durch die Unabhängigkeit der Exekutivgewalt von der Legislative garantiert wird.

Die Unabhängigkeit der Exekutive hat in diesem System jedoch noch eine andere Funktion. Wir sagten, daß die Interessendemokratie sich parallel mit den ökonomischen Aufgaben des Staates und der Politisierung der Klassenkämpfe entwickelt. Sie entwickelt sich daher auch parallel dem Wachstum von Umfang und Befugnissen der Bürokratie. Ausgebildete Interessendemokratie und starke Bürokratie gehören historisch zusammen. Dies drückt sich auch in der Entwicklung der Interessenparteien selbst in bürokratischer Richtung, in der Führung der Routiniers etc. aus. Während aber das ganze interessendemokratische System in seiner Entfaltung sowohl die Verschärfung der Klassengegensätze, wie die Organisations- und Zentralisationstendenz der kapitalistischen Oekonomik widerspiegelt, fällt immer mehr dem Parlament die Repräsentation der Klassengegensätze, der Bürokratie und Exekutive die Repräsentation der Notwendigkeit einheitlicher, zentraler Entscheidung zu. In diesem Auseinandertreten der Funktionen wird die Bruchstelle des Systems sichtbar.

III. Die Entstehungskonstellation des Faschismus.

1. Die Interessen in der Krise.

Alle der neuesten kapitalistischen Entwicklung spezifischen Tendenzen in der Verschiebung der Klassen und Interessenlagen überhaupt, die wir im I. Abschnitt gezeigt haben, treten in der Krise verstärkt in einem doppelten Sinn auf: Sie werden überdurchschnittlich überspitzt, so daß in der Konjunktur einige Verschiebungen wieder rückgängig gemacht werden, und diese Verschiebung wird außerdem auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrängt. In wenigen Jahren der letzten Krise vervielfachte sich die Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig fand keine oder keine entsprechende Reduktion des Verteilungs- und Verwaltungsapparates statt, so daß die Verringerung der Beschäftigten fast ausschließlich auf Kosten der produktiv Tätigen ging. Gleichzeitig wuchs die Schicht der ruinierten aber nicht proletarisierten Mittelständler rapid. Die Zahl der Unproduktiven wuchs also auf eine überdurchschnittliche Höhe und dieses Wachstum fand in einem raschen Tempo statt. Gleichzeitig erfolgte zwangsläufig eine Abnahme der produktiven Rolle jener »gemischten« Angestellten- und Beamtenschicht. Gleichzeitig wuchs der Anteil der stagnierenden, zuschußbedürftigen Produktionszweige und die Dringlichkeit ihres Subventionsbedarfes. Damit wuchs die Schärfe des Gegensatzes zwischen ihnen und

den verbleibenden gesunden Produktionsteilen. Ihr Gegensatz spitzte sich auf die Fragestellung zu: Liberale, schnelle Krisenüberwindung unter Vernichtung von Millionen Existenzen, oder subventionistische verschleppte Krisenüberwindung unter Vermeidung einer offenen Katastrophe. Die Fragestellung: Schulden zahlen oder Schulden streichen? bildete einen Teil dieses Problems. Damit gewann auch die erwähnte Querspaltung der Klassen in der Krise besondere Schärfe.

Die genannten Gegensätze reproduzieren sich im Verhältnis der nationalen Wirtschaften und mithin der Nationen zueinander. Die Schuldner-Nationen werden zahlungsunfähig. Die Zerreißung des internationalen Kredits führt zu einer abnormen Schrumpfung des Weltaußenhandels, damit zur Verschärfung der Autarkietendenzen und des Nationalismus speziell der Schuldnerländer, die im großen ganzen mit den weltwirtschaftlich weniger konkurrenzfähigen, mit starken Totgewichten belasteten Ländern zusammenfallen.

Ein weiteres Moment für die Verstärkung des Nationalismus bildet die Differenzierung der Krisenschärfe zwischen Ländern mit kolonialen und sonstigen imperialistischen Abwälzungsmöglichkeiten und Ländern, denen diese Ventile fehlen. In diesen bei der Aufteilung der Welt zu kurz gekommenen Ländern wird der Druck in der Richtung des imperialistischen Auswegs in der Krise besonders verstärkt, zumal die ganze Entwicklung der expansiven, imperialistischen Industrien in solchen Staaten häufig noch in einem Anfangsstadium steckt, das jeden ihrer Schritte von der staatlichen Förderung abhängig macht. Sowohl von der wachsenden Anzahl der Unproduktiven mit Ausnahme der Rentner, d. h. also gerade derjenigen Unproduktiven, deren Existenz von der Staatskasse abhängt, wie von dem wachsenden Subventionsbedarf der Produktion her wächst der Anteil der Bevölkerung, dessen primäres Interesse mittelbar oder unmittelbar einen leistungsfähigen Staat fordert. Quer durch die Klassen tritt dieses Interesse gegenüber dem aus der allgemeinen Klassenlage bestimmten produktiven Interesse während der Krise kraß in den Vordergrund. Zusammen mit der Tendenz zur ökonomischen Abschließung der Schuldnernation und zur imperialistischen Expansion wird hierdurch ein wachsendes Bedürfnis nach einem starken nationalen Staat geschaffen. Wie die Verschiebung der Interessenlagen selbst, drückt auch dieses Bedürfnis nur eine allgemeine, der Epoche eigene Tendenz vorübergehend überspitzt und konzentriert aus. Die dynamische Konzentration allgemeiner Entwicklungstendenzen auf eine kurzfristige zugespitzte Situation ist das Kennzeichen aller revolutionären Lagen.

2. Das Parteiensystem in der Krise.

Die erste Wirkung der Krise auf das System der Interessenparteien ist, daß sie seinen Charakter auf die Spitze treibt. Die großbürgerlichen Parteien werden als solche mit einer Deutlichkeit sichtbar, die sie ihrer Massenbasis in schnellem Tempo beraubt. Durch die innere Differenzierung der Bourgeoisie in Ueberschüßler und Zuschüßler, Gläubiger und Schuldner, werden ihre Parteien und Koalitionen neuen Spaltungen unter-

worfen. Die verschiedenen Gruppen der Kleinproduzenten gehen, soweit dies nicht schon vorher der Fall war, zur Schaffung von Splitterparteien auf Kosten der alten Bourgeoisparteien über. (Bauernpartei, Mittelstandsparteien usw.) In der Arbeiterklasse treten auf Grund der scharfen Differenzierung von Beschäftigten und Arbeitslosen, kampffähigen und kampfunfähigen Schichten, primär an der Lohnhöhe und primär an der Erhaltung des Arbeitsplatzes Interessierten verschärfte Gegensätze auf, die vorhandene Spaltungen vertiefen, einheitliche Organisationen zu zersprengen drohen, Konflikte zwischen Parteien und Gewerkschaften schaffen. Das Gesamtergebnis ist zunächst, daß zwischen der Vielzahl der Parteien jedes Gewicht immer labiler, jede Kompromißbildung immer schwerer wird, ohne daß eine Kraft entsteht, stark genug, alle anderen zu unterwerfen.

Neben der wachsenden Politisierung der Klassenorganisationen und dem dadurch bedingten Wachstum der Interessenparteien zeigt sich aber bald eine Schwächung der Klassenorganisationen, die nun wieder schwächend auf die Interessenparteien zurückwirkt. Die Aktionsfähigkeit aller Klassen sinkt mit dem Rückgang der Produktion. Mithin sinkt auch die Bedeutung der zur Klassenaktion gegründeten Organisationen. Die Streikfähigkeit der Gewerkschaften geht zurück, die kartellierten Industriellen durchbrechen ihre Preiskonventionen, die bäuerlichen Kreditgenossenschaften vermögen ihre Mitglieder nicht mehr zu stützen. Damit sinkt das Vertrauen zu diesen Organisationen und ihre Mitgliederzahl. Die einzigen ökonomischen Aktionen, deren Anzahl in der Krise wächst, sind Aktionen von Konsumenten und Schuldnern: Mieterstreiks, Steuerzahlerstreiks, Versteigerungsstreiks. Auf dem Boden der Krise der Interessenorganisationen und der Parteien, die so gleichzeitig zersplittert und geschwächt werden, wächst aber, auf den geschilderten Interessenumschichtungen beruhend, die Tendenz, alle Hoffnung auf den Staat und demgemäß auf die reinpolitische Organisation zu setzen. Der Abnahme der ökonomischen Aktionsfähigkeit parallel geht die Betonung der militärischen Aktionsfähigkeit, dem Rückgang der Klassenorganisationen parallel der Aufschwung der Wehrverbände. Die Organisationen der Produktiven zum ökonomischen Kampf nehmen ab, die Organisationen der Unproduktiven — die Wehrverbände sind auch ein Stück Arbeitsbeschaffung — zum Kampf um die Macht nehmen zu. Zu allen Zeiten ist die Entstehung von Privatarmeen aus Arbeitslosen ein Symptom sozialer Zersetzung gewesen.

3. Die Interessendemokratie in der Krise.

Je mehr das Parteiensystem zersplittert wird, desto schwerer wird die Kompromißbildung in der Interessendemokratie. Der Rückgang der Aktionskraft der Klassenorganisationen bringt hierin keine Erleichterung, sondern weitere Verschärfung: Je geringer die Fähigkeit zur unmittelbaren ökonomischen Aktion, desto intensiver werden die Versuche der Parteien, durch Druck auf den Staat ihre Ziele zu verwirklichen und dadurch das schwindende Vertrauen ihrer Anhänger zu erhalten. Die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems wird dadurch immer stär-

ker in Frage gestellt. Sie wird dies insbesondere vom Standpunkte der Bourgeoisie, deren Parteien ihre Massenbasis am schnellsten verlieren und die daher ihre Forderungen, die zugleich die Forderungen der im Kapitalismus einzig möglichen Krisenüberwindung sind, immer schwerer parlamentarisch durchsetzen kann. Die Balance der geschwächten Bourgeoisieparteien, die überdies immer mehr durch den inneren Gegensatz zwischen Subventionierenden und Subventionierten zerrissen werden, zwischen großen oppositionellen Massenblocks wird immer schwieriger, die Rolle der Exekutivgewalt in der Sicherung der Balance immer größer.

Die Labilität dieses Regimes macht Konsequenz und Einheitlichkeit der staatlichen Wirtschafts- und Gesamtpolitik also gerade in dem Zeitpunkt unmöglich, in dem sie für wachsende Massen lebenswichtig wird. Die Krise der Staatskasse, ein notwendiger Reflex der ökonomischen Krise im Subventionsstaat, wird durch die politischen Schwankungen verschärft und wirkt sich unmittelbar als Senkung des Lebensstandards aller vom Staat ökonomisch Abhängigen aus. Der Staat versagt also in dem Moment, wo die Abhängigkeit der Massen von seinen Leistungen am größten ist, und er versagt in diesem Umfange, gerade weil er ein »wirtschaftsdemokratischer« Staat ist, weil er ein entscheidungsunfähiger »Interessentenhaufen« ist. Das ökonomisch begründete Bedürfnis nach einem starken Staat schlägt um in den Schrei nach Beseitigung des Parlamentarismus.

Damit gerät die Interessendemokratie in ihre entscheidende Krise. Der Widerspruch zwischen den Funktionsnotwendigkeiten des Subventionsstaates und ihrer politischen Mechanik wird offenkundig und setzt die Massen gegen sie in Bewegung. Wo die sozialistische Gestaltung dieser Krise nicht gelingt, setzt sich die unvermeidlich gewordene Zentralisierung der wirtschaftspolitischen Macht im Rahmen des vorhandenen Staates, d. h. des bürgerlichen Nationalstaates durch. Die Massenbasis der Umwälzung bildet der Block der unproduktiven und stützungsbedürftigen produktiven Schichten aller Klassen, die an der Funktionsfähigkeit des Subventionsstaates am unmittelbarsten interessiert sind. Ihre Nutznießer sind die stützungsbedürftigen Teile von Bourgeoisie und Grundbesitz, die so innerhalb der herrschenden Klasse die Führung erlangen, gemeinsam mit den Interessenten staatlich geförderter Expansion, den Rüstungsinteressenten und der Exekutivgewalt. Je enger die Verbindung dieser Gruppen auf Grund traditioneller Momente, etwa in der Rekrutierung der Exekutive aus den Reihen des verschuldeten Grundbesitzes ist, je stärker daher die Machtmittel, die ihnen von vornherein zur Verfügung stehen, desto mehr wird eine Umwälzung in ihrem Sinne begünstigt.

4. Die Arbeiterbewegung als Objekt der Krise.

Die geschilderte Entwicklung erfolgt, wenn die sozialistische Gestaltung der Krise der Interessendemokratie nicht gelingt. Die Frage, warum sie nicht zwangsläufig erfolgt, beantwortet sich zunächst damit, daß diese Krise automatisch nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der Ar-

beiterklasse und ihrer Organisationen führt. Die Arbeiterbewegung bildet nicht nur einen Teil der bürgerlichen Gesellschaft; sie bildet insbesondere einen Teil des Systems demokratischer Klassenorganisationen. Als solche wird sie von der Krise dieses Systems zunächst passiv mitbetroffen, ist denselben Spaltungstendenzen, derselben Verringerung der Aktionsfähigkeit, demselben Vertrauensschwund ausgesetzt, wie alle seine Bestandteile. Das Dilemma ihrer Situation äußert sich vor allem darin, daß ein konsequenter Widerstand gegen die Angriffe der Bourgeoisie die kapitalistische Krisenüberwindung erschwert, die Krise verschärft, also auch zur weiteren Erschütterung der Demokratie beiträgt, während ein Zurückweichen durch Schwächung der eigenen Vertrauensbasis unmittelbar dem Gegner zugute kommt. Die Diskussion über konsequente Klassenpolitik oder Bündnispolitik mit den Mittelschichten bleibt ausweglos, solange unter Klassenpolitik der rein negative Widerstand, unter Bündnispolitik das Zurückweichen in den Klassenfragen verstanden wird. Die bewußte Koordination aller oppositionellen Tendenzen mit dem proletarischen Klassenkampf kann nur im Kampf um die Macht auf Grund einer marxistischen Erkenntnis der Situation und bei einheitlich auf dieses Ziel gerichteter Führung erfolgen. Sie allein kann zu einer sozialistischen Krisenlösung führen. Bisher hat die Arbeiterbewegung keines demokratischen Landes eine diesen Aufgaben gewachsene Führung hervorgebracht.

Die Lösung der Krise der Interessendemokratie im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft und durch die Bewegung solcher Gruppen, die beim Untergang der Demokratie nichts zu verlieren haben, erfordert dagegen keine bewußte Gestaltung; sie ist in diesem Sinne die natürliche. Die demokratischen Rechte haben für die Klassen reale Bedeutung, insofern sie die Freiheit selbständiger Interessenvertretung sichern. Für Gruppen, die in der Produktion kein reales Gewicht einzusetzen haben, oder deren Gewicht in der Produktion ständig zurückgeht, sind diese Rechte daher wertlos. Von der Verzweiflung über das Versagen des Staates getrieben, auf den sie angewiesen sind, und von den Hemmungen frei, die aus der Verteidigung wertvoller Rechte entspringen, wenden sie sich enthusiastisch dem Gedanken der Diktatur zu. Die demokratischen Rechte des Interessentenhaufens müssen ihnen gerade als Hindernis ihrer eigenen Existenzsicherung erscheinen und dies um so mehr, wenn es sich um die Rechte der Arbeiterklasse handelt, deren Interessenvertretung im Rahmen der bürgerlichen Ordnung ja notwendig eine störende Rolle spielt. Je weniger die Arbeiterbewegung die Krise der Demokratie zu gestalten vermag, je mehr sie zum Objekt der Krise wird, desto mehr erscheint sie breiten Schichten durch die bloße Fortdauer ihrer Existenz als Ursache der Krise, oder mindestens ihrer Dauer. Je weniger sie sich zur marxistischen Beherrschung der Situation erhebt, desto mehr wird die Herrschaft des Marxismus für alles Elend verantwortlich gemacht; dem liegt die Realität zugrunde, daß in der Stunde der Krise jeder noch so bescheidene Gebrauch der Arbeitermacht einen den kapitalistischen Notwendigkeiten fremden, die Ordnung gefährdenden Faktor bedeutet. Dies eben ist es, was die Faschisten unter Marxismus verstehen.

IV. Die faschistische Partei.

1. Massenbasis und Ideologie.

Die Sammlung aller, die von den Interessenparteien und Organisationen abfallen, zunächst weil ihre materiellen Interessen am Staat ihr produktives Klasseninteresse momentan überwiegen oder ersetzen, dann, weil die Interessenorganisationen auch zur Durchsetzung des Klasseninteresses selbst nicht mehr in der Lage sind, die Sammlung der Landwirtschaft gegen die Industrie, des Stahltrusts gegen die IG, der Schuldner gegen die Gläubiger, der Arbeitslosen gegen die Beschäftigten, der Autarkisten gegen die Weltwirtschaftler, vollzieht sich im Lager einer neuen, auf die politische Macht und sonst nichts gerichteten Massenpartei: der faschistischen Partei. So erklärt sich gleichmäßig, daß diese Partei sich aus Angehörigen aller Klassen rekrutiert, wie daß bestimmte Schichten in ihr überwiegen, ihren Kern bilden, die man mit dem Verlegenheitsausdruck »Mittelschichten« bezeichnet hat. Die Bourgeoisie ist vertreten, aber die verschuldete, stützungsbedürftige Bourgeoisie, die Arbeiterschaft ist vertreten, aber die Dauerarbeitslosen und kampfunfähigen, in den Elendsgebieten konzentrierten Arbeiter, das städtische Kleinbürgertum strömt herbei, aber das ruinierte Kleinbürgertum, die Rentner werden erfaßt, aber die von der Inflation enteigneten Rentner, Offiziere und Intellektuellen führen, aber verabschiedete Offiziere und verkrachte Intellektuelle. Dies sind die Kernschichten der Bewegung — sie trägt den Charakter einer wahren Volksgemeinschaft des Bankrotts — und dies erlaubt ihr auch, sich über ihre Kernschichten hinaus in allen Klassen, da sie ja mit allen sozial verflochten ist, parallel der Krise auszudehnen. (Wir erinnern an das, was oben auch über das Ueberwiegen der parasitären Interessen von Angestellten- und Beamtenschaft in der Krise gesagt wurde.)

Der wirklichen Tendenz der Bewegung, die hier abgeleitet wurde, entsprach die Ideologie und ihr konzentrierter Ausdruck: die Parolen. Ein starker Staat unter einheitlicher Führung, der mit dem Schacher der Interessenten Schluß macht, ein Staat der aktiv in die Krise eingreift und mit dem Liberalismus Schluß macht, ein Staat, der die nationale Wirtschaft von weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten befreit, wurde gefordert. Mit »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« wurde der Schutz der Stützungsbedürftigen vor der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit, mit der »Brechung der Zinsknechtschaft« die Befreiung der Schuldner proklamiert, mit der »Volksgemeinschaft« die gemeinsame Stützungsbedürftigkeit aller, zumal im Schuldnerland. Der »Idealismus« derer, die vom Staat abhängen, wurde gegen den »Materialismus« derer, die unmittelbare Interessen vertraten, vor allem der marxistischen Arbeiterorganisationen ausgespielt, die Bodenständigkeit des Landes gegen den Großstadtasphalt. All dies wurde mit der Gläubigkeit der Verzweiflung vorgetragen, die die Krise allenthalben erzeugte und die ihre Träger jeder rationellen Diskussion überhob. Mit diesen Parolen mischten sich Elemente einer plebeischen Revolte gegen die Führerschicht von Fachbürokraten und Honoratioren, die der

Bewegung den volkstümlichen, »demokratischen« Anstrich gab, wie sie ja auch faktisch einzelne bürgerlich-revolutionäre Aufgaben zu Ende führt. Mit diesen Parolen mischten sich vor allem auch sozialistische Elemente im Sinn eines planmäßigen Kampfes gegen das »liberale Chaos«. Diese letzten waren es, die die Schichten der Produktionsintelligenz und der Angestellten besonders anzogen.

2. Kampf- und Organisationsmethoden.

Der Verzicht auf den ökonomischen Tageskampf, der bei allen Parteien von der Krise teilweise erzwungen wird, wird bei der faschistischen Partei idealistisch begründet und mit prinzipieller Konsequenz durchgeführt. Ihre ökonomischen Parolen drücken allgemeine Tendenzen, keine konkreten Forderungen aus. Wo die Faschisten vor dem Siege in Positionen geraten, in denen sie zu solchen Fragen Stellung nehmen müssen, stellen sie sich rein agitatorisch ein und schreiten praktisch — etwa in der Kommunalpolitik — von Blamage zu Blamage, ohne dadurch den geringsten Schaden zu nehmen. Ihre Agitation ist vollständig auf den Glauben an die Zukunft, an den Führer, die Machtergreifung und die dann folgenden Wunder und eine entsprechende Einschüchterung der Gegner konzentriert. Die Arbeiterbewegung und noch jene holsteinische Landvolkbewegung, die die Bomben warf, sagten ihren Anhängern: »Helft Euch selbst!« Die faschistische Partei sagte nie: »Helft Euch selbst!« Sie sagte immer: »Gebt uns die Macht!« Das ist der Kern aller faschistischen Agitation. Er entspricht der geschilderten Interessenlage und er erklärt die spezifische Form von Zentralismus, mit der die faschistische Partei organisiert ist. Für keine Klassenpartei ist eine solche Art von militärischem Zentralismus möglich.

Die Interessenorganisationen der Demokratie entstehen aus der spontanen Aktivität ihrer Mitglieder im ökonomischen Kampf, in dem sich die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses zeigt. Freie Organisationsbildung, freie Konkurrenz der Organisationen und Herkunft der Aktivität von unten sind für sie konstitutive Merkmale. Die Aktivität der Leitung kann genau so weit gehen, wie die spontane Aktivität der Mitglieder und letzten Endes der Klasse reicht. Darin liegt auch der Sinn ihres demokratischen Aufbaues. Die faschistische Partei baut auf der Bereitschaft ihrer Mitglieder auf, sich einer Führung anzuvertrauen, von der sie hoffen, daß sie im Besitz der Staatsmacht ihnen helfen wird. Die Kampfaktivität, zu der sie bereit sind, ist in erster Linie eine militärische oder pseudo-militärische. In dieser Hinsicht ist sie unbegrenzt, nicht an die Situation, sondern an den Befehl gebunden. Alle Aktivität geht von oben aus. So wenig wie ein Heer kann eine faschistische Partei aus spontanen Aktionen zusammenwachsen. Sie ist die einzige Partei, die nicht einen Wehrverband benutzt, sondern in ihrem ganzen Aufbau dem Wehrverband angeglichen ist und wesentlich durch ihn wirkt. Ihre einzigen Teilaktionen sind militärischen Charakters. Zerstörungen von Gewerkschaftshäusern bilden den Gipfel ihrer vorrevolutionären Aktionserfolge, Saalschlachten ihre normale Lebensform. Hierbei erweist sich derselbe

Zentralismus, der die Partei im ökonomischen Tageskampf disqualifiziert, als Grundlage ihrer militärischen Qualifikation. Dabei ist zu beachten, daß der Zweck aller ihrer militärischen Tätigkeit ein agitatorischer ist; rein militärisch kann ein Wehrverband gegen ein wirkliches Heer nie aufkommen. Die Saalschlachten usw. sind wesentlich Propagandamittel, daher auch die Gesamtform als politische Partei; nur ist sie die einzige Partei, der gerade solche Propagandamittel spezifisch sind. Eine solche Partei kann ihrer Natur nach keine Dauerexistenz als Massenpartei führen, ohne zum Schlagen und Siegen zu gelangen. Ist die Krisensituation einmal verpaßt, so fehlt ihr die Möglichkeit kontinuierlicher Massenführung. Die Massen wenden sich von ihr ab und wieder den Interessenorganisationen zu, die ihrer Lage im Produktionsprozeß entsprechen.

Der militärische Kampf dient der Bewährung der Partei als einziger Massenorganisation mit Anspruch auf die Alleinmacht. In diesem Kampf findet sie als Gegner nur die proletarischen Massenorganisationen vor, da die Stärke der bürgerlichen Interessentengruppen in ihrer ökonomischen Position, nicht in der Massenorganisation liegt. Der bürgerliche, arbeiterfeindliche Charakter der faschistischen Partei wird so durch die Dynamik des Kampfes um ihre Durchsetzung ständig verstärkt. Gleichzeitig erlaubt ihr der Verzicht auf konkrete Stellungnahme im ökonomischen Kampf eine außerordentliche Elastizität gegenüber allen Klassen. Daß sie allen für die Zukunft ihr Recht verspricht, ist in seiner Wirkung nicht als bloßer Betrug oder Schein erklärbar, sondern nur durch das zeitweilige Ueberwiegen der Interessen am starken Staat über die unmittelbaren Interessen in breiten Teilen aller Klassen. Daraus, daß alle Interessen der Anhänger faschistischer Organisationen auf die Einheitlichkeit der Staatsführung hindrängen, und daß alle Hoffnungen, die die Partei erweckt, sich auf den Zeitpunkt der Machtergreifung beziehen, folgt zwangsläufig der Anspruch auf die alleinige Führung des Staates durch die faschistische Partei. Durch das Verbot aller anderen Parteien soll mit dem Interessentenhaufen aufgeräumt werden, die Entscheidung des Führers die Kompromisse ersetzen.

3. Faschistische Partei und faschistische Bewegung.

Die Entwicklung dieser Kampf- und Organisationsmethoden erfordert eine neue, von den Traditionen der demokratischen Parteien und der parlamentarischen Routine freie, in ihren Mitteln skrupellose Führerschicht. Sie kann sich ihrer Natur nach wesentlich nur aus beschäftigungslosen Militärs und gescheiterten Intellektuellen, also aus voll entwurzelten Existenzen rekrutieren, nicht aus dem bourgeoisen Bestandteil der Bewegung, dessen Angehörige auch im Zustand der Verschuldung und Verzweiflung noch an Standestraditionen aller Art gebunden bleiben. Die Schwierigkeit der Unterordnung von Bourgeois unter eine Führerschicht von Dilettanten und Desperados bedingt, daß dieser Teil der Interessenten des faschistischen Umsturzes bis zum Siege überwiegend außerhalb der Partei verbleibt, in befreundeten, rein bürgerlichen Gruppen organisiert.

Es ist dieser Umstand, der der faschistischen Partei einen ausge-

sprochen plebejischen Charakter gibt. Die Angehörigen der herrschenden Klasse, die Routiniers der politischen Führung sind in ihr schwach vertreten und im politisch-technischen Sinne einflußlos.

Das hat dazu verleitet, die faschistische Bewegung als Ganzes als kleinbürgerliche Bewegung zu kennzeichnen. Doch geht, wie wir gezeigt haben, die soziale Basis dieser Bewegung nach oben wie nach unten weit über das Kleinbürgertum hinaus, während sie andererseits nicht das gesamte Kleinbürgertum, sondern nur seine ruinierten und gefährdeten Teile umfaßt. Speziell mit Bezug auf die bourgeoisen Elemente muß zwischen dem sozialen Umfang der faschistischen Bewegung und dem organisatorischen Umfang der faschistischen Partei scharf unterschieden werden, wie auch zwischen dem Einfluß dieser Elemente auf den Inhalt der faschistischen Politik und ihrem technischen Einfluß in der Parteiführung. Die faschistische Partei repräsentiert politisch wesentlich mit die Interessen von Teilen der Bourgeoisie, die ihr organisatorisch nicht angehören.

Die Gemeinsamkeit der Ziele des innerparteilichen und außerparteilichen Sektors der faschistischen Bewegung zeigt sich in entscheidenden Stunden auf dem faschistischen Wege zur Macht. In Deutschland hat die Hugenberg-Papen-Gruppe den Nationalsozialisten im kritischen Moment den Weg in die Regierung gebahnt. Politisch-technisch bestanden auch in diesem Augenblick noch Differenzen. Die formelle Unterordnung unter die Parteiherrschaft ist von dieser Gruppe nie freiwillig akzeptiert, sondern erst längere Zeit nach der Machtergreifung durch den siegreichen Faschismus erzwungen worden. Oekonomisch aber verwirklichte sich in der Stunde der Gefahr die Einheitsfront der durch jene Gruppe repräsentierten bankrotten Schwerindustriellen und Großgrundbesitzer mit der Partei der bankrotten Kleinbürger und Unproduktiven für gemeinsame Ziele.

V. Die faschistische Revolution.

1. Der Verlauf.

Es versteht sich von selbst, daß die Verhältnisse, die die faschistische Partei geschaffen haben und denen sie in Aufbau und Methoden angepaßt ist, für sie arbeiten. Auf Kosten zunächst der bürgerlichen und der Mittelstandsparteien, allmählich auch der Arbeiterorganisationen, aus denen der Weg zu ihr häufig über ein Zwischenstadium der Indifferenz führt, wird sie zu dem einen großen Massenblock des sich zersetzenden parlamentarischen Systems. Der gegnerische Massenblock, eben die Arbeiterbewegung, der noch relativ stärkste Widerstandsträger, wird durch den Fortgang der Krise geschwächt und in innere Gegensätze getrieben, die sich bald nur noch auf die Methoden des Rückzugs beziehen. In der wachsenden Uebernahme von teilfaschistischen Losungen und Methoden auf beiden Flügeln der Arbeiterbewegung drückt sich der Zwang der Situation aus. (Nationalismus von KP und SP, Wehrfimmel, Sozialisierungsprogramme bei Unfähigkeit zum Lohnkampf, inflationistische Arbeitsbeschaffungsideen, Wachsen der idealistischen Strömungen, Nach-

laufen hinter dem Kleinbürgertum, Imitierung des Führerkults in der KP usw.) Ob die letzte Phase die kampflose Kapitulation oder der Widerstand der Verzweiflung ist, bleibt untergeordnet, da beides Ausdrücke einer hoffnungslosen Situation sind.

Zwischen beiden Massenblocks, dem wachsenden faschistischen und dem zurückweichenden proletarischen, balanciert mit wechselnden Methoden die immer schwächer werdende, in sich uneinige großbürgerliche Clique, immer mehr auf die Exekutive gestützt, immer mehr gleichzeitig das Parlament ausschaltend und diskreditierend und sich selbst isolierend. Je mehr ihre inneren Gegensätze, vor allem zwischen Subventionisten und Liberalen sich verschärfen, desto stärker wird ihr Wettlauf um die Gunst der faschistischen Partei, in dem der reaktionäre Flügel naturgemäß überlegen ist. Schließlich ruft er endgültig und erfolgreich die faschistische Partei zu Hilfe, die in Koalition mit ihm in die Regierung einzieht. In dieser Koalition ist sie, unabhängig vom Inhalt der getroffenen Abmachungen, der politisch weitaus stärkere Partner. Gestützt auf eine ideologische Massenströmung, die faktisch auch den bürgerlich reaktionären Flügel trägt, ohne durch dessen offenen Interessencharakter kompromittiert zu sein, im wachsenden Maße Konzentrationspunkt aller Hoffnungen, jederzeit in der Lage, die Interessenpolitik des Partners und die Reste der Parteiwirtschaft in der Koalition als Ursache ungenügender Fortschritte zu denunzieren, findet sie schnell den Weg zum Staatsstreich, der den wirklichen Bruch mit dem »System« darstellt. In ihm bemächtigt sie sich vorbehaltlos des Staatsapparates, entledigt sich aller Koalitionsbindungen und realisiert ihre Macht im Vernichtungskampf gegen die proletarischen Massenorganisationen. Sobald dieser durchgeführt ist, sind das allgemeine Parteiverbot und damit das formelle Ende der Koalition nur noch selbstverständliche Etappen auf dem Wege zum totalen Staat.

Gestützt auf Massenströmungen kommt die faschistische Partei zur Macht, macht sie ihren Staatsstreich, vernichtet sie ihre Gegner, beseitigt sie die Schranken zwischen ihrem Apparat und dem des Staates. Die schnelle, revolutionäre Brechung aller Widerstände erfordert die zeitweilige Entfesselung der freien, nicht disziplinierten Aktivität ihrer Anhängermassen. Mit dem Ausbau des faschistischen Systems ebbt diese Welle von selbst ab, zumal diese Art von Massenaktivität nicht einmal bis zur Schaffung eigener Organisationsformen gelangt.

2. Faschistische und proletarische Revolution.

Die Analogien, die zwischen der politischen Dynamik der proletarischen und der faschistischen Revolution gezogen worden sind, können sich auf zwei gemeinsame Merkmale stützen. Für beide ist die Konzentration aller Hoffnungen auf einem Pol, um eine Massenpartei, die die Abschaffung des bestehenden Regimes auf ihre Fahne geschrieben hat, Voraussetzung. In beiden versagt vor dieser Eindeutigkeit der Massenströmung jeder Versuch des Widerstandes von seiten des rein militärisch

überlegenen Exekutiv-Apparates. Für beide sind also die formalen Kennzeichen der revolutionären Situation gemeinsam.

Trotzdem erstreckt sich der Gegensatz beider Revolutionen nicht nur auf den Klasseninhalt, sondern auch auf die Form des Verlaufs, die durch diesen Klasseninhalt bedingt ist. Die proletarische Revolution setzt die maximale Kraftentfaltung einer, der Arbeiterklasse, voraus, die faschistische Revolution die Agonie aller Klassen der bürgerlichen Gesellschaft. Die Massenaktivität der proletarischen Revolution schafft revolutionäre Massenorgane zur Durchführung ihrer Klassenziele, von Ort zu Ort, von Bezirk zu Bezirk. Die Räte mögen eine historisch zufällige Form sein, die Tatsache der Bedeutung solcher Organe für die proletarische Revolution ist nicht zufällig. Die faschistische Revolution kennt nur eine negative terroristische, keine gestaltende Form der Massenaktivität.

Die Massenorgane der proletarischen Revolution sind ihrer Tendenz nach selbständige Machtorgane. Durch ihren Klasseninhalt sowohl als auch ihre organisatorische Existenz geraten sie in Gegensatz zur bürokratischen Staatsmaschine. Die faschistische Revolution, deren einzige Organisation — Partei und Wehrverband — hierarchisch-militärisch-zentralistisch aufgebaut ist und die in ihrem Inhalt die Besitzordnung verteidigen und stabilisieren will, bringt wohl eine Konkurrenz zwischen Partei- und Staatsapparat hervor, aber keinen prinzipiellen Gegensatz; vielmehr findet die Konkurrenz zwischen klassen- und aufbaumäßig gleichartigen Apparaten statt, und läßt die formelle Fusion zu, wenn sie sie auch nie ganz erlischt.

3. Historische Grundlagen und Charakter.

Die Frage muß jetzt beantwortet werden, in welchem Sinn die politische Umwälzung, die den Faschismus an die Macht bringt, als Revolution bezeichnet werden kann. Klar ist zunächst, daß nicht die Freisetzung einer grundsätzlich neuen ökonomischen Formation ihren Inhalt bildet. Vor wie nach dem faschistischen Umsturz herrscht Kapitalismus, aber freilich ein Kapitalismus, in dem vor- wie nachher gewisse Wandlungen im Gange sind, ein Kapitalismus sich verengernder Schranken der Akkumulation, wachsender ökonomischer Totgewichte, wachsender Kapitalvernichtung, wachsender parasitärer und reaktionärer Schichten. Ein Kapitalismus auf der anderen Seite hochentwickelter Produktivkräfte und Organisationsformen, in dem das Chaos ein wachsendes Planungsbedürfnis hervorruft. Der allgemeine Ausdruck dieser kapitalistischen Wandlungen und speziell ihrer reaktionären Seite ist die Verwandlung des Staates in den Subventionsstaat, die auch und gerade in den demokratischen Formen des Systems der Interessenparteien erfolgt. Zwischen den Funktionsnotwendigkeiten des Subventionsstaates und dem System der Interessendemokratie besteht jedoch ein Widerspruch, der durch die Verschärfung der Klassengegensätze in der Krise bei wachsenden Ansprüchen an den Staat akut wird. Ein Widerspruch zwischen der politisch-sozialen Organisationsform und den ökonomischen Anforderungen an den Staat besteht natürlich schon auf früheren Entwicklungsstufen des bür-

gerlichen Staates und ist ein ständiger Motor seiner Umformung bis zu jener letzten »wirtschaftsdemokratischen« Stufe. Auf dieser Stufe angelangt, nimmt der Widerspruch eine so prinzipielle Gestalt an, daß er nur noch in revolutionären Formen, durch Schaffung einer grundsätzlich neuen, nicht mehr demokratischen Staatsform zu lösen ist.

Die faschistische Revolution ist also insofern eine echte Revolution, als sie einen notwendig in revolutionären Formen vor sich gehenden, durch die ökonomische Entwicklung bedingten wesentlichen Einschnitt in die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft darstellt. Ihre typischen Resultate bilden:

1. eine neue höhere Form der staatlichen Organisation;
2. eine neue reaktionäre Form gesellschaftlicher Organisation;
3. eine wachsende staatliche Hemmung der ökonomischen Entwicklung durch reaktionäre Kräfte, die sich der Staatsmacht bemächtigt haben.

Indem das gewachsene, politisch-soziale Gewicht der parasitären und reaktionären Schichten stabilisiert, die reaktionäre Rolle des Staates fixiert und gleichzeitig die Macht dieses einheitlichen und besser organisierten Staates gestärkt wird, indem vor allem die Organisationen der fortschrittlichen Klasse vernichtet werden, wird eine Situation geschaffen, in der sich die Dynamik der Produktivkräfte nur noch gegen den Druck des politischen Systems, durch ihn ständig gehemmt, durchzusetzen vermag und durchzusetzen gezwungen ist.

Die Umgruppierung der Komintern

Von **Gregor Bienstock.**

Es handelt sich eben weder um ein reines »Manöver« noch um eine grundsätzliche Aenderung der Strategie des internationalen Kommunismus, sondern um eine U m g r u p p i e r u n g d e r K r ä f t e in Anpassung an eine veränderte weltpolitische Situation. Der Generalstab der Komintern hat eine beträchtliche Zeit gebraucht, um diese Umgruppierung vorzunehmen. Auch heute ist sie noch nicht vollendet. Die konservativen Elemente innerhalb der nationalen Sektionen fügen sich unwillig unter die neue »Generallinie«, und es ist noch fraglich, in welchem Umfange die große Umgruppierung in die Tat umgesetzt wird. Aber wenn man die Resolutionen des VII. Komintern-Kongresses, und vor allem das Referat von Dimitrow etwa mit den Debatten auf dem 12. Plenum des Ekki vergleicht, die am Vorabend des faschistischen Umsturzes in Deutschland stattgefunden haben, so wird der lange Weg, den die Strategen der Komintern inzwischen zurückgelegt haben, ganz deutlich sichtbar. Damals, im Herbst 1932, stand noch die Theorie des »Sozialfaschismus« in vollster Blüte. Der Vertreter der deutschen Kommunisten konnte, ohne mit der Wimper zu zucken, folgendes Zitat aus einem Artikel von Stalin anführen: »Faschismus ist die Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die ak-

tive Beihilfe der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist, objektiv gesprochen, der gemäßigte Flügel des Faschismus.« Damals, ein paar Wochen nach dem Papen-Streich gegen die Regierung Braun-Severing, hatten die Führer der Komintern es sehr eilig gehabt, den Grundsatz zu verkünden, daß der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie geführt werden solle.

In den drei Jahren, die zwischen dem 12. Plenum des Ekki und dem VII. Kongreß der Komintern verflossen sind, hat sich manches ereignet, was sogar den Machthabern der Komintern zu denken gab. Man hat dort endlich — etwas spät — verstanden, daß nicht der phantastische »Sozialfaschismus«, sondern der sehr reelle deutsche Nazismus d e r Feind der Arbeiterbewegung und des revolutionären Rußland ist und daß die »S o z i a l f a s c h i s t e n« a l s B u n d e s g e n o s s e n gegen diesen Hauptfeind außerordentlich brauchbar sind. Aber sonst ist es auch heute mit dem Realismus der Einschätzungen der kommunistischen Strategen nicht weit her. Wenn im Herbst 1935, angesichts des Sieges des Faschismus in Deutschland, Italien und Oesterreich und der Herrschaft von mehr oder minder reaktionären und halbfaschistischen Regierungen auf dem ganzen europäischen Festland mit Ausnahme der kleinen skandinavischen Staaten, Belgiens und der Tschechoslowakei, angesichts der aggressiven Haltung des deutschen und japanischen Imperialismus gegenüber der Sowjetunion und der Provokationen von Mussolini gegenüber dem Völkerbund, der kommunistische Weltkongreß mit Befriedigung feststellt, daß die »Relation der Klassenkräfte im Weltmaßstabe sich mehr und mehr zugunsten der Revolution verschiebt«, so kann man das kaum noch als einen ernsten Versuch zur Erfassung der tatsächlichen Lage der Dinge ansehen. Als sehr unbrauchbares und heute ziemlich komisch anmutendes Inventarstück der alten Komintern-Ideologie erscheint daneben in der Entschließung des VII. Kongresses der »anglo-amerikanische Gegensatz als der grundlegendste Konflikt im imperialistischen Lager«.

Man könnte noch auf einige andere Abirrungen hinweisen, die alle mehr oder minder dem doktrinären Schematismus und dem Bedürfnis entspringen, die Weltentwicklung den eigenen Anhängern als die Erfüllung ihrer Wunschträume darzustellen. Aber es wäre falsch, hinter dieser doktrinären Fassade, die nun einmal zum Moskauer politischen Architekturstil gehört, die w e s e n t l i c h e n V e r ä n d e r u n g e n nicht sehen zu wollen. Der Ausgangspunkt der neuen Taktik ist die Feststellung, daß man ohne die Hilfe der Sozialdemokratie weder den Faschismus entscheidend schlagen, noch die Kriegsgefahr erfolgreich bekämpfen, noch, gegebenenfalls, die Sowjetunion schützen kann. Also nicht mehr Zerschmetterung der Sozialdemokratie als Voraussetzung zur Vernichtung des Faschismus, sondern Bundesgenossenschaft mit der Sozialdemokratie zum Zweck der endgültigen Erledigung des Faschismus und Sicherung des Weltfriedens. Wenn man als unmittelbare Konsequenz dieser neuen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie noch die neue Stellungnahme der Komintern gegenüber der bürgerlichen Demokratie hinzunimmt, so ist das wohl ungefähr alles, was dem Außenseiter auffällt und worauf in den

Kommentaren der sozialistischen und bürgerlichen Presse angespielt wird. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch das konkrete Bild, das sich die Strategen der Komintern von der künftigen Entwicklung machen.

Das Ziel bleibt das alte: die Weltrevolution. Darin hat sich in der Strategie der Komintern nichts geändert. Die Weltrevolution werde sich entweder in der Folge eines Weltkrieges ereignen oder aus der Vernichtung des Faschismus entstehen. In beiden Varianten bleibt jedoch als Achse der Weltumwälzung die Sowjetunion, die bereits auf einem Sechstel des Erdballs den Sozialismus verwirklicht habe. Die Strategie der Komintern für den Fall des Krieges beruht auf zwei nebeneinander laufenden Gedankengängen, die in einem Widerspruch zueinander stehen. Einerseits hängt man an dem alten Gedanken der Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Das ist der alte Defaitismus und der Grundsatz: »Der ärgste Feind steht im eigenen Lande«. Anderseits taucht aber mit viel größerer Bestimmtheit der Gedanke der Verpflichtung aller Proletarier, das »sozialistische Vaterland«, die Sowjetunion, zu schützen, auf. Falls der beginnende konterrevolutionäre Krieg, heißt es in der entsprechenden Resolution des Kongresses, die Sowjetunion zwingen sollte, die Rote Armee für den Schutz des Sozialismus zu mobilisieren, so werden die Kommunisten alle Schaffenden aufrufen, mit allen Mitteln und um jeden Preis der Roten Armee zum Sieg über die imperialistischen Heere zu verhelfen. Daraus ergibt sich eigentlich die Notwendigkeit, die kapitalistischen und imperialistischen Bundesgenossen der USSR zu stärken. Aber dieser Gedanke, der von einigen Rednern angedeutet wurde, wird in der Entschließung sorgfältig vermieden, um ja nicht in die gefährliche Nähe des Sozialpatriotismus zu kommen. Die Möglichkeit eines jakobinischen Nationalkrieges gegen einen faschistischen Ueberfall wird nicht ausgeschlossen, aber erscheint als eine recht nebensächliche Angelegenheit. Im Grunde genommen ist auch nach dem VII. Kongreß nur eins sicher: im Falle eines Krieges entscheidet der Moskauer Generalstab über das Verhalten jeder einzelnen Kominternsektion nach seinem Gutdünken.

In Friedenszeiten gilt die Parole der Einheitsfront, die jetzt in der Form eines Bündnisses mit der Sozialdemokratie gedacht ist. Man spricht nicht mehr von der Zerschlagung der sozialdemokratischen Partei. Aber man stellt sich in Moskau wohl auch keine Allianz zwischen Gleichberechtigten vor. Vielmehr geht es um eine Art Protektorat oder, zeitgemäßer ausgedrückt, »Mandat« der Kommunisten über die Sozialdemokratie. Die Marschroute ist vollkommen klar: man liiert sich mit der Sozialdemokratie, um die Macht im Staate zu erringen, um die bürgerliche Regierung zu beseitigen. Ist man aber so weit, so erscheint als nächste Etappe zweifellos die Ausschaltung der Sozialdemokratie und die Errichtung der Alleindiktatur der kommunistischen Partei. Man kennt ja aus der Geschichte der russischen Revolution das Schicksal der »linken« Sozialrevolutionäre. Es gibt allerdings, besonders in Frankreich, Politiker, die ernsthaft daran glauben, wenigstens bis jetzt daran geglaubt haben, daß aus der »Einheit der Aktion« eine »organische« Vereinigung der bei-

den Parteien, eine Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien in eine revolutionäre sozialistische Partei sich entwickeln müsse. Durch diese Hoffnungen hat der VII. Kongreß der Komintern einen Strich gemacht. Ja, die Kommunisten erstreben die Einheit der Aktion, sie sehen sie als die notwendige Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse und für die Vernichtung des Faschismus an. Auch sie erwarten, daß aus der »Einheitsfront« die politische Einigung der Arbeiterklasse, die Vereinigung der beiden Parteien erwachse. Aber für diese Vereinigung stellen sie bereits jetzt nach altem Brauch B e d i n g u n g e n auf, allerdings keine einundzwanzig, sondern nur fünf. Aber die Annahme dieser Bedingungen durch die Sozialdemokratie würde einer Unterwerfung verdammt ähnlich sehen. Diese fünf Bedingungen, die die Komintern für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien als unerläßlich erachtet, lauten: 1. vollkommene Lösung jeder Verbindung mit dem Bürgertum, 2. Verwirklichung der Einheit der Aktion, 3. Anerkennung der Notwendigkeit einer revolutionären Beseitigung der bürgerlichen Herrschaft und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in Form einer Sowjetregierung, 4. Ablehnung der Unterstützung der eigenen Bourgeoisie während des imperialistischen Krieges und, schließlich, 5. Aufbau der künftigen Einheitspartei auf Grund des demokratischen Zentralismus, der die Willens- und Aktionseinheit garantiere und sich in der Praxis der russischen Bolschewiki bewährt habe.

Die erste und vierte Bedingung klingen in der Epoche der durch die Kommunisten besonders warm propagierten »Volksfront«, der Verbrüderung der französischen Kommunisten mit dem linken Flügel der Radikalsozialisten und darüber hinaus mit Krethi und Plethi einerseits und angesichts der bedingungslosen Solidarisierung Stalins mit dem militärischen Programm der französischen Bourgeoisie anderseits, recht mißverständlich. Die dritte Bedingung verlangt von der Sozialdemokratie eine schlichte Unterwerfung unter das politische Programm des Kommunismus, während die fünfte Bedingung die Anerkennung der Grundsätze der bolschewistischen Organisation, wie sie in der Sowjetunion praktiziert wird, voraussetzt. Was dem Generalstab der Komintern als »politische Einigung der Arbeiterklasse« vorschwebt, ist also nichts anderes als die v o l l k o m m e n e U n t e r w e r f u n g unter das Diktat von Moskau. Die groteske Tatsache, daß in der Aera der nationalen und internationalen Einheitsfront-Kampagne Hunderte von russischen Anhängern der Sozialistischen Arbeiterinternationale in den Moskauer Gefängnissen schmachten, stellt übrigens die Aufrichtigkeit der kommunistischen Bemühungen um die Einigung des Proletariats in ein sonderbares Licht.

Es wäre auch sehr naiv gewesen, sich vorzustellen, daß unter dem Eindruck des faschistischen Umsturzes in Deutschland und der daraus für die Sowjetunion entstehenden unmittelbaren Gefahren, die Komintern nun geneigt sei, sich in die Arme der Sozialdemokratie zu stürzen. Der Wille zur Macht bleibt in Moskau der alte, das kann man den Kommunisten auch nicht übel nehmen. Aber es entsteht für uns die dringende Frage, w i e w i r u n s g e g e n ü b e r d e r n e u e n T a k t i k d e r K o m-

intern zu verhalten haben. Man soll sich keinen Illusionen hingeben: die Initiative befindet sich vorläufig völlig in den Händen der Kommunisten. Wo die Bewegung der »Einheitsfront« sich in stürmischer Entwicklung befindet, wie in Frankreich, dort droht die Gefahr, daß die Sozialisten zur Seite geschoben werden und daß die Führung gänzlich in die Hände der Kommunisten übergeht. Will man den Sieg über den Faschismus, so darf diese Bewegung aber nicht abgedrosselt werden. Soll jedoch dieser Sieg nicht auf Kosten einer völligen Liquidierung des sozialdemokratischen Einflusses errungen werden, so muß die Sozialdemokratie ihre heutige Taktik grundsätzlich ändern, muß sie die Initiative in der Bekämpfung des Faschismus und der Organisierung und Vorbereitung der neuen Volksregierung an sich reißen. In dieser revolutionären Situation sich als hellsichtigere und tatkräftigere Revolutionäre als die Kommunisten zu erweisen — das ist die einzige Gewähr dafür, während des Kampfes die Führung zu behalten und nach dem Siege nicht beiseite geschoben zu werden.

Komplizierter ist die Situation in Deutschland, wo es sich heute für uns nicht um den unmittelbaren Kampf um die Macht, sondern um die Vorbereitung der Kaders für einen solchen Kampf handelt. Die Kommunisten sehen die Situation in Deutschland anders. Der VII. Kongreß hat da eine höchst bedenkliche Theorie vom »trojanischen Roß« aufgestellt, was nichts anderes besagt als, nach den Worten Dimitrows, eine Massenbewegung der Einheitsfront außerhalb und innerhalb der faschistischen Organisationen zu organisieren. Jedem mit den Bedingungen der illegalen Arbeit in Deutschland einigermaßen Vertrauten ist es ohne weiteres klar, welche gefährliche Illusion die Aufziehung einer solchen Massenorganisation unter den heutigen Verhältnissen darstellt. Es handelt sich dabei offenbar um jenen periodisch in der Geschichte des Kommunismus sich wiederholenden »Kopfschwindel«, der erfahrungsgemäß Tausenden, manchmal auch Millionen das Leben kostet. Soll die deutsche Sozialdemokratie die Einheitsfrontangebote der Kommunisten ernst nehmen, so müssen sich zuerst die Kommunisten selbst klar darüber werden, ob es in dieser Phase bereits um die Entfesselung einer Massenbewegung oder erst um die Vorbereitung von Kadern für diese Bewegung geht.

Es muß noch abgewartet werden, wie sich die neue Taktik der Komintern in der Praxis der einzelnen Landessektionen auswirkt. Wir können jedoch nicht achtlos an der Umgruppierung des internationalen Kommunismus vorbeigehen: Passivität ist keine Strategie. Die sozialistische Arbeiterbewegung macht eine große Krise durch, wahrscheinlich die gewaltigste seit ihrem Beginn. Wir sind überzeugt, daß das eine Anpassungs- und Wachstumskrise ist. Wir glauben nicht, daß unsere Kräfte allein ausreichen, um diese Krise siegreich zu überwinden: ohne jene großen Energien, die gegenwärtig der internationale und vor allem der russische Kommunismus in sich birgt, ist eine Erneuerung der sozialistischen Bewegung, ist die Ueberwindung des Faschismus und der endgültige Sieg des Sozialismus eine Utopie. Aber ebenso müssen die Kom-

munisten verstehen, daß ohne eine ehrliche Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, trotz Roter Armee und trotz Herrschaft auf einem Sechstel des Erdballs, sie keine Chance des Sieges haben. Es geht wahrlich nicht um gegenseitiges Diktieren und Aufstellen von »unerläßlichen Bedingungen«, sondern um Anpassen der beiden Zweige der Arbeiterbewegung aneinander.

Zur Demokratie oder zur plebiszitären Diktatur?

Von **Salomon Schwarz.**

I.

Noch vor wenigen Jahren war die Sowjetunion das Land der offenen, unumschränkten Diktatur des kommunistischen Parteiapparats. Die Kommunistische Partei hatte sich zur alleinigen Vollstreckerin der proletarischen Herrschaft erklärt, bei der die Arbeiterklasse selbst nichts mehr zu sagen hat. Alle politischen Rechte wurden daher der angeblich diktatorisch herrschenden Arbeiterklasse entzogen. Die Herrschaft der KP. wurde zu einer ausgesprochenen, absolutistisch ausgebauten bürokratischen Diktatur, die auf der Höhe ihrer Entwicklung bewußt ihre Gegensätzlichkeit zu der Demokratie in allen ihren Formen betonte. In diesen Jahren hatte die kommunistische Presse für die Demokratie überhaupt nichts als Worte des Hohnes und der Verachtung.

Seit Beginn des Vorjahres ist eine allmähliche Wandlung eingetreten. Immer häufiger wurde der demokratische Charakter des Sowjetsystems betont. Von einem Gegensatz zwischen der Demokratie und der kommunistischen Diktatur will man bald nichts mehr wissen. Bei der offiziellen Trauerkundgebung zum elften Todestage Lenins, im Januar d. J. erklärte der Leiter der Kult-Prop-Abteilung und theoretische Berater Stalins, Stetzki:

> »Der Sowjetstaat zeichnet sich aus durch die breiteste Demokratie für die Werktätigen, wie ihn sonst kein Staat in der Welt kennt oder je kannte«.

Dies war zwar vorwiegend nur eine Wandlung der Terminologie, ohne daß sich vorerst in der Sache selbst etwas ernsthaft geändert hatte. Aber sie bewies immerhin, daß die Diktatur sich unsicher zu fühlen beginnt und — vielleicht noch nicht ganz bewußt und erst tastend — nach neuen Formeln, wenn auch vorerst nicht nach neuen Formen sucht.

Woher kam diese Wandlung? Es liegt nahe, anzunehmen, daß der Vormarsch des Faschismus in Europa die kommunistische Führung veranlaßt hat, ihre grundsätzliche Feindschaft gegen die Demokratie zu mildern, um nicht durch die Schürung antidemokratischer Stimmungen in der Arbeiterschaft den Eroberungsfeldzug des Faschismus zu erleichtern. In der Tat scheinen die bitteren Erfahrungen der letzten

Jahre die kommunistischen Theoretiker zu einer teilweisen Revision ihrer grundsätzlichen Einstellung gegenüber der Demokratie veranlaßt zu haben. Doch ist es kaum möglich anzunehmen, daß die Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes allein im Stande wären, die kommunistische Führung zu veranlassen, ihre Auffassungen auch in bezug auf die Sowjetunion zu ändern. Eher würde man bereit sein, für die kapitalistische Welt die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Fortschrittlichkeit der Demokratie zu betonen, für »das Land der siegreichen sozialistischen Revolution« aber alle demokratischen Konzessionen abzulehnen. Aber die demokratisch klingende Wandlung der politischen Terminologie geht in bezug auf die Sowjetunion sogar noch weiter als in bezug auf die Weststaaten. Die Wandlung kann also nicht oder nicht allein aus den Bedürfnissen des antifaschistischen Kampfes in Europa, sie muß in der Hauptsache aus den Bedingungen der Innenentwicklung der Sowjetunion selbst erklärt werden.

Was hat sich nun gewandelt? Ist es etwa eine Rückkehr zu der Ideologie der ersten Jahre des Sowjetstaates, wo der demokratische Charakter des Sowjetsystems so oft betont worden war? Keineswegs und ganz allgemein empfindet man, daß die Betonung der Demokratie in den ersten Jahren der Revolution ganz andere Wurzel und ganz andere soziale und politische Bedeutung hatte als die heutige demokratische Phraseologie der »Izwestija« und der »Prawda«.

Freilich auch in den ersten Jahren der Revolution kümmerte sich die diktatorische Regierung herzlich wenig um die Wahrung selbst der elementarsten demokratischen Rechte. Doch damals beruhte ihre Autorität nicht auf einem gefestigten und wirtschaftlich stark untermauerten Staatsapparat, sondern auf dem gewaltigen elementaren Elan der in der Revolution erwachten Millionen, die plötzlich als entscheidender Faktor auf die historische Bühne traten. Die immer wiederkehrende Betonung der »wahren Demokratie« der kommunistischen Diktatur war zwar auch damals bewußt demagogisch. Eben deswegen bedeutete sie aber in der mit sozialer Elektrizität so sehr geladenen Atmosphäre der ersten Revolutionsjahre einen Appell an die revolutionären Instinkte der Massen und somit auch einen Appell an ihre Aktivität und revolutionäre Entfaltung. Ist aber etwas auch nur entfernt Aehnliches in dem heutigen Moskauer »Demokratismus« zu erblicken?

Will man sich Rechenschaft über den politischen Sinn und den grundsätzlichen Charakter der jüngsten russischen Entwicklung geben, so darf man sich daher nicht auf die bekannten Zitate aus der Frühzeit des Sowjetstaates stützen, sondern muß in der Analyse der Gegenwart die Lösung des Problems suchen.

II.

Die Soziologie der modernen Diktaturen ist ein wenig erforschtes Gebiet. Die Diktatur behauptet sich relativ leicht in den Verhältnissen des wirtschaftlichen und sozialen Zerfalls. Unter solchen Bedingungen vermag unter Umständen ein strammer, stark zentralisierter und obrigkeitlich organisierter Apparat durch die Tatsache allein, daß er die

Macht hat, sich längere Zeit zu behaupten. Der Diktaturapparat selbst wird unter diesen Umständen zu einer verselbständigten, entscheidenden sozialen Kraft. Doch sind dies nur Ausnahmeerscheinungen. In der Regel muß sich die Diktatur, um ihr Bestehen zu sichern, auf bestimmte, bedeutende soziale Gruppen stützen, sei es in dem Sinne, daß diese sozialen Gruppen aus ihrer eigenen Mitte die Diktatur aussondern, sei es — und dieser Fall ist in der jüngsten Zeit typisch geworden —, daß sie sich mit der Diktatur eines »Führers« oder irgend einer fest organisierten Gruppe abfinden, die besser ihre sozialen Interessen wahrzunehmen vermag, als sie es selbst unter gegebenen Umständen hätten tun können.

Die kommunistische Diktatur behauptete sich in den Jahren des Bürgerkrieges als die Macht, die die Interessen der revolutionären Klassen, der Arbeiter und der Bauern, gegen die bewaffnete Konterrevolution wahrnahm. Insofern war sie — in ihren sozialen Zielen, wenn auch nicht in ihrer politischen Organisation — in diesen Jahren im gewissen Sinne extrem demokratisch. Nach Beendigung des Bürgerkrieges wandelte sich aber allmählich der Charakter der kommunistischen Diktatur. Ihre primäre soziale Aufgabe, die Kräfte der offenen Konterrevolution zu bannen, gehörte bald der Geschichte an. Die Interessen der Behauptung der Revolution und der wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung des neuen Rußlands auf der von der Revolution geschaffenen Grundlage hätten einen schrittweisen Abbau der Diktatur erfordert. Diese wurde aber allmählich zu einem Selbstzweck, und der kommunistische Diktaturapparat suchte sich immer mehr zu verselbständigen, sich als solcher, als diktatorischer Staatsapparat zu behaupten. Eine Zeitlang war dies möglich. Mit der wirtschaftlichen Gesundung des Landes wurde aber das Problem schwieriger. Durch die Entwicklung der Industrie wurde das bestehende Herrschaftssystem freilich vorerst wenig bedroht. Sie war zwar mit einer wesentlichen zahlenmäßigen Stärkung der Arbeiterklasse verbunden, die unter Umständen zu einem Abbau der bürokratischen Diktatur hätte drängen können, aber die Wirkung des Wachstums der Arbeiterklasse wurde vorerst dadurch aufgehoben, daß eine sehr starke Differenzierung der Arbeiterschaft eintrat und einem jedem energischen und begabten jungen Arbeiter ein rascher sozialer Aufstieg zu winken schien. Dies mußte die soziale Energie der Arbeiterklasse eindämmen. Andererseits bedeutete der starke Ausbau der staatlichen Industrie — und nur als solche hat die russische Industrie ihren jüngsten Aufstieg vollzogen — eine gewaltige wirtschaftliche Stärkung der Diktatur. In dem gigantischen industriellen Verwaltungsapparat konnte der diktatorische Staatsapparat seinen natürlichen Verbündeten suchen, der die Erweiterung der sozialen Basis der Diktatur ermöglichen sollte.

Doch anders wurde es, als auch die Landwirtschaft den Weg zum Aufstieg antrat. Eine Verstaatlichung der Landwirtschaft, ähnlich der Verstaatlichung der Industrie, erwies sich als unmöglich. Die Sowjetunion verfügt zwar über eine bedeutende Zahl von großen staatlichen

landwirtschaftlichen Gütern (»Sowchosen«), doch viele von ihnen sind heute noch wenig rentabel. Das Gros der Landwirtschaft mußte bäuerlich bleiben. Freilich sind heute die bäuerlichen Betriebe in ihrer erdrückenden Mehrheit zu großen Kollektivwirtschaften (»Kolchosen«) zusammengeballt. Doch alle Versuche, diese Kollektivwirtschaften zu einer Art staatlicher Güter, die Bauern zu Landarbeitern (zumal ohne gesicherten Lohn) zu machen, die nicht über die Wirtschaft zu bestimmen haben, haben Schiffbruch erlitten. Die kollektivwirtschaftliche Agrarverfassung, wenn auch eingeengt durch das weitgehende Recht des Staates, die Entwicklung des ländlichen Wirtschaftslebens zu regeln, hat sich allmählich behauptet, und im Rahmen dieser Verfassung begann bald der Aufstieg der russischen Landwirtschaft.

Dieser Aufstieg bedeutete aber zugleich die beginnende soziale Konsolidierung der russischen Bauernschaft. Dies ist vielleicht — soziologisch und sozialpsychologisch — die bedeutendste Tatsache in der jüngsten russischen Entwicklung. Es schwindet das Gefühl des Besiegtseins, das die Bauernmassen in den ersten Jahren der Kollektivierung beherrschte. Das soziale Selbstbewußtsein der durch bald zwei Jahrzehnte gewaltiger Agrarrevolution aufgewühlten Bauernmassen fängt an, sich zu formen und zu wachsen. Das soziale Gewicht der Bauernschaft nimmt zu. Dies um so mehr, als in den Kollektivwirtschaften die Bauern gewissermaßen eine soziale Organisation finden, die ihnen die Erkenntnis ihrer sozialen Bedeutung erleichtert.

Bei einer solchen Entwicklung konnte auch das bürokratische Diktatursystem nicht unverändert bleiben. Der innere Druck, dem es durch die soziale Erstarkung der Bauernschaft ausgesetzt wird, zwingt es dazu, auf die eine oder die andere Art eine Anpassung an die neuen Verhältnisse zu suchen, um so mehr als auch die Zuspitzung der außenpolitischen Lage der Sowjetunion eine stärkere Berücksichtigung der Stimmungen der breiten Bauernmassen erfordert. Diese Anpassung ist erst in den Anfängen begriffen. Ueber deren Charakter und Grenzen ist man anscheinend in den führenden Kreisen der Sowjetunion noch nicht schlüssig. Daß man der Demokratie gewisse Konzessionen machen muß, dessen ist man sich bewußt. Daher wohl die Demokratisierung der politischen Sprache. Sollen aber diese Konzessionen so weit gehen, daß das ganze politische System allmählich demokratisch umgebaut, d. h. daß das Diktatursystem allmählich abgebaut wird? Oder soll das Diktatursystem nur demokratisch ausgeschmückt und als eine Art plebiszitäre Diktatur erst recht gefestigt werden? Daß die Sympathien der Führung des Sowjetstaates der zweiten Lösung gehören, ist leider offenkundig. Die Wirklichkeit hängt aber nicht allein von dem Willen dieser Führung ab. Die Kräfte, die zu einer grundlegenden Wandlung, d. h. zu einer wirklichen Demokratisierung des Sowjetstaates treiben, können sich unter Umständen auf weite Sicht doch durchsetzen. Im Rahmen dieses Artikels stellen wir uns nicht zur Aufgabe, diese kommende Entwicklung vorauszusagen, sondern deren treibende Kräfte und deren widerspruchsvollen Anfänge aufzuzeigen.

III.

Anfang Februar kündigte die Sowjetregierung — für die internationale Oeffentlichkeit überraschend — die Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe an. Von den traditionellen vier Elementen des demokratischen Wahlrechts fehlte nur noch die Allgemeinheit des Wahlrechts. Doch praktisch sind die Beschränkungen des Wahlrechts in der Sowjetunion zahlenmäßig und politisch von geringer Bedeutung; sie gelten nur für die, die fremde Arbeitskraft ausbeuten, die »Kulaken« (die einzige Gruppe unter den Wahlrechtsberaubten, die von Bedeutung ist), die Händler, die Geistlichen und die früheren Polizei- und Gendarmeriebeamten. Aber auch diese Beschränkungen sollen nach der Ankündigung Molotows allmählich verschwinden.

Offiziell wurde insbesondere die Bedeutung der Einführung des gleichen Wahlrechts betont. Nach der Verfassung sollten die Städte auf dem Rätekongreß der Sowjetunion durch einen Deputierten auf je 25.000 Wähler, das flache Land durch einen auf je 125.000 Bewohner vertreten sein, was den Städten etwa das dreifache Wahlrecht gegenüber dem flachen Lande sicherte. Praktisch sah man oft von der Unterscheidung zwischen »Wählern« und »Bewohnern« ab, so daß die Städte u. a. gar das fünffache Wahlrecht genossen. Die Beseitigung dieses Privilegs der Städte (praktisch sollte es ein Privileg der Arbeiterschaft sein) ist durch eine gewisse Verschiebung der Bevölkerung vom flachen Lande in die Städte vorbereitet worden: zählte man am Vorabend des Krieges (am 1. Januar 1914) in den gegenwärtigen Grenzen der Sowjetunion 24,7 Millionen Menschen in den Städten und 114,6 Millionen auf dem flachen Lande, zum 1. Januar 1929 (zu Beginn des 1. Fünfjahrplanes) 27,6 Millionen in den Städten und 126,7 Millionen auf dem flachen Lande, so hat heute die städtische Bevölkerung bereits 40 Millionen überschritten bei rund 130 Millionen auf dem flachen Lande. Doch auch heute bildet die Landbevölkerung die erdrückende Mehrheit, und die Einführung des gleichen Wahlrechts bedeutet — soweit sie politische Bedeutung haben wird, und auf weite Sicht scheint dies unvermeidlich, — eine gewisse Verlegung des politischen Schwerpunktes auf das flache Land.

Weniger klar ist die Bedeutung des zweiten Glieds der Reform: die Einführung der direkten Wahlen. Bis jetzt wurden bekanntlich nur die örtlichen Sowjets in direkten Wahlen gebildet. Die bezirklichen Sowjetvertretungen wurden hingegen von den örtlichen Sowjets gewählt; sie hießen dementsprechend nicht Sowjets, sondern Sowjetkongresse. Und diese wählten ihrerseits die Vertreter zu den Sowjetkongressen der einzelnen Sowjetrepubliken und der Sowjetunion. Die Sowjetkongresse der einzelnen Republiken und der Sowjetunion wählten ihrerseits die entsprechenden Zentralexekutivkomitees (ZEK) der Sowjets. Jetzt sollen nun auf allen Stufen des Systems die Deputierten in direkter Wahl gewählt werden, und Molotow betonte ausdrücklich,

daß die ZEK jetzt zu »einer Art von sowjetistischen Parlamenten« werden sollen.

Im Rahmen einer wirklichen Demokratisierung des politischen Lebens würde die Einführung der direkten Wahlen zweifellos einen beachtlichen Fortschritt bedeuten. In der politischen Atmosphäre der Sowjetunion, unter Ausschaltung aller politischer Freiheiten und bei der striktesten Wahrung des politischen Monopols der diktatorisch herrschenden Partei, scheint diese Neuerung hiergegen die Bedeutung als demokratische Maßnahme zu verlieren. Bei der wirtschaftlichen Erstarkung und der sozialen Konsolidierung des Landes könnte das bisherige »organische« System unter Umständen den Gewählten gewissermaßen das Rückgrat stärken und sie zu einer halbwegs unabhängigen Haltung gegenüber der diktatorischen Regierung bewegen. Durch die Einführung der direkten Wahlen wird es anders. Die Einführung des direkten Wahlrechts soll also nicht der engeren Verbundenheit der Gewählten und der Wähler dienen, sondern eher umgekehrt: der weitgehenden Unabhängigkeit der Deputierten von den Wählern, der Sicherung ihrer absoluten Gefügigkeit gegenüber der kommunistischen Führung.

Die bedeutendste Neuerung bildet wohl die Einführung der geheimen Stimmabgabe. Dies war jahrelang eine der entscheidensten politischen Forderungen der russischen Sozialdemokratie, die sich auch Trotzki vor wenigen Jahren zu eigen machte, um bald vor ihr zurückzuschrecken. Jahrelang wurde diese Forderung von den Kommunisten als »konterrevolutionär« auf das entschiedenste abgelehnt. Heute soll die geheime Stimmabgabe zum Gesetz der Sowjetunion erhoben werden. Es ist kein Wunder, daß die führenden kommunistischen Kreise im In- und Auslande durch diese Kunde sichtlich verwirrt wurden.

Die öffentlichen Wahlen, zumal im Lande mit einem strengen Diktaturregiment, sind eigentlich überhaupt keine Wahlen. Erst mit der Einführung der geheimen Stimmabgabe bekommen die Wähler die Möglichkeit, entsprechend ihren eigenen Wünschen zwischen zwei oder mehreren Abstimmungsmöglichkeiten zu wählen. Aber bei dem System des Parteimonopols, das in der Sowjetunion in seiner extremen Form nach wie vor bestehen bleibt, bei der Unmöglichkeit für die Opposition auch nur in irgend einer Form öffentlich aufzutreten, bleiben die eigentlichen Wahlmöglichkeiten für die Wähler äußerst gering: sie haben nur zwischen der Abstimmung für und wider (durch Abgabe weißer oder ungültiger Zettel) die offiziellen Kandidaten zu wählen. Das Wahlrecht trägt somit weniger einen demokratischen als vielmehr einen plebiszitären Charakter.*)

*) In den Glossen der europäischen bürgerlichen Presse zu der Wahlrechtsreform in der Sowjetunion wurde vielfach darauf hingewiesen, daß auch in Deutschland die Diktaturregierung sich ziemlich leicht mit dem demokratischen Wahlrecht, insbesondere mit der geheimen Stimmabgabe, abfindet. Nun werde wohl auch in der Sowjetunion die Einführung des demokratischen Wahlrechts in der Praxis keine Bedeutung haben.

Doch übersieht man dabei die gewaltigen soziologischen und sozialpsychologischen Unterschiede, die zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjet-

Die Reform als Ganzes zeigt allerdings sehr drastisch die Unentschlossenheit der Sowjetregierung gegenüber der weiteren Entwicklung der Sowjetunion. Dies kommt auch in der äußeren Geschichte der Reform zum Ausdruck. [Nachdem der Rätekongreß die ihm plötzlich von ZK der KPdSU unterbreitete Reform am 6. Februar angenommen hatte, wurde unter dem Vorsitz Stalins selbst eine Verfassungskommission eingesetzt.] Ein paar Tage lang war die Presse voll von den üblichen begeisterten Erklärungen. Dann wurde es merkwürdig still. Erst am 7. Juli, d. h. genau nach fünf Monaten, hat sich die Kommission zu ihrer ersten (und vorläufig letzten) Sitzung versammelt, in der man sich darauf beschränkte, eine Reihe von Unterkommissionen zur Erörterung von einzelnen Sonderproblemen der »Verfassungsreform« einzusetzen. Und nun ist es wieder still. Die Tagespresse hütet sich, auch nur ein Wort über die Reform zu äußern. Für eine demokratische Reform sind es nicht gerade günstige Vorzeichen.

IV.

Fast gleichzeitig mit der Reform des Wahlrechts wurde eine weitere Reform angekündigt. Dies ist die Demokratisierung der Kolchosen. Sie wurde Mitte Februar auf dem Kolchosbauernkongreß — richtiger: auf dem Kongreß der »Kolchosniki-Udarniki«, der Rekordisten unter den Kolchosbauern — verkündet und in dem neuen Musterstatut für die Kolchosen verankert.

Bis in die jüngste Zeit wurde das Innenleben der Kolchosen ausgesprochen autoritär geregelt. Von einer Selbstverwaltung war in den Kolchosen fast nichts zu merken. Eine Reihe von Partei- und Staatsinstanzen bestimmten eigenmächtig über die Besetzung der leitenden Posten und setzten die Kolchosvorstände ein und ab. Auch die Kolchosvorstände übten ihre Aufgaben meist rein autoritär aus. Die Kolchosen waren im großen ganzen nur Zwangskollektive mit Zwangsverwaltung, bestrebt in erster Linie die Interessen des Staates gegenüber der Bauernschaft wahrzunehmen.

Nun haben sich die Kolchosen allmählich behauptet. In den Reden der Delegierten des Kolchosbauernkongresses kam der wirtschaftliche Fortschritt in den von ihnen vertretenen Kolchosen sehr deutlich in Erscheinung. Freilich ist das bereits erreichte wirtschaftliche Niveau meist noch ziemlich niedrig; die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ist erst

union bestehen. Die Sowjetunion ist das Land, in dessen Volksmassen heute noch gewaltige revolutionäre Kräfte brodeln, die durch eine große Revolution geweckt und ausgelöst wurden. Der wirtschaftliche Aufstieg des Landes, die zahlenmäßig rasch wachsende Arbeiterklasse, die tiefgehenden Umwälzungen auf dem flachen Lande verleihen den breiten Schichten des werktätigen Volkes in der Sowjetunion ein waches soziales Bewußtsein, wecken die soziale und politische Aktivität der werktätigen Massen — dies tritt in der jüngsten Zeit besonders scharf auf dem flachen Lande in Erscheinung — und schaffen auf diese Weise den Boden, auf dem die demokratische Wahlreform, wie sie in Aussicht gestellt ist, in sich selbst Keime weiterer demokratischer Entwicklung birgt. Ob die Verfasser der Reform es beabsichtigt haben oder nicht, hat dabei keine entscheidende Bedeutung.

in den Anfängen. Aber der wirtschaftliche Aufstieg beschränkt sich oft nicht mehr auf die Oberschicht des Kolchosen, die Kolchosvorsitzenden, die Brigadenführer und das sonstige Personal, das irgendwie zu dem »Apparat« gehört, sondern vielfach auch auf das Gros der Bauern. Bezeichnend ist auch der allgemeine Drang zur Hebung der landwirtschaftlichen Kultur durch möglichst weitgehende Anwendung der modernen Agrartechnik. Die russische Bauernschaft, aufgerüttelt durch die gewaltige Agrarrevolution, schüttelt den wirtschaftlichen Konservatismus ab, der sonst den Bauern eigen ist, und die Kolchosen werden zu einem mächtigen Hebel, mit dessen Hilfe die Modernisierung der russischen Landwirtschaft in einem zunehmenden Maße Wirklichkeit zu werden scheint.

Das neue Kolchosenstatut sucht nun in allen Fragen des Innenlebens der Kolchosen die Bedeutung der Generalversammlung der Kolchosenmitglieder zu stärken, sie zu dem wirklich entscheidenden Organ des Kolchosen zu machen, den Kolchosvorstand zu einem der Generalversammlung auch tatsächlich und nicht nur, wie bisher, formell verantwortlichen Organ zu gestalten. Es ist hier der Anfang gemacht worden, die Kolchosen zu einer Art Bauernkollektive auf einer genossenschaftlichen Grundlage umzuwandeln, die allerdings noch in vielfacher Hinsicht dem staatlichen Zwang unterworfen bleibt.*)

Freilich auch hier zeigt sich die Unentschlossenheit, die wir bereits bei der Verfassungsreform beobachtet haben. Die innere Organisation der Kolchosen soll demokratisch umgebaut werden. Wie soll aber der Kolchosvorstand von der Mitgliederversammlung gewählt werden? In einer geheimen Abstimmung? Dies wäre nach dem eben erfolgten Beschluß über die Verfassungsreform das Naheliegende. Man schreckte aber davor zurück, und in dem neuen Kolchosenstatut wurde bestimmt, daß alle »Beschlüsse« der Kolchosmitgliederversammlung in offener Abstimmung zu fällen sind. Freilich bleibt immer noch nicht ganz sicher, ob die Wahlen zu den »Beschlüssen« zählen. Man wollte offenkundig, die Möglichkeit der geheimen Abstimmung zur Zeit ausschalten, ohne sich den Rückgang abzuschneiden.

Doch trotz dieser und ähnlicher Halbheiten muß die eingeleitete Kolchosenreform als eine der bedeutendsten Maßnahmen der jüngsten

*) Im Rahmen dieses Artikels kann nur die allgemeine politische, nicht aber die agrarpolitische Bedeutung des neuen Kolchosenstatuts erörtert werden. Immerhin soll ein interessanter Zug der neuen Kolchosverfassung hier nicht unerwähnt bleiben. Zur Festigung der Kolchose als eine Art Bauernkollektive sucht das neue Statut einen Ausgleich zwischen den individuellen und den kollektiven Interessen der Kolchosbauern zu schaffen. Zu diesem Zwecke ist insbesondere ein kleiner individueller Bodenbesitz der Kolchosbauern jetzt gesichert: von 0,25 bis 1 ha pro Bauernwirtschaft (die Bodenfläche unter dem Bauernhaus nicht eingerechnet), je nach den örtlichen Verhältnissen. In der gleichen Richtung wirken die Bestimmungen des neuen Kolchosenstatuts, die die eigenwirtschaftliche Viehhaltung der Kolchosbauern legalisieren, deren Umfang je nach der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Gebiete begrenzt wird.

russischen Innenpolitik gewertet werden. Die Bauernmassen gewinnen hier ein Terrain, auf dem sie immer mehr zu einer sozialen Kraft werden, auf die man in allen öffentlichen Dingen im steigenden Maße wird Rücksicht nehmen müssen. Wie es sich politisch auswirken wird, ist noch nicht ganz klar. Wird auf dem flachen Lande die Tendenz zur sozialen Differenzierung der Bauernschaft obsiegen, sich aus den Reihen der Kolchosbauern eine wirtschaftlich starke Oberschicht aussondern, die, vereinigt mit der Kolchosbürokratie, das flache Land beherrschen wird, so wird die erstarkende Bauernschaft sich leicht mit einer plebiszitären Tarnung der Diktatur abfinden können. Sollte aber der Prozeß der sozialen Differenzierung auf dem flachen Lande in den Anfängen stecken bleiben, sollte sich vielmehr im Rahmen der kollektivwirtschaftlichen Agrarverfassung die Hebung des Gros der Bauernschaft vollziehen, — und manches spricht dafür, daß die Entwicklung diesen letzten Weg gehen wird, — so werden vom flachen Lande aus immer stärkere Impulse zu einem demokratischen Umbau des politischen Systems der Sowjetunion ausgehen.

V.

Die Sowjetunion ist sichtlich in eine Wandlungsperiode eingetreten. Die außenpolitische Umstellung der Sowjetunion ist allgemein bekannt. Die innenpolitische Umstellung äußert sich nicht nur in zahlreichen Maßnahmen auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens, wie insbesondere in den oben dargelegten Reformplänen, sondern auch in der fortschreitenden Umwertung aller Werte, in der eigenartigen Neuorientierung in unzähligen Alltagsfragen des gesellschaftlichen und des privaten Lebens. Manchem europäischen Beobachter mag es scheinen, daß es sich hier nur um das Abschütteln mancher illusionärer Auffassungen handelt, um eine Rückkehr zu einem gesunden Realismus. Doch die Entwicklung ist viel komplizierter und deren soziale und kulturelle Bedeutung viel ernster. Der Realismus ist zwar ein integrierender Teil dieser Entwicklung, aber nicht der entscheidende. Es handelt sich um eine allmählich soziale Neuorientierung, um die fortschreitende Anpassung der Diktatur an die Bedürfnisse der neuen aus der Revolution entstandenen und erst sich formenden sozialen Ordnung.

Die Entwicklungstendenzen sind bei weitem nicht einheitlich, und die kommunistische Führung scheint über die einzuschlagende Richtung noch unsicher zu sein. Es formen sich soziale Kräfte im Lande, die auf weite Sicht zu einer Demokratisierung des ganzen Systems, zum Abbau der Diktatur drängen, zur Verwandlung des Sowjetstaates — entsprechend seiner sozialen Struktur — in einen freien bäuerlich-proletarischen Staat mit einer gewaltigen staatlichen Industrie und einer starken sozialistischen Entwicklungstendenz. Doch die Interessen der Selbsterhaltung der Diktatur scheinen diese zu veranlassen, in einer anderen Richtung die Lösung der Probleme zu suchen und nicht den Abbau, sondern den Ausbau der Diktatur anzustreben. Daher wohl gerade in der Zeit, wo man den Anschein zu erwecken sucht,

der Demokratie zu einer Blüte zu verhelfen, — die äußerste Zuspitzung der Repressalien gegenüber jeder Opposition in- und außerhalb der KPdSU. Daher wohl auch die systematische und bewußte Politik der wahren Vergötterung Stalins, der als eine lebendige Verkörperung der Diktatur mit einer Autorität und einer Allmacht ausgerüstet ist, wie sie keinem Herrscher Rußlands je eigen waren und die rein cäsaristisch anmuten. Letzten Endes wird aber nicht der Wille der KPdSU, sondern die Gruppierung der sozialen Kräfte über die Geschicke des Landes entscheiden.

In dieser Entwicklung kann unter Umständen der Arbeiterklasse eine bedeutende Rolle zufallen. Die Gefahr ist zwar groß, daß manche Teile der Arbeiterklasse, die den geschichtlichen Charakter der russischen Revolution, als einer gewaltigen Agrarrevolution, nicht begriffen haben, vor den notwendigen Konzessionen an die Bauernschaft zurückschrecken und z. B. — um ein konkretes Beispiel anzuführen — die Beseitigung des Privilegs der Städte bei den Wahlen als eine Reaktion empfinden werden. Doch die fortschrittlichen Elemente der Arbeiterklasse werden sich wohl nicht nach diesem und ähnlichen Privilegien zurücksehnen, die einen wesentlichen Bestandteil des Systems bildeten, in dem nicht die Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern die Diktatur der Parteibürokratie zur Blüte gelangte. Die Beseitigung dieses Privilegs macht zwar die Arbeiterklasse um eine Illusion ärmer, erleichtert ihr aber zugleich die Erkenntnis der wirklichen sozialen Verhältnisse und erinnert sie an die Bedeutung der selbständigen Organisation der Arbeiterklasse, die allein im Stande ist, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, die demokratische Umgestaltung des Sowjetsystems zu sichern und zu einem gesunden Kompromiß zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und der Bauernschaft den Weg zu finden.

Stalin mit und ohne Maske

Von Fritz Alsen.

Fast gleichzeitig sind in Frankreich zwei Bücher über Stalin erschienen, das eine von Boris Souvarine[1]), einem der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Frankreichs und ehemals Vertreter seiner Partei in Moskau, heute wütender Bekämpfer der »Stalinisten« aller Länder; das andere Buch von Barbusse[2]), einem der führenden kommunistischen Intellektuellen Frankreichs, der durch seinen ehrlichen und starken Antikriegsroman »Das Feuer« bekannt wurde. Nicht zum ersten Male ist der Haß ein besserer Historiker gewesen als die verehrende Liebe. Souvarine hat ein gründliches materialreiches Werk geschaffen, das die

[1]) Boris Souvarine. Staline. Aperçu historique du bolchévisme. Paris 1935 Librairie Plon.

[2]) Henri Barbusse, Staline. Un monde nouveau vu à travers un homme. Paris 1935. Flammarion Editeur.

Gestalt Stalins einbezieht in eine durch und durch selbständige Darstellung des vorrevolutionären Rußlands, der Revolutionszeit und der sowjetrussischen Entwicklung; Barbusse umgibt die emphatische Darstellung des »Führers« mit ungeprüften Anekdoten und flüchtig zusammengestellten offiziellen Statistiken. Kein Zweifel, daß Barbusses Studie mit materialistischer Geschichtsschreibung nichts zu tun hat, obwohl in seinem Buch viel mehr von »Marxismus«, »Leninismus« und »Stalinismus« die Rede ist, als in dem Souvarines. Zuweilen stößt man bei Barbusse auf Definitionen, die die Notwendigkeit seines Versagens (und die Mentalität eines ‚kommunistischen' Schriftstellers) erschreckend deutlich machen:

> »Der Marxismus ist absoluter Relativismus. (!) Er ist letzten Endes eine Angelegenheit von Marxisten. Nicht einmal eine Angelegenheit von Karl Marx. Marx ist ein großer Mann nicht wegen seines Namens, sondern weil er der konsequenteste Marxist ist.«

Souvarine stellt dar, wie die offizielle russische Geschichtsschreibung sich immer mehr hineinsteigert in die dithyrambische Häufung überschwänglicher Attribute: »Koloß von Stahl«, »Großer Meister«, »Bester der Leninisten«, »Bester der Besten«; Barbusses Buch ist beispielhaft für diese Art von Geschichtsschreibung, die zu nichts anderem da ist, als die Unfehlbarkeit des Mannes zu beweisen, »in dessen Händen der beste Teil deines Schicksals ruht, wer immer du sein magst«.

*

Die deutschen Revolutionäre, die unter den schwierigsten Bedingungen an die Neuformierung des geschlagenen Proletariats gehen, werden daher nicht in Barbusses, wohl aber in Souvarines Darstellung reiches Material zu allen Fragen finden, die sie heute bewegen: die Bedingungen des illegalen Kampfes, die Entwicklung Sowjetrußlands unter Stalin und die Bedeutung der Sowjetrepublik für den internationalen Kampf.

Die Erörterung der Organisationsfrage sollte sich heute weniger, als dies bisher geschah, an der Vorkriegsdiskussion, sondern vielmehr an den Erfahrungen der russischen Partei orientieren. Souvarine entwickelt nicht noch einmal im einzelnen den Streit zwischen Lenin und Rosa Luxemburg, in dem diese der Leninschen Definition entgegentrat: »Der Jakobiner, unlösbar mit der Organisation des Proletariats verbunden und seiner Klasseninteressen bewußt — das ist der revolutionäre Sozialdemokrat«. Viel wichtiger erscheint Souvarine und uns die Form, die dieses Prinzip in der revolutionären Praxis annahm. Fast seltsam anmutende Parallelen zur gegenwärtigen Entwicklung lassen sich aufzeigen: In einer Zeit, in der gegen den übermächtigen Klassenfeind die Einigung aller Kräfte wichtigstes Erfordernis zu sein scheint, spalteten sich die revolutionären Organisationen stets von neuem auf und immer wieder predigte Lenin: »Bevor wir uns einigen und damit wir uns einigen, müssen wir uns entschlossen differenzieren.« (Schon 30 Jahre zuvor hatte Engels geschrieben: »Eine Partei erweist sich als siegreiche Partei, indem sie sich spaltet und die Spaltung ertragen kann«). Gegen den Vorwurf der mangelnden Geschlossenheit erklärte Lenin: »Es ist weder intelligent noch

einer Arbeiterpartei würdig, ihre Differenzen zu verhehlen.« Freilich mußten sich die Emigranten von damals nicht anders, als die von heute, die herbe Kritik des illegalen Teils der Partei im Inland gefallen lassen: »Wir haben von einem Sturm im Wasserglas im Ausland gehört ... Die Arbeiter beginnen das Ausland mit Verachtung anzusehen. Mag man da tun, was man nicht lassen kann. Wir drinnen tun unsere Pflicht. Das andere kommt von selbst,« schrieb 1911 an Lenin aus dem Kaukasus einer der durchschnittlichen Bolschewisten, für den von seinen vielen illegalen Namen grade zu jener der eine, ‚Stalin' üblich zu werden begann.

Sicher war es aber die so mühsam gewonnene ideologische Geschlossenheit, die den Bolschewiki schließlich die Ueberlegenheit sicherte. Schon vor dem Krieg zeigten sich freilich die negativen Seiten der sektenhaften ‚Reinheit': »Ideologischer Formalismus, staatsanwaltshaft anmutende Rigorosität, Mißtrauen gegenüber der historischen Entwicklung, Gruppenegoismus und -konservatismus«, sind die Vorwürfe, die Trotzki 1914 gegen seine späteren Kampfgefährten erhebt. Bei der Revolution von 1905 hatte sich eine solche Mentalität darin geäußert, daß man vom Petersburger Sowjet, der spontan gebildeten Massenorganisation des Proletariats, verlangte, er müsse geschlossen der Sozialdemokratie beitreten. — Erschütternd fast sind die Dokumente darüber, wie auch die Kleinheit der Organisation nicht vor dem Eindringen von Spitzeln schützte: zu den langjährigen Vertrauten Lenins gehörten Agenten der Ochrana.

Wie doppelt bewundernswürdig es war, daß eine solche Partei in kürzester Frist zum Führer der Massenbewegung wurde, ist oft gezeigt worden. Souvarine schildert aber mit interessanten Details, wie schon während der Revolutionszeit und unmittelbar nach der Machtergreifung die spezifischen Mängel der bolschewistischen Organisation zu wirken begannen. »Ein guter Funktionärstab ist grade das Element, das in jeder Revolution fehlt«, schrieb ein halbes Jahrhundert zuvor Engels an Marx. Die illegale vorrevolutionäre Erfahrung war den russischen Revolutionären eine schlechte Lehrmeisterin für die Zukunft gewesen; sie mußten fast von einem Tag auf den anderen den militärischen Typ der engen Organisation von Berufsrevolutionären auf die Leitung eines ungeheuren Staatswesens umstellen. Kaum einer hat deutlicher, als Lenin selbst, die großen Gefahren erkannt, die in dieser Situation lagen:

> »Dem kommunistischen Kern fehlt es an allgemeiner politischer Bildung. Wenn wir Moskau mit seinen 4700 verantwortlichen Kommunisten und seiner ganzen bürokratischen Maschinerie nehmen, wer führt den anderen? Ich bezweifle sehr, daß die Kommunisten führen können.«

Und ein andermal:

> »Wie kommt es, daß in der Hauptstadt zwei Enquêten, das Eingreifen von Kamenew und Krassin, schließlich ein Beschluß des Politbüros nötig war, um — Konserven zu kaufen.«

Für Lenin waren kommunistische Prahlereien ‚Kom-Prahlereien' und ‚Kom-Lügen', schließlich zu einem feststehenden Begriff geworden. Wie er all

diese Mängel überwinden wollte? Durch ständige unermüdliche Korrekturen und stets wachgehaltene ehrliche Selbstkritik.

Können die deutschen Revolutionäre, die in Souvarines Buch in ihrer Entstehung geschilderten Gefahren von vornherein vermeiden? Sicher ist der Weg nicht gangbar, von vornherein auf die geschlossene konspirative Funktionärorganisation einfach zu verzichten. Ueber zwei Jahre illegalen Kampfes haben gezeigt, daß jede lose, offene antifaschistische Arbeit den Angriffen des Staatsapparates unterliegen muß und auch den gestellten ideologischen Klärungsaufgaben nicht gewachsen ist. Nur wird in der deutschen Organisation von vornherein auf die Entwicklung einer möglichst großen Anzahl selbständig handelnder Revolutionäre abgezielt werden müssen, die durch die Erfüllung der Gegenwartsaufgaben hindurch für die Funktionen der Zukunft fähig gemacht werden, zumal da die Aufgaben, die in einem sozialistischen Deutschland gestellt sind, vielleicht noch schwieriger sein werden, als die in Sowjetrußland zu lösenden. Man wird die notwendige Geschlossenheit der Organisation verbinden müssen mit einer Realitätsnähe, die unfruchtbares Sektierertum vermeidet. Um all das zu erreichen, wird es notwendig sein, die Menschenauswahl und -schulung mit wissenschaftlicher Methodik zu betreiben. Die gesamte Problematik kann hier nur gestellt werden; von einer Lösung ist sie noch weit entfernt. Sicher aber ist, daß die russischen Erfahrungen, die in Souvarines Buch so ausführlich registriert sind, wichtigstes Material bilden werden.

*

Stalin ist in allen seinen Stärken und Schwächen das vollständige Produkt seiner Partei. Souvarine setzt ihn mit Recht in Gegensatz zu Trotzki, der sich in voller Unabhängigkeit entwickelte und im Kampf mit Plechanow, Martow, Lenin, an der Seite der bedeutendsten Repräsentanten des internationalen Sozialismus reifte. Stalin hingegen wurde, ohne sich noch als politische Persönlichkeit bewährt zu haben, in die höchsten Stellen des Parteiapparats und später des Staatsapparats wegen seiner Organisationsergebenheit und -treue, seiner soldatischen Zähigkeit getragen. In einer Partei, wie der bolschewistischen mußte es auf solche Eigenschaften weit mehr ankommen, als auf eine selbständige politische Begabung. Nach der Barbusse'schen Geschichtsklitterung ist zwar Stalin von vornherein Lenins unentbehrlicher Mitarbeiter gewesen. Nur fehlt es für eine solche Darstellung an Beweisen. Dagegen erscheint die von Souvarine angeführte recht scharfe Beurteilung Stalins durch Lenin, insbesondere in dem berühmten, lange verheimlichten Testament Lenins um so authentischer, als Souvarine nicht auf dem Standpunkt Trotzkis steht, Lenin habe Stalin von vornherein und unter allen Gesichtspunkten verachtet: Lenin hatte Stalin an den Platz gestellt, an dem er stand und er wußte, daß der ‚stark pfeffernde Koch' an diesem Platz der Struktur der Partei entsprach. Aber ebenso wie Lenin die Mängel dieser Partei kannte, so wußte er auch um die Mängel Stalins. Ob der letzte Brief, den Lenin vor seinem Tod diktierte, wirklich an Stalin gerichtet war, um jede Beziehung mit ihm abzubrechen — wir wissen es nicht. Es ist

kaum wahrscheinlich und hätte jedenfalls einen Bruch nicht nur mit der Person Stalins, sondern auch mit Lenins eigenen Methoden der Menschenauswahl und -behandlung bedeutet.

Geradezu peinlich ist die Darstellung, die Barbusse von der Rolle Stalins im Bürgerkrieg gibt: Trotzki habe nie anders als desorganisierend gewirkt, der gesamte Aufbau der roten Armee sei von Stalin gegen ihn durchgesetzt worden, auch in den kritischen Stunden des Brester Friedensschlusses habe allein Stalin klar gesehen. Souvarines Darstellung dieser Zeit ist um so wertvoller, als er auch hier die von Trotzki in seinen Erinnerungen niedergelegten Einseitigkeiten berichtigen kann, ohne freilich im geringsten die offizielle, von Barbusse kritiklos übernommene Legende zu stützen.

Besonderes Interesse beansprucht grade jetzt, nach der berühmten Erklärung Stalins gegenüber Laval, die der Aufgabe aller internationalen proletarischen Interessen zugunsten der Verteidigungsinteressen Sowjetrußlands gleichkommt, Stalins Entwicklung als Internationalist. Schon während der Brester Friedensverhandlungen und bei allen anderen Entscheidungen, die über Rußlands Grenzen herausreichten, hatte Stalin, selbst wenn er im Ergebnis mit Lenin übereinstimmte, seine Ueberlegungen dort, wo für Lenin nur die internationalen Interessen des Proletariats maßgeblich waren, stets national begründet. Er neigte daher oft zu einer Geringschätzung der außerrussischen revolutionären Energien, was ihn die Situation realistischer sehen ließ, als z. B. Sinowjew und Bucharin. So hätten nach der Ansicht Stalins im Oktober 1923 die deutschen Kommunisten zurückgehalten, nicht vorangetrieben werden müssen. Daß Stalin hierzu aber nicht aus einer klareren Einschätzung der Gesamtsituation, sondern nur aus nationaler Beschränktheit riet, ergibt sich, wenn er fortfährt: »Die deutschen Faschisten werden nicht einschlafen, aber es ist vorteilhaft, daß sie zunächst angreifen; das wird die gesamte Arbeiterklasse um die KPD sammeln.« Wie wenig Stalin zu einer richtigen Einschätzung internationaler Situationen fähig war, zeigt Souvarine, indem er die ganze Verantwortung Stalins für die mörderische Taktik der Komintern in China darstellt. Bei Barbusse findet sich über die ganzen chinesischen Ereignisse kaum ein Wort; nur die Versicherung, daß weder die Komintern noch die russische Außenpolitik in allen Einzelheiten von jemand anders bestimmt werden als von Stalin selbst.

Es ist unschwer aus allen Einzelheiten, die Souvarine zusammenfügt, das Charakterbild Stalins zu erkennen. Gleichgültig, ob er schon in den ersten Jahren seiner revolutionären Tätigkeit wegen seiner Intrigen und Herrschsucht vorübergehend aus der Partei ausgeschlossen wurde, wie Souvarine nachweist, oder ob er der liebenswürdigste Charmeur war, wie Barbusse zu berichten weiß — als ein Produkt seiner Partei wußte er alle taktischen Mittel dieser Partei bald vollendet zu handhaben. Je unlebendiger eine Organisation wird, desto leichter gelingt es denen vorwärts zu kommen, die gewandt die Personen und Fraktionen gegeneinander auszuspielen und geschickt zu manövrieren verstehen, die das Bewußtsein der eigenen Mittelmäßigkeit mit dem begründeten Vertrauen in

die eigenen bürokratisch-diktatorischen Fähigkeiten verbinden. Sobald Lenins Wirksamkeit erlosch, »überholte Stalin Lenin ... Die zu lösende Aufgabe schuf sich in Stalin den Menschen.« Weiß Barbusse, wie wahr diese seine Worte sind? Nur daß die Aufgabe und der Mensch, der sie erfüllte, weit ablagen von der ursprünglichen Funktion einer revolutionären Partei.

Die revolutionäre Partei ruhte nur auf den beiden Augen Lenins. Als sie sich schlossen, gab es keinen »Bolschewisten« mehr. Und dies ist eine neue Lehre für die Nachgeborenen: auch eine zentralistisch aufgebaute Organisation darf bei Strafe ihres Untergangs nicht in einem unersetzbaren Menschen ihre Spitze finden.

*

Reichhaltig ist das Material des Souvarin'schen Buches für die Entwicklung des Regimes nach Lenins Tod, insbesondere für die Entwicklung der Parteibürokratie. Bei Lenins Tod zählt die Partei 351.000 Mitglieder; mit Ausnahme von 54.000 Arbeitern, die im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen bevorzugt sind, werden sämtliche Mitglieder in Staats-, Gewerkschafts- oder Genossenschaftsverwaltungen beschäftigt. 1927 ist die Partei auf 1,200.000 Mitglieder angewachsen; von ihnen sind eine halbe Million Beamte, nach Stalins eigenen Angaben können aber nur insgesamt 100.000 der gesamten Mitgliedschaft zu den eigentlichen Parteifunktionären gerechnet werden. Die Zahl der Staatsbeamten insgesamt erreicht um diese Zeit 3,722.000 (gegen 800.000 im Jahre 1913). Gleichzeitig werden die Organe der Partei ständig erweitert, um alle Opposition von vornherein unwirksam zu machen. Das Zentralkomitee zählt nunmehr 106 Mitglieder, die Kontrollkommission 163. Es wird zur Regel, daß jeder Bolschewist, der sich für die Erfüllung praktischer Aufgaben als unfähig erweist, schließlich in der Hierarchie der Parteisekretäre einen Unterschlupf findet; je schwieriger die Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Oppositionen werden, desto mehr wird blinde Ergebenheit ausschließliche Qualifikation. Souvarine legt dar, wie ein »Parteifetischismus« selbst bei den verschiedenen Oppositionen zu bemerken ist. Ob man das Versagen all dieser oppositionellen Bewegungen, wie Souvarine es tut, eben hierauf zurückführen kann, bleibt zweifelhaft, obwohl die Kritik Souvarines am Trotzkismus zu den ernsthaftesten gehört, die bisher geliefert worden sind. Nicht, daß die Oppositionen versäumt haben das Organisationsmonopol der bolschewistischen Partei als solches anzugreifen, scheint uns ihren Erfolg gehindert zu haben, sondern die mangelhaften Methoden und wenig geschlossenen Konzeptionen, mit denen sie an die Lösung ihrer Aufgaben herangegangen sind.

Man vergleicht das heutige sowjetrussische Regime häufig mit faschistischen Diktaturen. Souvarine tut gut daran, derartige, oft vorschnelle Parallelen nicht zu ziehen und sich auch hier auf die Schilderung von Tatsachen zu beschränken. Diese Tatsachen drängen freilich oft zu solchen Vergleichen. Von der Herausbildung der parasitären Parteibürokratie wurde bereits gesprochen. Aehnlich sind rein äußerlich die Druckmittel des Regimes, die neben dem direkten Terror die physische

Aushungerung des Opponenten kennen. Frappanter noch tiefer gehende Uebereinstimmungen, von denen bei Souvarine berichtet wird: so wenn, die russische Regierung nicht anders, als die deutsche, behauptet, nur in ihrem Lande herrsche die wahre Demokratie. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Diktaturen grade bei einer solchen Behauptung ehrlich sind: die faktische Isolierung der Bürokratie und die Isolierung der einzelnen Gesellschaftsmitglieder, geschaffen durch das Verbot aller nicht staatlichen Organisationen, erzeugt jenen Schein der Konformität, der grade an der Spitze des Regimes für Realität genommen werden muß (und an der Basis häufig nur durch das letzte ‚demokratische' Ausdrucksmittel, die Satyre, durchbrochen werden kann).

Schon in die wirtschaftliche Sphäre gehören andere Parallelen: die Aufhebung der »Freiheit« des Lohnarbeiters durch die Einrichtungen der Zwangsarbeit, des Arbeitsbuchs und des inneren Passes, durch welche die Freizügigkeit und das Recht die Arbeitskraft »frei« zu verkaufen, beseitigt werden. Aehnlich ist es bei dem sich immer verstärkenden Byzantinismus, der im Stalin-Kult nicht minder groteske Formen annimmt, als im Hitler-Kult. (»Erst Stalin hat uns gewisse aristotelische Erkenntnisse verständlich gemacht« .... »Aufgabe der Sprachwissenschaft ist es, den Stil Stalins zu studieren«). Eng verbunden damit das tiefe Niveau der politischen Diskussion, die Banalität der kulturellen Aeußerung: das »Schlachtpferd des Genossen Woroschilow« wird beliebtes Gemäldesujet, jedes Sowjetorchester muß ein »kollektiver Kämpfer für den Marxismus-Leninismus« werden.

Berechtigen alle diese Uebereinstimmungen, die sich grade aus dem von Souvarine verarbeiteten Material beliebig vermehren lassen, dazu, anzunehmen, die Entwicklung der UdSSR treibe zum Faschismus? Wir halten einen solchen Schluß für unmöglich, da vor allem die ökonomische Situation der Sowjetunion von der aller kapitalistischen Staaten und damit auch der faschistischen völlig verschieden ist. Was die Aufhebung der Freizügigkeit usw. in Deutschland und Rußland für eine Rolle spielt, muß sehr sorgfältig auf seine ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung untersucht werden. Sicher ist, daß die Bedeutung dort eine andere ist, wo sie die Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems und dort, wo sie die Wachstumsschwierigkeiten einer Planwirtschaft überwinden soll.

*

Auch für Souvarine und Barbusse erhebt sich die Frage nach der Zukunft des »Landes Stalins«. Für Barbusse bestehen natürlich auch hier keine Probleme. Er proklamiert zwar: »die Bürokratie hat immer unrecht«, aber wie kann man das Regime Stalins bürokratisch nennen? Er reiht Zahlen an Zahlen, setzt sie in wirkungsvollen Kontrast zur wirtschaftlichen Entwicklung der anderen Länder. Wörtlich: »Es ist untersagt, in der Entwicklung stehen zu bleiben. Es ist untersagt, sich zu täuschen.«

Souvarine kennt andere Zahlen und Tatsachen. Die seinen bedeuten Währungsbankrott, Wirtschaftschaos, hoffnungslose Planlosigkeit. Hier

erhebt sich der entscheidende Einwand gegen sein Buch. Hatte er bis zur Nep-Zeit die positiven und negativen Seiten gleichzeitig untersucht, so malt er für die nachfolgende Zeit schwarz in schwarz. Der zweite Fünfjahresplan ist genau so verfehlt, wie der erste. Es wird nicht einmal erwähnt, daß die militärischen Verteidigungsnotwendigkeiten die Forcierung der Schwerindustrie befördert, daß jetzt eine deutliche Wendung zum Ausbau der Konsumgüterindustrie festzustellen ist, daß die ärgsten Mißstände in der Landwirtschaft langsam überwunden werden, daß die Kaufkraft des Rubels sich verdoppelt, der Produktionsumfang ständig zunimmt.

Souvarines Buch ist im Grunde perspektivelos: er ist zu einsichtig, um an einen Sturz des gegenwärtigen Regimes zu glauben, aber er sieht auch weder Ueberwindungsmöglichkeiten des heutigen Zustands noch Gesundungstendenzen. Für ihn läuft, obwohl er mit Recht die übliche Klassifizierung der Sowjetunion unter einen der Begriffe, wie ‚Staatskapitalismus', ‚Kapitalistische Planwirtschaft', ‚moderne Inkagesellschaft' usw. ablehnt, die Entwicklung wohl auf eine Versteinerung in eine neue Form der Klassenherrschaft mit der Bürokratie als ausbeutender Klasse heraus. Wir glauben, daß eine solche Beurteilung irrig ist. Daß die Existenz der Bürokratie für die Entwicklung der Sowjetunion zum Sozialismus eine schwere, vielleicht entscheidende Hemmung bedeutet, ist unzweifelhaft. Darum kann aber nicht von einer Ausbeutung der arbeitenden Massen, von einer Kapitalakkumulation durch diese Bürokratie gesprochen werden.

Es ist an dieser Stelle unmöglich die Entwicklungstendenzen der Sowjetunion im einzelnen zu verfolgen und zu beurteilen. Es mag nur darauf hingewiesen sein, daß es uns, so wenig wir Souvarines Auffassungen teilen, unzulässig erscheint, nun umgekehrt aus dem Gesundungsprozeß der Wirtschaft auf die sich automatisch vollziehende positive Entwicklung der Sowjetunion im sozialistischen Sinne zu schließen. Ein solcher Hinweis scheint darum am Platze, weil in letzter Zeit grade von sozialistischer Seite eine solche gläubige Hoffnung zum Ausdruck gebracht worden ist. Das Problem Sowjetrußland kann nicht mit »Optimismus« oder »Pessimismus«, mit Schwarz- oder Hellsehen, sondern nur mit Tiefsehen geprüft werden.

Und daß hierzu Souvarines Buch neues und wertvolles Material liefert, ist unzweifelhaft.

(Abgeschlossen im Juli 1935.)

Engels und die Gegenwart

Von **Alexander Stein.**

Zwei Publikationen aus neuester Zeit geben uns die Möglichkeit, die Persönlichkeit und das Wirken von Friedrich Engels eingehender zu behandeln und mit der Gegenwart in Verbindung zu bringen: Es sind dies die Schrift von Karl Kautsky: »Aus der Frühzeit des Marxismus«

(Verlag Orbis, Prag), und das im Verlag Martinus Nijhoff, Haag, erschienene zweibändige biographische Werk von Gustav Mayer: »Friedrich Engels«, von dem der erste Band bereits 1920 im Verlag Julius Springer, Berlin, herausgegeben wurde, jetzt aber erst durch den zweiten Band, der die Zeit von 1850 bis 1895 behandelt, ergänzt werden konnte. Obwohl im Ullsteinhaus in Berlin gedruckt, mußte das Werk von Gustav Mayer, die Frucht einer zwanzigjährigen Forscherarbeit, nach dem Ausland flüchten, um überhaupt an die Oeffentlichkeit zu gelangen.

Während die Schrift von Kautsky, neben den persönlichen Erinnerungen des Verfassers und zahlreichen Briefen von Engels, eine allgemeine Darstellung der Verhältnisse in der internationalen Arbeiterbewegung der achtziger und neunziger Jahre enthält, die den Briefwechsel zwischen Engels und Kautsky wirksam ergänzt und erläutert, gibt das Werk von Gustav Mayer zum erstenmal eine zusammenfassende Uebersicht über das theoretische und praktische Wirken von Engels, der nicht nur Mitschöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus war, sondern nach dem 1883 erfolgten Tode von Marx über zwei Jahrzehnte lang an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung stand. Bei der Wertung des Marxismus wird man an diesen Schriften nicht vorübergehen können. Das gilt heute mehr denn je, wo in manchen Kreisen der sozialistischen Emigration die Neigung besteht, das theoretische und praktische Werk der sozialistischen Führer der Vorkriegszeit zu bagatellisieren und zum alten Eisen zu werfen.

Taktik und Strategie des Klassenkampfes.

Als Engels starb, hat Victor Adler in seinem Gedächtnisartikel in der Wiener »Arbeiterzeitung« dem »größten Theoretiker der internationalen Sozialdemokratie«, Karl Marx, als ihren »größten Taktiker« Friedrich Engels an die Seite gestellt. Er hat in der Tat von den siebziger bis in die Mitte der neunziger Jahre die junge Führergeneration in fast allen europäischen Ländern gelehrt, wie sie die marxistische Theorie in der lebendigen Wirklichkeit der aufsteigenden Arbeiterbewegung anwenden müsse.

Immer wieder unterstreicht Engels in seinen publizistischen Aeußerungen wie in seinen Briefen an führende Parteigenossen die Notwendigkeit einer selbständigen Politik und einer unversöhnlichen Haltung gegenüber dem Klassenstaat. Eine besondere Schärfe tragen seine Aeußerungen gegenüber deutschen Parteigenossen in den ersten Jahren nach der Proklamierung des Sozialistengesetzes von 1878, als sich in der deutschen Parteibewegung Anzeichen von Verwirrung bemerkbar machten. Während eine Richtung, die in der in London herausgegebenen Most'schen »Freiheit« ihr Sprachrohr hatte, sich in Wortradikalismus überschlug und schließlich im Anarchismus endete, predigte eine andere ein unwürdiges »Versöhnlertum« und Anpassung an die herrschenden Gewalten. Als nun 1879 in dem von Höchberg in der Schweiz herausgegebenen »Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« ein mit drei Sternen gezeichneter Artikel erschien, der von Marx und Engels als parteioffiziös angesehen wurde (in Wirklichkeit waren die Verfasser des Artikels Dr.

Karl Flesch, Höchberg und Schramm, für die die Parteileitung keine Verantwortung trug) schlug Engels im Einvernehmen mit Marx in heftigster Weise gegen die in diesem Artikel hervortretenden opportunistischen Neigungen los. In seinem Exposé vom Oktober 1879, das an Bebel, Liebknecht, Bracke und andere führende Parteigenossen in Deutschland übersandt wurde, mißbilligte Engels besonders scharf die Verfasser, weil sie der Partei den Entschluß, auch unter dem Ausnahmegesetz den Weg der Gesetzlichkeit einzuhalten, als besonderes Verdienst angerechnet hatten. Auch er billigte, daß die über das ganze Land verstreuten sozialdemokratischen Wähler nicht einer gegen zehn eine blutige Revolution versuchten, aber er bestritt, daß sie sich auch für alle Zukunft verboten hätten, ein gewaltiges auswärtiges Ereignis, eine dadurch hervorgerufene plötzliche revolutionäre Aufwallung, ja einen in daraus entstandener Kollision erfochtenen Sieg des Volkes auszunutzen. Schroff wandte er sich gegen die Illusion der Verfasser, daß man durch Bescheidenheit und Entgegenkommen Bismarck und das Bürgertum veranlassen könnte, das Ausnahmegesetz zu beseitigen. Die Verfasser des Artikels kennzeichnete er als Repräsentanten des Kleinbürgertums, die Angst hätten, daß das Proletariat, durch seine revolutionäre Lage gedrängt, zu weit gehen könne. Worauf lief ihre Taktik hinaus?:

»Statt entschiedener politischer Opposition allgemeine Vermittlung; statt des Kampfes gegen Regierung und Bourgeoisie der Versuch, sie zu gewinnen und sie zu überreden; statt trotzigen Widerstandes gegen Mißhandlungen von oben demütige Unterwerfung und das Zugeständnis, man habe die Strafe verdient.«

Gegenüber diesen Kapitulationstendenzen erklärte Engels in seinem und Marxens Namen:

»Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehen, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen. Wir haben bei der Gründung der Internationale ausdrücklich den Schlachtruf formuliert: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir können also nicht zusammengehen mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien, und erst von oben herab befreit werden müssen durch philantropische Groß- und Kleinbürger. Wird das neue Parteiorgan eine Haltung annehmen, die den Gesinnungen jener Herren entspricht, bürgerlich ist und nicht proletarisch, so bleibt uns nichts übrig, so leid es uns tun würde, als uns öffentlich dagegen zu erklären und die Solidarität zu lösen, mit der wir bisher die deutsche Partei dem Ausland gegenüber vertreten haben. Doch d a h i n kommts hoffentlich nicht.«

Es kam wirklich nicht dahin, da die Befürchtungen von Marx und Engels, der Drei-Sterne-Artikel entspreche den Auffassungen der Parteileitung, sich als unrichtig erwiesen. Eine parteiamtliche Note bestritt ausdrücklich, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihres ausgesprochen proletarischen Charakters zu entkleiden gedenke. Dennoch verfolgten Engels und Marx auch in den folgenden Jahren mit starkem Mißtrauen die Entwicklung in Deutschland. Engels kritisierte vor allem

die spießbürgerliche Gesinnung, die sich auch in der Arbeiterbewegung bemerkbar machte. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, hielt Engels es für notwendig, den theoretischen Sinn der Arbeiterschaft zu verstärken und das Niveau ihrer Bewegung auf die Höhe der marxistischen Erkenntnis zu heben. Oft spricht er von der Ueberlegenheit der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber der Bewegung in anderen Ländern, weil sie es verstanden habe, die theoretischen Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus in die Praxis umzusetzen. Er gab sich aber zugleich Rechenschaft darüber, daß noch viel alter Plunder, viele längst überholten Vorstellungen in der Gedankenwelt der deutschen Arbeiterschaft lebendig waren. Deshalb trat er namentlich nach dem Sturz des Sozialistengesetzes (1890), als eine freiere Diskussion möglich wurde, mit aller Energie für die Klärung der programmatischen Grundbegriffe der Bewegung ein. Er veröffentlichte, ohne vorherige Befragung der Parteiinstanzen, in der »Neuen Zeit« die berühmten »Randglossen zum Gothaer Programm« von Karl Marx, die seinerzeit (1875) nur einem sehr kleinen Kreis von Personen bekanntgeworden waren, und die selbst jetzt wegen ihrer scharfen Abrechnung mit dem Lassallekultus und der Herausarbeitung der revolutionären Grundsätze der Sozialdemokratie in führenden Parteikreisen heftigen Anstoß erregten. Gleichzeitig sorgte er dafür, daß bei der Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms (das 1891 auf dem Erfurter Parteitag angenommen wurde), den Verschwommenheiten und Halbheiten des Gothaer Programms ein Ende gemacht wurde. Bei seiner Kritik des offiziellen Programmentwurfs (der später zurückgezogen und durch einen Entwurf von Kautsky ersetzt wurde), wendete er sich vor allen Dingen gegen die Illusion, daß man den bestehenden gesetzlichen Zustand für genügend erachten könnte, um auf friedlichem Wege alle Forderungen der Partei durchzuführen. Er erklärte es für ausgeschlossen, daß, solange die halbabsolutistische Reichsverfassung und die durch sie sanktionierte Kleinstaaterei fortbestünden, die Gesellschaft friedlich in den Sozialismus hineinzuwachsen vermöchte. Dies möge vorstellbar sein für Frankreich, Amerika oder England, nicht aber im halb-absolutistischen Deutschland.

In den folgenden Jahren wandte sich Engels sehr energisch gegen die um sich greifenden Vorstellungen über »das frisch-fromm-fröhlich-freie Hineinwachsen der alten Sauerei in die sozialistische Gesellschaft« (wie er in einem Briefe an Kautsky schrieb). Heftig bekämpfte er die Politik Vollmars, der von der äußersten Linken der Partei zum äußersten rechten Flügel hinübergewechselt war, und der in seiner Münchener Eldorado-Rede vom Juni 1891 für ein allmähliches Hineinwachsen in die Macht auf Grund einer »umsichtigen Politik des Verhandelns« eintrat. Zwischen einem demokratischen Staatssozialismus, der darauf verzichtete, durch eine soziale Revolution die Anbahnung der klassenlosen Gesellschaft zu erzwingen, und dem Sozialismus des Kommunistischen Manifestes erblickte Engels keinen Weg der Verständigung.

Auch in seiner berühmten Einleitung zu Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich«, die am 6. März 1895, wenige Monate vor dem Tode von

Engels abgeschlossen wurde, gibt der alte Revolutionär, bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, alle legalen Möglichkeiten für die Gewinnung der Mehrheit des Volkes auszunutzen und sich nicht zu putschistischen Aktionen provozieren zu lassen, keineswegs den Grundcharakter seiner taktischen und programmatischen Auffasungen preis. Wer diese Einleitung selbst in jener etwas gekürzten Fassung liest, die bei ihrer ersten Veröffentlichung notwendig geworden war, wird erkennen, daß Engels nicht als Kronzeuge für den reformistischen Legalitätskretinismus herangezogen werden kann. Das bestätigt auch Gustav Mayer, indem er schreibt:

»Die Auffassung, als ob Engels am Ende seines Lebens der europäischen Sozialdemokratie von jeder Gewaltanwendung hätte abraten wollen, gehört ins Reich der Legende. Der alte Kämpe ist bis an den Rand des Grabes sich bewußt geblieben, daß nur unter ganz exzeptionellen Verhältnissen eine Machtergreifung des Proletariats sich ohne schwere Kämpfe werde vollziehen können. Auch hätte er bis zuletzt leidenschaftlich gerne seine Erfahrung und sein militärisches Wissen der proletarischen Revolution, in welchem Lande sie immer zum Ausbruch gekommen wäre, zur Verfügung gestellt.«

Internationale sozialistische Politik.

Zu den wichtigsten Gebieten, die Engels bearbeitete, gehörten die der internationalen Politik und der Militärwissenschaft, die sein besonderes Interesse beanspruchten. Mit ungewöhnlicher Klarheit hat Engels wichtige Entwicklungen einer späteren Zeit vorausgesagt, hat er auf Gefahren hingewiesen, die sich erst nach Jahrzehnten einstellten und den europäischen Frieden beunruhigten. Nicht immer hat er freilich die Entwicklung richtig gesehen, da er bestimmte nationale Entwicklungstendenzen zu stark hervorkehrte und andere unterschätzte. Namentlich in seiner Beurteilung der Entwicklung der west- und südslawischen Völker hat er lange Zeit geirrt und sich erst spät, Anfang der neunziger Jahre, zu wesentlichen Korrekturen seiner früheren Auffassungen entschlossen. Eine der wichtigsten Fehlerquellen, die ihn zu irrigen Schlüssen verleiteten, war seine übertriebene Vorstellung von der »russischen Gefahr«, die er mit Panslavismus und Zarismus gleichsetzte, doch auch hier führte die Erkenntnis der sozialen Triebkräfte der russischen Revolution, die er früher als die meisten anderen westeuropäischen Sozialisten erkannte, eine grundlegende Korrektur in seinen Auffassungen herbei. Wenn er sich auch in der Frage des Beginns der russischen Revolution irrte, so entsprach seine allgemeine Beurteilung der Situation, die Abschätzung der Triebkräfte und des Charakters der russischen Revolution wie auch ihrer internationalen Bedeutung vollkommen dem späteren geschichtlichen Verlauf.

Die zentrale Aufgabe der sozialistischen Außenpolitik formulierte Engels in seinem Briefe an Bernstein vom 22. Februar 1882 mit folgenden Worten:

»Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Ziel alles andere unterzuordnen.«

Engels legte tatsächlich diesen Maßstab allen seinen außenpolitischen Betrachtungen zugrunde. Dies tritt besonders deutlich zutage, wenn man

seine Haltung gegenüber dem Bonapartismus, jener Form der politischen Reaktion, die sich in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in Mittel- und Westeuropa breitmachte, einer näheren Prüfung unterzieht. Engels sah nach dem Staatsstreich Napoleons III. im französischen Bonapartismus nicht nur eine besonders infame Form der sozialen Reaktion, sondern auch eine ständige Bedrohung des europäischen Friedens. Das gleiche galt aber auch für den Bonapartismus Bismarcks, der sich ihm als »die wahre Religion der modernen Bourgeoisie« enthüllte. Nach 1866 sah er immer deutlicher die Entwicklung des von Preußen geführten Deutschland zur bonapartistischen Monarchie. Das bestimmte auch letzten Endes die Haltung, die er und Marx 1870 im deutsch-französischen Krieg einnahmen. Während beide zu Beginn des Krieges der Auffassung zuneigten, daß Deutschland von Napoleon »in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten« worden sei, änderten sie ihre Auffassung, als es sich nach wenigen Monaten herausstellte, daß der Krieg den Charakter eines deutschen Eroberungskrieges angenommen hatte. Seit der Krieg auf französischer Seite ein Volkskrieg geworden war, während auf deutscher Seite der Ruf nach Annexionen immer lauter wurde, vollzog sich in Engels eine nicht aufzuhaltende Wandlung, die soweit ging, daß er gegen Ende 1870 einen Feldzugsplan entwarf, dessen Durchführung, wie er glaubte, es den Franzosen ermöglicht hätte, Paris zu entsetzen und die deutschen Truppen bis an die Grenze zurückzudrängen.

Da Engels in der zweiten Phase des Krieges von der Besorgnis geleitet wurde, daß die Zukunft der europäischen Arbeiterbewegung in Frage gestellt sei, wenn der Krieg mit einem vollen Triumph des preußischen Militarismus ende, trat er sowohl in der englischen Presse, wo er als Militärschriftsteller geschätzt wurde, wie in der Internationale für die Unterstützung der französischen Republik gegen den preußischen Militarismus ein. Während er sich in der Londoner »Pall Mall Gazette« darauf beschränkte, unter militärischen Gesichtspunkten die Frage einer britischen Intervention zugunsten Frankreichs vorsichtig anzuschneiden, trat er am 31. Januar 1871 in der Sitzung des Generalrates der Ersten Internationale, dessen Mitglied er nach seiner Uebersiedlung nach London 1870 geworden war, dafür ein, daß die englische Arbeiterbewegung alle ihre Anstrengungen darauf hätte richten müssen, die britische Regierung zur Anerkennung der französischen Republik und zur militärischen Einmischung zugunsten Frankreichs zu veranlassen. Seien diese Schritte durch den Verlauf der Dinge überholt, so müsse die britische Regierung veranlaßt werden, die Fesseln der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 abzustreifen, die eine Intervention zugunsten Frankreichs hemmten. Diesen Standpunkt vertrat Engels, unterstützt von Marx, nicht etwa deshalb, weil er die ungeschmälerte Seeherrschaft Großbritanniens wiederhergestellt sehen wollte, ihm lag vielmehr daran, daß, nachdem Frankreich vorläufig militärisch ausgeschaltet war, in Westeuropa ein möglichst starker militärischer Gegenspieler gegen eine deutsch-russische Hegemonie vorhanden blieb.

Diese Vorschläge von Engels, über die in der Literatur bisher nichts bekannt war, bilden ein Schulbeispiel dafür, wie Engels und Marx sich zu den Fragen der großen Politik verhielten. Sie wünschten stets, daß jene Mächte geduckt oder zu Boden geschlagen würden, die in ihren Augen den stärksten Hort der Reaktion, das mächtigste Bollwerk gegen den nahen oder fernen Ansturm des revolutionären Proletariats bildeten. Ein europäischer Krieg gegen »Vorder- und Hinterrussen« konnte, so urteilte Engels 1871 genau noch wie 1848, Deutschland davon bewahren, daß die Herrschaft der Hohenzollern und der Junker- und Militärkaste sich befestigte und allmächtig zu werden drohte, wenn sie die vollen Früchte ihres Sieges über Frankreich ungehindert pflücken durfte. Ueberträgt man diesen Standpunkt auf das heutige Hitlerdeutschland, das in noch viel stärkerem Maße als seinerzeit das Bismarcksche Deutschland zu einer europäischen Gefahr geworden ist, so ergeben sich daraus namentlich für die britische Arbeiterpartei Nutzanwendungen, die eine gründliche Revision ihrer Haltung in der Frage der Bekämpfung der europäischen Kriegsgefahr erforderlich machen.

Weltkrieg und Weltrevolution.

Noch in einer anderen Hinsicht jedoch gewinnen die Auffassungen von Engels über die heranreifenden weltpolitischen Verwicklungen eine ungeheure Aktualität für die Gegenwart. Engels war es vergönnt, nach dem Tode von Marx das Anwachsen jener imperialistischen Tendenzen im Kapitalismus festzustellen, die in ihrer ständigen Zuspitzung die Gefahr eines Weltkrieges in sich bergen. Er sah, wie der Expansionsdrang des Hochkapitalismus mit seiner räuberischen Kolonialpolitik die imperialistische Kriegsgefahr bis in die fernsten Kontinente trug, und den Ring immer enger zog, in dem sich die Gegensätze im Kapitalismus austoben konnten. Er sah ferner, als tüchtiger Militärfachmann, die ungeheuren Gefahren, die sich aus dem Rüstungswettlauf der Mächte, der insbesondere nach dem deutsch-französischen Krieg einsetzte, für den Frieden Europas und der ganzen Welt ergaben. In seiner berühmten Vorrede zu Borkheims »Mordspatrioten« vom Dezember 1887 spricht er deutlich aus, daß für Preußen-Deutschland kein anderer Krieg mehr möglich sei, als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit.

Engels sucht sich zwar den Glauben zu bewahren, daß auch ein Weltkrieg in letzter Instanz dem Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung und dem Endsieg des Proletariats förderlich sein würde. Er sieht aber andererseits auch die Gefahren voraus, die ein europäischer Krieg der Arbeiterbewegung bringen würde. So schreibt er am 16. Dezember 1879 an Bebel:

»Solch ein Krieg wäre unser größtes Unglück, er könnte die Bewegung um zwanzig Jahre zurückwerfen.«

Aehnlich schreibt er am 29. Dezember 1882:

»Einen europäischen Krieg würde ich für ein Unglück halten. Diesmal würde er furchtbar ernst werden, überall den Chauvinismus entflammen auf

Jahre hinaus, da jedes Volk um die Existenz kämpfen würde. Die ganze Arbeit der Revolutionäre in Rußland, die am Vorabend des Sieges stehen, wäre nutzlos, vernichtet; unsere Partei in Deutschland würde momentan von der Flut des Chauvinismus überschwemmt und gesprengt, und ebenso ging's in Frankreich.«

Weil Engels sich dieser Gefahren besonders klar bewußt war, setzte er seine Hoffnung inbrünstig darauf, daß das Proletariat in den wichtigsten europäischen Ländern zur Macht gelangen würde, bevor die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze einen Weltkrieg heraufbeschwören könnte. Er hat sich in dieser Erwartung getäuscht, weil er einerseits das Tempo des proletarischen Vormarsches überschätzte und andererseits das Beharrungsvermögen der Volksmassen und die inneren Widerstandskräfte des Kapitalismus geringer einschätzte, als sie in Wirklichkeit waren. Leider ist, zum Unglück der Menschheit, das eingetreten, was Engels von einem Weltkrieg befürchtete: Die Fortschritte der Arbeiterbewegung sind durch die Flut des neu hervorbrechenden Nationalismus und Chauvinismus in einer Reihe von Staaten vernichtet; der Bonapartismus Napoleons III. und Bismarcks ist durch den noch schlimmeren Faschismus Mussolinis und Hitlers abgelöst worden; die Arbeiterschaft ist in den vom Faschismus ergriffenen Ländern um Jahrzehnte zurückgeworfen und gezwungen, unter noch weit schwierigeren Verhältnissen zu kämpfen, wie etwa unter dem Sozialistengesetz in Deutschland oder unter dem Zarismus in Rußland.

Und dennoch bleibt in Kraft, was Engels forderte: in nationalem Rahmen die Kräfte der Arbeiterklasse und der zu ihr tendierenden Bevölkerungsschichten zusammenzufassen, um in unversönlichem Klassenkampfe die Macht des Kapitalismus zu brechen, und im internationalen Rahmen die Arbeiterbewegung in allen Ländern gegen die Mächte zu konzentrieren, die als Verkörperung der politischen und sozialen Reaktion, gleichzeitig aber auch als Träger der Kriegsgefahr in der ganzen Welt auftreten.

BUCHBESPRECHUNGEN

W. »Das stumme Deutschland redet«. Verlag »Die Liga«, Zürich. 213 S.

Das Dritte Reich ist das Traumwandeln eines ganzen Volkes. Zu diesem Ergebnis kommt einer der Deutschen, die aus dem stummen Deutschland in einem Buche reden. Teile dieser Gespräche hat man schon vor Monaten im Berner »Bund« gelesen. Das ist keineswegs eine Schwäche des Buches. Im Gegenteil! So ist man in der Lage nachzuprüfen, wieviel sich von den Untersuchungen und Voraussagen als richtig erwiesen hat, und das ist denn doch recht viel. Der oder die Verfasser müssen weit über das deutsche Land und tief in dessen Menschen zu blicken verstehen. »Aus diesem Reich kann noch alles werden«, hat neulich ein Engländer in einem führenden Londoner Blatte geschrieben. Das wußten wir längst, und wer es nicht weiß, kann es aus diesem Buche lernen.

Was es besonders wertvoll macht, ist die Vielfalt der aufgeworfenen, angeregten, behandelten Probleme, die in

Erinnerung bringen, wie soziologisch und geistig verschiedenartig dieses Deutschland bleibt, trotz aller Zwangsstände und Gleichschaltung. Wer das begreift und durchdenkt, wird sich hüten, mit Schlagworten und Patentmedizinen die jetzt regierenden politischen Kurpfuscher ablösen zu wollen, wird sich auch manche Gedanken darüber machen, wie viele und einstweilen alles andere als gleichartig gerichtete Kräfte notwendig sein werden, um den Sturz der Diktatoren und Rettung und Aufbau Deutschlands zu erreichen. Nach dem, was wir wissen, und was auch das Buch nicht verheimlicht, fehlt es zwar nicht an diesen dem Regime feindlichen Mächten, aber noch sehr an ihrer taktischen Einheit und ihren strategischen Zielen.

Der Sozialist wird es als Schwäche des Buches empfinden, daß es keinen der Unsrigen in der Heimat drinnen zu Worte kommen läßt. Uebrigens auch keinen Kommunisten. Die Gründe könnte uns nur der sagen, der diese vielen gründlichen und uns so stark bewegenden Gespräche aufgezeichnet hat. Auffallend aber ist, daß auch keiner, der redend auftretenden Deutschen sich nennenswert über illegale Sozialdemokraten und Kommunisten oder über die Ideen und Menschen äußert, die aus den zerbrochenen Parteien der deutschen Arbeiter im Lande neu erwachsen. Es scheint fast so, als rechneten viele ehrliche, tapfere und wissende Gegner des regierenden Systems nicht mehr oder noch nicht wieder mit den Gruppen und dem Geist der Menschen, die einst in gewaltigen Arbeiterorganisationen vereint waren. Aber auch dieser Teil des stummen Deutschlands redet. Er redet nicht nur, sondern er kämpft und opfert und stirbt den Tod des Märtyrers, der noch immer und immer wieder neues kämpferisches Leben geweckt hat. »Das stumme Deutschland redet.« Es wird Zeit, daß es auch zu einander redet, um sich zu verstehen und zu verständigen. Wilhelm Sollmann.

Ernst Friedrich: Vom Friedens-Museum . . . zur Hitler-Kaserne. Genossenschafts-Buchhandlung, Zürich, 1935, 187 Seiten. Preis geb. 4.80 Sfr.

Der Gründer des ersten »Internationalen Kriegsmuseums« in Berlin schildert in seinem mit zahlreichen Illustrationen versehenen Tatsachenbericht die Zerstörung seines im Jahre 1923 ins Leben gerufenen Werkes, das unmittelbar nach dem Reichstagsbrand von den Hitlerhorden vernichtet wurde. Jetzt befindet sich an der Stätte, wo ein Jahrzehnt lang nützliche Aufklärungsarbeit geleistet wurde, eine SA-Kaserne, in der in den Monaten nach dem nationalsozialistischen Umsturz zahlreiche Gefangene gefoltert wurden, die im Verdacht des Pazifismus standen — eine gute Illustration zu der wahren Gesinnung des »Friedensfreundes« Hitler, in dessen Namen und dessen Auftrag die Folterungen verübt wurden.

Das Werk von Friedrich ist gleichzeitig auch in französischer, holländischer und schwedischer Sprache erschienen. Ein besonderes »Internationales Komitee« fordert zur Beschaffung von Mitteln auf, um ein neues »Anti-Kriegs-Museum« an Stelle des zerstörten ins Leben zu rufen.

A. Stein.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.